

Handwritten note: 150

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Montag, 17. November 1986 - D * * *

Nr. 268 - 47. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Ans: Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 34 / 10 11
Wiederholungsnummern: Der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)
* * * Anzeigenredaktion: Köln (0 22 84) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (0 40 347-1) - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 Bfr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 150 Dr., Großbritannien 55 s.
Italien 1500 L., Jugoslawien 600 Din., Luxemburg 25,00 Fr., Niederlande 2,20 fl.
Norwegen 8,50 Nkr., Österreich 14,00 S., Portugal 150 Esc., Schweden 8,00 Skr.
Schweiz 2,20 Fr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas., Türkei 850 TL

DIE WELT IM GESPRÄCH



Hu Yaobang über Lenin und Reagan

Der chinesische Parteichef Hu Yaobang gilt als der aussichtsreichste Anwärter auf die Nachfolge von Deng Xiaoping, des starken Mannes in China. Seine Politik bestimmt schon heute weitgehend die Geschicke des Reichs der Mitte. Im Interview mit der WELT nimmt Hu Yaobang Stellung zu den Reformen in Wirtschaft und Partei, zur Haltung Pekings gegenüber Gorbatschow und Reagan, zu Lenin, Marx und Engels. Den Deutschen gibt er den Rat: Ihr seid ein Volk und solltet in Freundschaft miteinander auskommen. Seite 7

Beim „Kronzeugen“ gerät FDP in eine Zerreißprobe

CSU warnt Freie Demokraten vor „Umkippen“ / Kompromiß auf dem Parteitag?

Die „Kronzeugen“-Regelung droht zu einer Zerreißprobe für die FDP zu werden und das Erscheinungsbild der Koalition im Bundestagswahlkampf zu beeinträchtigen. Der Widerstand gegen dieses von Präsidium, Vorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokraten mehrheitlich gebilligte Vorhaben hat in breiten Kreisen der Partei zugenommen. Nach dem Landesverband Berlin hat sich jetzt auch die schleswig-holsteinische FDP gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler schloß am Wochenende zwar nicht aus, daß Einzelheiten an der „Kronzeugen“-Regelung noch geändert werden könnten, sprach in diesem Zusammenhang aber lediglich von „Feinheiten“. In einem Interview mit dem Kölner „Express“ empfahl er den Freien Demokraten, bei der gemeinsam gefundenen Vereinbarung zu bleiben. Für ein Festhalten an der Regelung sprach sich auch Bundeskanzler Kohl aus. Der Chef der bayerischen Staatskanzlei, Stoiber, sagte der „Bild“-Zeitung: „Ich warne die FDP, beim Kronzeugen genauso zu wackeln und am Ende umzukippen wie bei der Amnestie für Parteispender-Stünder.“

Die immer massiveren Vorbehalte in der FDP richten sich vor allem gegen die von der Koalition vereinbarte Regelung, nach der auch Mörder, die sich als „Kronzeugen“ für die Aufklärung terroristischer Gewalttaten oder die Verhinderung neuer Anschläge zur Verfügung stellen, Straffreiheit erhalten sollen. Es gilt als sicher, daß der „Kronzeuge“ zum beherrschenden Thema des am Freitag beginnenden Wahlparteitages der Freien Demokraten in Mainz wird.

Jürgen Mühlemann, Vorsitzender der Liberalen in NRW, die mit 117 Delegierten auf dem Parteitag in Mainz den größten Block stellen, kündigte gegenüber der WELT an, sein Landesverband werde für einen Kompromiß, in dem Straffreiheit nicht vorgesehen ist, stimmen. Einflußreiche Kreise in der FDP halten es für wahrscheinlich, daß der Parteitag mit deutlicher Mehrheit die Straffreiheit für Mörder ablehnen wird. Für diesen Fall rechnet die FDP-Führung, wie es hieß, mit scharfen Reaktionen der Koalitionspartner CDU und CSU sowie mit „katastrophalen Folgen“ für das Ansehen der Partei bei ihrer potentiellen Wählerschaft. „Der Eindruck politischer Unzuverlässigkeit, des innerparteilichen Streits und mangelnder Konsequenz bei der Bekämpfung des Terrorismus ist das letzte, was wir uns so kurz vor der Bundestagswahl leisten können“, sagte gestern ein Präsidiumsmitglied der WELT.

Unter diesem Eindruck forderte Parteichef Bangemann die Partei zur Geschlossenheit auf. Bereits im Oktober hatte er in einem WELT-Interview erklärt, er sei für eine „Kronzeugen“-Regelung, um weitere Anregung an praktischen Maßnahmen, in die Offensive zu gehen.“

Die Meldung des Nachrichtenmagazins „Spiegel“, wonach Bangemann mit Kanzleramtsminister Schäuble in dieser Woche den Verzicht auf die geplante Straffreiheit für Mörder aushandeln soll, wurde gestern von FDP-Parteisprecher Mahling dementiert.

DER KOMMENTAR

Schuld und Sühne

DIETHART GOOS

Sorgfältig hatten die Planer in der FDP-Zentrale das Spektakel vorbereitet. Vom Bundestagparteitag am Freitag und Samstag in Mainz sollte ein Fanal ausgehen, um möglichst viele Wähler am 25. Januar zum Votum für die Liberalen zu motivieren: Fortsetzung der Koalition mit der CDU/CSU bei Wahrung eigenständiger Positionen. Mit dieser Aussage wollten man sich mindestens sieben Prozent des Stimmenspotentials sichern.

Doch wie ein Flächenbrand hat sich im liberalen Lager eine verbissene geführte Diskussion um die Kronzeugenregelung ausgebreitet, die das Konzept der FDP-Wahlkampfmanager zu sprengen droht. Die zwei Tage in der Mainzer Rheingoldhalle geraten in Gefahr, der Öffentlichkeit das Bild einer wieder einmal zerstrittenen Partei zu bieten, das so manchen Wähler vor einer Stimmabgabe für die blaugelbe Dreipunkte-Partei abschrecken könnte.

Die FDP als wankelmütiger Partner, auf den kein Verlaß ist,

so lautet denn auch schon Vorwürfe vor allem aus der CSU. Hatte man sich doch am Koalitionstisch unter dem Eindruck der jüngsten Terroranschläge auf ein Konzept geeinigt, auch wenn man die Expertenmeinungen dazu noch hören wollte. Aber bevor sich die Fachleute dann am vergangenen Freitag überwiegend negativ äußerten, hagelte es schon aus den FDP-Landesverbänden massive Kritik an der Parteiführung: Man dürfe Mörder nicht straflos lassen, selbst wenn sie an der Aufklärung oder Verhinderung terroristischer Gewaltakte mitgewirkt hätten.

Ein wenig paradox ist es schon, daß die FDP-Linke die Resozialisierung statt Strafe zum Programm erhob, beim Kampf gegen den Terror nun das Prinzip von Schuld und Sühne zum liberalen Dogma erhebt - und darin nicht nur Grund für einen neuen Koalitionstreit, sondern zuzugangs die Idealprägung eines „liberalen Profils“ sieht.

Kohl von „DDR“-Protest unbeeindruckt

Kanzler vor Mittelstandsvereinigung: Menschenrechte werden mit Füßen getreten

HELMUT BREUER, Düsseldorf

Bundeskanzler Helmut Kohl bleibt ungeachtet des „DDR“-Protests gegen seine Angriffe auf Ost-Berlin bei seiner Kritik an dem SED-Regime. Der CDU-Chef nutzte eine Wahlkundgebung der CDU-Mittelstandsvereinigung dazu, um die Forderung nach Anerkennung der „DDR“-Staatsbürgerschaft ebenso abzulehnen wie die Schließung der Zentralen Erlassungsstelle in Salzgitter. Einen Tag nach dem förmlichen Protest von Ewald Moldt, dem Ständigen Vertreter der „DDR“ in Bonn, gegen ähnliche Äußerungen Kohls am 8. November, sagte der Kanzler in Düsseldorf: „Rege Kontakte und ein gutes Gesprächsverhältnis mit der „DDR“-Staatsführung seien notwendig, doch wisse er zu jeder Stunde, mit wem er spreche.“ Das Ziel unserer Politik ist es, Menschen zueinander zu bringen, aber dieses Ziel kann nicht heißen, daß ich anerkenne, daß ein kommunistisches Regime im anderen Teil Deutschlands die Menschenrechte mit Füßen tritt.“ Kohl hatte schon im März dieses Jahres deutlich gemacht, daß dieses Thema eine Rolle im Bundestagswahlkampf spielen werde.

So lange es in der „DDR“ noch einige tausende politische Gefangene gebe, so der Kanzler, sei es notwendig, die Erfassungsbürokratie zur Registrierung von Gewalttaten in der „DDR“ offenzuhalten, damit die politischen Gefangenen drüben, wissen, daß Übergänge gegen sie hier zur Kenntnis genommen werden, daß sie nicht vergessen sind.“

Die Bundesregierung denkt nach den Worten Kohls auch nicht daran, die Staatsbürgerschaft der „DDR“ anzuerkennen. „Wir grenzen unsere Landsleute nicht aus, das sind Deutsche mitten in Deutschland.“ Im übrigen wisse Honecker aus einer Umfrage der SED, daß auch eine Mehrheit der Bevölkerung in der „DDR“ gegen diese Anerkennung sei.

Der Bundeskanzler warnte auch davor, mit einem Nein zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes kommende Generationen in die

An der Basis wirbt Rau weiter für die absolute Mehrheit

Brandt: Meine Stellungnahme war abgesprochen

DW. Bonn

SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hat einen weiteren Versuch unternommen, die Basis trotz gegenteiliger Äußerungen aus der Parteispitze auf sein Ziel einer absoluten Mehrheit einzuschwören. Auf einer Mobilisierungskonferenz für Norddeutschland sagte Rau in Walsrode, er wolle nicht deshalb mehr Stimmen, „damit die Anderen gewarnt sind, sondern damit eine andere Politik gemacht werden kann in der Bundesrepublik.“ In der jüngsten Ausgabe des „Vorwärts“ hatte SPD-Präsident Egon Bahr am Freitag geschrieben: Wir kämpfen nicht mehr um die Mehrheit.

In Walsrode wurde deutlich, daß Rau eine Gefahr für die SPD darin sieht, die gegenwärtig positive Grundstimmung herunterzuspielen. Er warnte die rund 600 Parteifunktionäre, im Wahlkampf die Bundesrepublik als „Jammertal“ darzustellen. Raus Analyse deckt sich mit der der Bundesregierung aus Union und FDP: Der Mehrheit gehe es gut, die Preissteigerungsrate sei niedrig, die Exportdaten seien hervorragend und es gebe Anzeichen für eine Belebung des Binnenmarktes. Von dieser Bestandaufnahme, die die Politik der Regierung in den vergangenen vier Jahren bestärkt, schlug Rau „eine Bogen“ zu den Zielen der SPD. Sie müsse dafür werben, daß gerade jetzt eine Chance für mehr Solidität bestehe.

Zwei Monate vor der Bundestagswahl räumte Rau Defizite der SPD ein. Sie sollten bis zum 25. Januar ausgeräumt werden. Die Partei müsse, so der Spitzenkandidat, noch Profite gewinnen und auf die Menschen zueinander wirken. Rau erhofft sich offenbar positive Effekte von einer hohen Wahlbeteiligung. Wenn im gleichen Maße wie in Hamburg SPD-Wähler nicht zur Bundestagswahl gingen, so könne die Partei nicht gewinnen.

Parteichef Willy Brandt hat erklärt, seine umstrittene Äußerung nach der Hamburg-Wahl, die Sozialdemokraten müßten jetzt eine Mehrheit der Union verhindern, sei in der engeren Führungsspitze - der auch Rau angehört - so besprochen worden. Rau hatte hingegen versucht, diese Stellungnahme Brandts als eine Art Schnellschuß herunterzuspielen. Seiten 2 und 16: Weitere Beiträge

POLITIK

Nicaragua: Ein Volkstribunal hat den US-Bürger Eugene Hasenfus zu 30 Jahren Haft verurteilt. Er habe sich, so die Begründung, an Aktionen zum Sturz der Regierung in Managua beteiligt. Die USA sprachen von Rechtsverletzungen und warfen Nicaragua vor, einen Schauprozess inszeniert zu haben. (S. 2 und 6)

Sowjetunion: Acht Minister der Sowjetrepublik Ukraine und zwei weitere Politiker sind vom Zentralkomitee der ukrainischen KP wegen „schwerer Verfehlungen im Kampf gegen falsche Buchführung“ getadelt worden, berichtete die „Pravda“.

Flugverbot: Die südafrikanische Gesellschaft South African Airways (SAA) darf nach einem Beschluss des Obersten US-Gerichtshofes in Washington seit gestern nicht mehr die Vereinigten Staaten anfliegen. Damit wurde ein Einspruch der südafrikanischen Fluggesellschaft gegen eine Anordnung des Verkehrsministeriums verworfen.

Supermächte: US-Präsident Reagan ist nach den Worten seines Sonderberaters für Abrüstung, Rowny, zu einem neuen Gipfeltreffen mit Krenl-Chef Gorbatschow in Moskau bereit, auch wenn dieser nicht zuvor in die USA kommt. Der nächste Gipfel nach dem Treffen von Reykjavik könne 1987 stattfinden.

Nordirland: Bei Demonstrationen zum Jahrestag des Nordirland-Abkommens kam es am Wochenende in Belfast zu schweren Auseinandersetzungen zwischen militanten Protestanten und der Polizei. Ein 29-jähriger wurde von einem Polizeiauto überfahren.

GEW: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) will härter als bisher um Arbeitszeitverkürzung kämpfen und damit den 75 000 arbeitslosen Lehrern in der Bundesrepublik helfen. Der GEW-Vorsitzende Wunder meinte auf dem Gewerkschaftstag in Osnabrück: „Auch Arbeitsniederlegungen gehören zu unserem Repertoire.“

WIRTSCHAFT

Opec: Das Preiskomitee der Organisation erdöl-exportierender Länder (Opec) hat einstimmig empfohlen, wieder einen Opec-Richtpreis für Rohöl von 18 Dollar je Barrel (159 Liter) einzuführen. Gegenwärtig kostet Erdöl zwischen 13 und 15 Dollar pro Barrel. Ein Richtpreis war seit elf Jahren nicht mehr konsensfähig. Er soll jetzt spätestens zum 1. Januar 1987 in Kraft treten. (S. 11)

Wertförmigkeit: Auch im Sparhaushalt 1987 stecken Millionenbeträge für die notleidende deutsche Schiffbauindustrie. Der Bund und Schleswig-Holstein bringen rund 200 Millionen Mark auf, damit die Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) einen US-Milliardenauftrag für drei Containerschiffe erhält. Ein weiterer für zwei Schiffe könnte an die Bremer Vulkan AG gehen. (S. 11)

Jubiläum: Die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur, die sich um Forschung und praktische Pädagogik kümmert, feiert 10-jähriges Bestehen. Ihren „Großen Preis“ verleiht die Akademie an die Münchener Internationale Jugendbibliothek. (S. 21)

SPORT

Gewichtheben: Der Münchner Superschwergewichtler Manfred Nerlinger (Foto) hat bei der Weltmeisterschaft in Sofia mit dem deutschen Rekord von 245 Kilogramm den Titel im Stoßen gewonnen. (S. 17)

Eishockey: In einem vorgezogenen Spiel des 18. Bundesliga-Spieltages siegte der Kölner EC mit 8:4 über die Düsseldorfer EG. Düsseldorfer hatte zuvor in sieben Spielen in Folge nicht verloren und war bis auf den zweiten Tabellen-Rang vorgerückt. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Bundespresseball: „Gericht aus Bonn“, so hieß dieses Jahr das Motto des Bundespresseballs, der wieder viel politische Prominenz und Stars aus Film und Fernsehen anlockte. Rund 2900 im Feiern erprobte Ballgäste vergnügten sich in der Beethovenhalle. (S. 22)

Büro auf Rädern: Eine schwedische Firma hat für ihre Pendler ein Büro auf Rädern eingerichtet. Ein Teil der Fahrzeit wird den Angestellten als Arbeitszeit angerechnet. Viele Beschäftigte sind deshalb vom Auto auf die Bahn umgestiegen. (S. 22)

Wörner gegen neue Strategiedebatte

Welt-Interview mit dem Verteidigungsminister / Rühes Äußerungen sorgen für Unruhe

RÜDIGER MONIAC, Bonn

In einer nach dem Reykjavik-Gipfel für die westliche Sicherheit entscheidenden Phase ist Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner zu politischen Gesprächen mit US-Vizepräsident Bush, seinem Amtsvorgänger Weinberger und weiteren führenden Politikern nach Washington geflogen. Die NATO ist jetzt dabei, ihr Konzept für die Fortsetzung des politischen Dialogs mit der Sowjetunion über Rüstungskontrolle und den Abbau von Spannungen weiterzuentwickeln, nachdem beide Supermächte nach der Island-Begegnung gemeinsam den Willen zur kräftigen Reduzierung von Nuklearwaffen bekundet hatten. Wörner wird überdies in Washington in einem Vortrag die Ansichten der Bundesregierung zur Zukunft der westlichen Sicherheitspolitik vorstellen.

In den Gesprächen der britischen Premierministerin mit US-Präsident Reagan am vergangenen Wochenende unterstrich Margaret Thatcher nachdrücklich, daß eine für Europa ins Auge gefaßte „Null-Lösung“ für Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite gekoppelt werden müsse mit einer Problemlösung des sowjetischen Übergewichts an Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite und beim konventionellen Militärpotential.

In einem WELT-Gespräch hob Bundesverteidigungsminister Wörner den gleichen Standpunkt hervor und erklärte, die westliche Strategie der Kriegsverhinderung bleibe beim sowjetischen konventionellen Übergewicht „auf Nuklearwaffen angewiesen“. Öffentliche Äußerungen des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rühe über eine mögliche Veränderung der NATO-Strategie der Abschreckung hat in den Reihen der Union und der Regierung große Verwirrung ausgelöst. Wörner und der abrüstungspolitische Sprecher der Fraktion, Todenhöfer, stellten klar, es gebe keinen Grund, die seit Jahrzehnten bewährte Strategie der flexiblen Reaktion zu korrigieren. Demzufolge sei auch eine neue Strategiedebatte unnötig. Rühe hatte dagegen erklärt, er halte dies für erforderlich. In den USA gebe es schon Anzeichen dafür, selbst die Frage des Erstsatzes von Nuklearwaffen aufzuwerfen. In der NATO-Strategie wird aber die Möglichkeit des Erstsatzes in der Absicht betont, für die Sowjetunion die Kalkulation eines Kriegsriscos aus ihrer Sicht zu verhindern.

Besonders getroffen hat sicherheitspolitische Fachleute in den Reihen der Union, daß Rühe einem dpa-Bericht zufolge warnend gesagt habe, die USA durch das Zurückhalten einiger Mittelstreckentraktoren in Europa in eine Art „Geiselschaft“ in der atomaren Schutzschirm zu nehmen. Solche Vorstellungen entsprächen nicht der bestehenden „Werte-, Sicherheits- und Risikogemeinschaft“ mit „unseren amerikanischen Freunden“. Vielmehr gebe es Verbindungen zwischen der amerikanischen und europäischen Sicherheit, die lebensfähig gehalten werden müssen. Seiten 5 und 16: Weitere Beiträge

Falschaussage vor NH-Ausschuß? „Soldaten waren nicht die Täter“

D.G. Bonn

Nach der Aussage des bisherigen BGAG-Chefs Lappas ergibt sich für den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Hirsch bei einem Zeugen der Verdacht der Falschaussage. Wie der CDU-Politiker der WELT sagte, will Lappas erstmals Mitte Juli in Urmissen und Mitte August konkret den DGB-Vorsitzenden Breit über den Verkauf der Neuen Heimat informiert haben. Breit hatte dagegen ausgesagt, erst Anfang September über den NH-Verkauf von Lappas unterrichtet worden zu sein.

E.N. Bonn

CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dreger hat in einer „Gedenkstunde zum Volkstrauertag“ gegenüber allen Toten des Krieges und Opfern der Gewalterschaft die „gleiche Ehrfurcht“ gefordert. Bei der Veranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge sagte der CDU-Politiker: Es gehe nicht an, „die toten deutschen Soldaten den an deren Opfern als „Täter“ gegenüberzustellen“. Nicht die Soldaten, die Entscheidungsträger seien Täter. Seite 4: Die Täter

Mord in Jerusalem. Israel sieht die Schuldigen in Syrien

Kollek appelliert an Araber, Spannungen zu verhindern

E. LAHAV/DW. Jerusalem

Der Mord an einem Studenten der Talmud-Schule in der Altstadt von Jerusalem hatte am Wochenende zahlreiche gewalttätige Ausschreitungen zur Folge. Die Polizei war bemüht, eine kollektive Rache an Arabern zu verhindern. Dazu hatte der Vorstand der Schule aufgerufen, obwohl die drei Täter unmittelbar nach dem Überfall festgenommen worden waren. Die israelische Regierung machte die „Volkfront für die Befreiung Palästinas“ in Damaskus für den Mord verantwortlich.

Drei Araber hatten den 21-jährigen Eliahu Amedi am Samstag nachmittag mit Messern auf ihn eingestochen. Amedi hat sich offenbar verzweifelt gewehrt und einen der Täter verletzt, bevor er mehr als zehn Stichwunden erlag. Der Leichnam des Studenten wurde nach orthodoxer Sitte noch in derselben Nacht auf dem Ölberg beigesetzt. Die etwa 200 Trauergäste ließen sich nach den Worten von Polizeichef Josef Jehudai „an praktisch allem aus, was am Wege lag.“

Bürgermeister Teddy Kollek rief sofort die arabischen Notablen der Altstadt zusammen und bat sie, ihren Einfluß geltend zu machen, um weitere Spannungen zu vermeiden. Sie sollten der Bevölkerung verdeutlichen, daß fortgesetzte Angriffe zur Gegenwehr der jüdischen Bewohner führen könnten.

Kollek gab jedoch zu, unter der arabischen Bevölkerung herrsche Unzufriedenheit, weil sie von der städtischen Entwicklungstätigkeit nicht so gut wie die jüdische Bevölkerung bedacht werde. „Das Gefühl, bedrängt zu werden, ist zum Teil für die Spannungen verantwortlich“, sagte Kollek. Er bezog sich dabei darauf, daß Rabbiner-Seminare in jüngster Zeit Grundstücke in der Jerusalemer Altstadt erworben haben, in der zu meist Araber wohnen.

Zu Zwischenfällen war es in der vergangenen Woche jedoch nicht nur in Jerusalem gekommen. In Nabulus hatte eine Frau versucht, einen israelischen Soldaten zu erstechen. Im Gazastreifen wurden zwei Israelis erstochen und einer weiterer verletzt.

„Drogenschiff“ versenkt

USA schlagen im Kampf gegen Rauschgift-Schmuggel zu

G. FRIEDLÄNDER, Bogotá

Die amerikanische Küstenwache hat am Freitag nachmittag auf offener See ein Fischerboot versenkt, das zehn Tonnen Marihuana an Bord führte. Der Vorgang wurde erst nach 24 Stunden bekannt.

Es ist seit 1980 das vierzehnte Mal, daß die nordamerikanische Küstenwache Feuer auf ein Rauschgift transportierendes Schiff eröffnet hat. Auch andere Teile der Streitkräfte der USA werden im Kampf gegen den Rauschgiftschmuggel eingesetzt. Dieser jüngste Zwischenfall ereignete sich, als US-Truppen aus Bolivien abgezogen wurden, wo sie an einer Aktion gegen Kokainfabriken an der Seite bolivianischer Behörden teilgenommen hatten.

Die auf dem Schiff der Küstenwache stationierten Beamten der Rauschgift-Bekämpfungsbehörde DEA sichtigten die „Rose Marie“ in internationalen Gewässern, vierzig Meilen von der nördlichen kolumbianischen Atlantikküste entfernt, und gaben ihr den Befehl, zur Inspektion zu betreten. Das Schiff versuchte zu entkommen. Daraufhin eröffneten die Amerikaner Wärmefeuern gegen das sechzehn Meter lange Fischerboot. Als auch das ergebnislos blieb, wurde die „Rose Marie“ beschossen.

Das aufgebracht und später versenkte Fischerboot wird von den Amerikanern als „staatenlos“ bezeichnet, aber die gesamte Besatzung - sieben Mann - waren Kolumbianer.

Die Nordamerikaner haben in den vergangenen beiden Jahren besondere Anstrengungen unternommen, die kolumbianische Regierung dazu zu bringen, den Anbau von Marihuana zu bekämpfen.

Kolumbien hat zwar Rauschgift produzierende Pflanzungen zerstört, aber die Versorgung des Marktes wurde dadurch nicht unterbrochen. (SAD)

Leserbriefe und Personalien Seite 8
Fernsehen Seite 19
Pankraz Seite 21
Wetter: Unbeständig Seite 22

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Deutliches zur „DDR“

Von Enno v. Loewenstern

Bundeskanzler Kohl hat seine nachdrückliche Kritik an der „DDR“ nach Protest - ADN sprach von „Verleumdung“, der Ständige Vertreter Ewaldt Moldt verwahrte sich gegen „Einnischung in die inneren Angelegenheiten der DDR“ - noch einmal unterstrichen. Das verdient Respekt.

Zwar seien Gespräche mit der „DDR“ notwendig, sagte Kohl. Aber: „Unser Ziel kann nicht sein, daß wir ein kommunistisches Regime anerkennen, das die Menschenrechte mit Füßen tritt.“ Er lehnte die Anerkennung einer „DDR-Staatsbürgerschaft“ ab: „Ich grenze unsere Landsleute nicht aus, die Deutsche sind mitten in Deutschland.“ Kohl hat sich zum Widerverdingungsgebot bekannt und er lehnt auch die Abschaffung der Erlassungsstelle Salzgitter ab, wohl wissend, daß sie vielen Landsleuten Hoffnung und vielen ihrer Unterdrücker Abschreckung bedeutet.

Kohl hat sich schon angesichts der Honecker-Besuchserwartungen 1984 und früher deutlich geäußert. Freilich halten auch in der Union, solche Deutlichkeit für unpolitisch. Sie meinen, im freien Teil Deutschlands könne nur eine Urteil gewählt werden, die Moskaus Wohlwollen genießt und für Tritte einsteckt (denn die kommunistische Seite zögert, uns Kriegstreiber und Revanchisten zu schimpfen).

Aber die Union hat erfahren, zuletzt auch in Bayern, daß Zurückhaltung gegenüber den Menschenverächtern unpolitisch ist und einer Partei Verachtung eintragen kann. Der gängige Doppelstandard - zwar die NS-Verbrechen angemessen verurteilen, zu den kommunistischen Verbrechen aber im Namen der „Entspannung“ schweigen - ist nicht nur unmoralisch, er birgt auch die Gefahr in sich, zumindest breiten Kreisen die Moralbegriffe zu verwirren. Daraus ist die Absurdität zu erklären, daß vierzig Jahre nach Überwindung eines verbrecherischen Systems auf deutschem Boden gegen den freiheitlichen Rechtsstaat Steine geschleudert werden im Geiste des verbrecherischen Systems, das heute einen Teil des deutschen Bodens besetzt hält. Anklage zu erheben, wo die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, ist auch ein Stück politischer Hygiene im eigenen Land.

Die Ehre der Gefallenen

Von Eberhard Nitschke

Es muß auch einen Platz geben, an dem wir ohne volkspädagogische Absichten nur eins tun: den Millionen Toten, die zu Opfern der Kriege und unrechtmäßigen Gewalt wurden, unseren Respekt und unsere Ehrfurcht zu bekunden. Diesen Satz hat Alfred Dregger im April bei einer Bundestagsdebatte gesagt. Am Sonntag hat er aus Anlaß der Gedenkstätte zum Volkstrauertag 1986 dieser politischen Forderung Nachdruck verliehen. „Alle Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft“, so Dregger, hätten Anspruch auf die gleiche Ehrfurcht, soweit sie sich „persönlich ehrenhaft“ verhalten haben.

So selbstverständlich das klingt, so selten ist es bisher an prominenter Stelle auch gesagt worden. Es ist lange her, daß US-Präsident Eisenhower, während des Krieges amerikanischer Oberbefehlshaber in Europa, 1951 in Gegenwart Konrad Adenauers meinte, er wisse von dem Unterschied zwischen dem deutschen Soldaten, „der seine Ehre nicht verloren hat“, und Hitler und seinen verbrecherischen Helfern. Es ist auch schon wieder lange her, daß Charles de Gaulle als französischer Staatspräsident 1961 in Paris dem ihm besuchenden deutschen Bundespräsidenten sagte, jedes der beiden Völker werde die „Erinnerung an den entfalteten Mut und die erlittenen Opfer bewahren, insofern die Ehre der Kämpfenden hierbei unangestastet geblieben ist“.

Dregger zog dieses Beispiel von Objektivität heran, um einer Argumentation entgegenzutreten, die gefallene Soldaten als „Täter“ brandmarkt, die auf keinen Fall zur gleichen Zeit und am gleichen Ort wie die anderen Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft geehrt werden dürften. Er erinnerte zudem an die gleichsam „Große Koalition“, die 1949 in Gestalt der Parteivorsitzenden Adenauer, Kurt Schumacher (SPD) und Theodor Heuss (FDP) zusammentrat, indem sie die Ehre der toten Soldaten schützte, wenn sie sich ehrenvoll verhalten hatten.

Die Erben diese „Koalition“, unter denen eine Diskussion darüber aufgebracht ist, ob man „die Toten der Kriege und der Gewaltherrschaft“ wirklich gemeinsam ehren kann, hat Dregger mit Nachdruck aufgefordert, sich dieser Gemeinsamkeit zu erinnern. Die von der SPD gewünschte „breite Debatte“ kann damit in einem eröffnet und geschlossen werden.

Und ganz ohne Quote

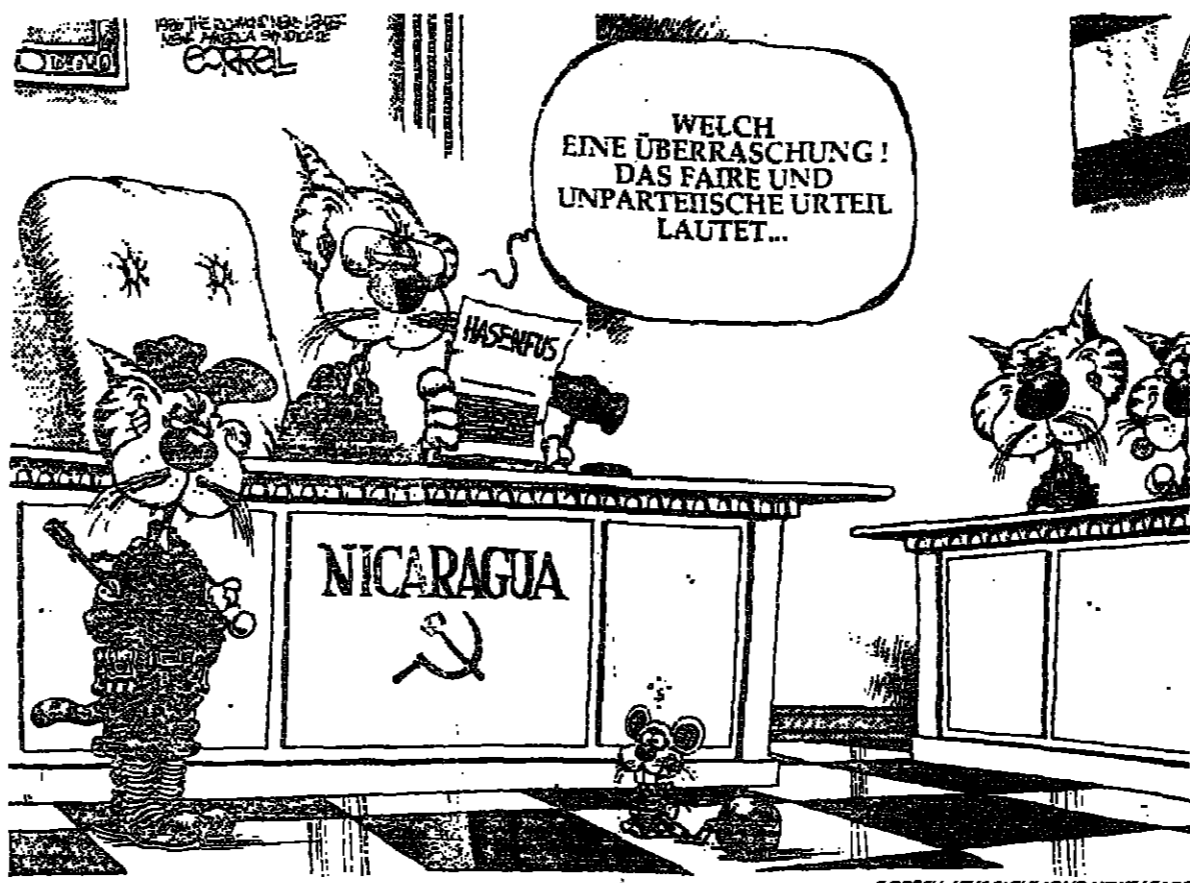
Von Joachim Neander

Unter den fünfzehn Beisitzern im Landesvorstand der rheinland-pfälzischen CDU sind jetzt sechs Frauen. Das ist doppelt soviel, wie dem weiblichen Geschlecht nach seinem Mitgliederanteil (knapp zwanzig Prozent) eigentlich „zustehen“ würde. Das übertrifft die meisten Parteiverbände aller politischen Richtungen in der ganzen Bundesrepublik. Aber es kam zustande ohne jede Quotenregelung und ohne die sattem bekannten Beschwörungsaufspiele, doch bitte den armen, unterdrückten Frauen eine Chance zu geben.

Gewählt wurden die sechs (zum Teil mit beachtlichen Ergebnissen) auf dem Parteitag in Andernach vor allem, weil es jede auf ihre Art und als Einzelperson verstand, bei der Kandidatenvorstellung die Parteidelegierten zu beeindrucken - so sehr übrigens, daß zum erstmaligen seit langem der geheiligte Vorstands-Proporz der drei Bezirksverbände über den Haufen geworfen wurde und ein so prominenter und um das Bundesland und seine Partei hochverdienter Mann wie der frühere Wirtschaftsminister Heinrich Holkenbrink seinen Sitz im Parteivorstand verlor.

Natürlich kommt nun erst die Zeit der Bewährung. Die Arbeit der sechs wird nach zwei Jahren an diesem Vertrauensvorschuß gemessen werden. Aber das kann sich jetzt ohne den Argwohn und psychischen Druck vollziehen, der die nur auf Grund von Quoten Gewählten unvermeidlich begleitet - wenn nicht gar verfolgt.

Für einen Mann wie Holkenbrink, der freiwillig, um einem jüngeren Platz zu machen, auf eine erneute Landtagskandidatur verzichtet hatte, aber gerne weiter Verantwortung getragen hätte, ist dies eine bittere Sache. Für die politische Öffentlichkeit dagegen könnte das überraschende Ergebnis des Andernacher CDU-Parteitages auch eine ganz gute, belehrende Wirkung haben. Zumindest in den Parteien und Institutionen, in denen das Individuum noch etwas gilt, sollte man sich klarmachen, daß Frauen, um Erfolg und Einfluß zu gewinnen, nicht immer nur untergehakt und als feministisch verbissenes Abzählkollektiv auftreten müssen.



Etappensieg der Sandinisten

Von Werner Thomas

Eugene Hasenfus ist ein bekannter Mann in Managua: er war es schon, bevor die Sandinisten ihn in ihrem Schauprozess vor dem „Volksgerichtshof“ - der Begriff ist den Deutschen von einer ähnlichen Institution her wohl bekannt - zu den erwarteten dreißig Jahren verurteilten. Der in Ketten gelegte blonde Hüne blickt traurig vor transparenten. Das Bild des gefangenen amerikanischen Contra-Helfers dominierte auch die Festveranstaltung zum 25. Jahrestag der „Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront“ (FSLN) vorletzte Woche. Selbst T-Shirts vermittelten diesen Anblick, den die Comandantes symbolhaft sehen: ein geschlagener Riese. Sie suggerieren das biblische Gleichnis von David und Goliath.

Der Vergleich hinkt. Der Goliath hat bisher nicht gekämpft. Er wird wahrscheinlich auch nicht kämpfen. Er unterstützt verbündete Kräfte. Denen droht jedoch, wenn kein Wunder geschieht, eine Niederlage.

Etwas mehr als zwei Jahre vor dem Ende der Reagan-Ära kann man diese Prognose wagen: Die Marxisten in Managua werden wohl jenen Präsidenten überleben, der sie stürzen oder zumindest zur Kurskorrektur zwingen wollte. „Cry uncle“, sagte er einmal, auf deutsch: Sie sollten zu Kreuzen kriechen. Solche Forderungen wiederholt Reagan heute nicht mehr.

In der Zwischenzeit hegen sogar die Führer der antisandinistischen Rebellen (Contras) Zweifel an ihren militärischen Möglichkeiten. „Mit eigenen Kräften“ sei ein Sieg über die Sandinisten nicht zu schaffen, konstatierte Arturo Cruz.

Diplomatische Beobachter der mittelamerikanischen Region haben von Anfang die Ansicht vertreten, daß die Comandantes keine Rebellenarmee zu fürchten hätten. Schon deshalb nicht, weil der Sicherheits- und Überwachungsapparat perfekt funktioniere. Es könne keinen Volksaufstand geben wie in der Endphase der Somoza-Diktatur, trotz der weit verbreiteten Unzufriedenheit der Bevölkerung über die katastrophale wirtschaftliche Lage (nach Worten des Comandante Jaime Wheelock betrug die Inflationsrate im vergangenen Jahr 2600 Prozent). Aber mit östlicher Hilfe schufen die Sandinisten die

stärksten Streitkräfte Mittelamerikas, 120 000 Soldaten und Reservisten, von 3000 kubanischen Experten beraten. Zum FSLN-Jubiläum veranstaltete die „Sandinistische Volksarmee“ ihre bisher größte Militärparade mit 50 sowjetischen Panzern. Die weitere Ausrüstung der mittelamerikanischen Volksarmee ist garantiert. Das Schicksal der Contras steht dagegen in den Sternen geschrieben - nachdem die Demokraten wieder den amerikanischen Senat kontrollieren.

Der neue Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses heißt Claiborne Pell, ein linksliberaler Volksvertreter aus dem Staat Rhode Island, der die antisandinistischen Rebellen bereits „unsere Terroristen“ nannte. Der Senator John Kerry, der ähnlich denkt wie Pell, erwartet, daß sich der Ausschuß in Zukunft mehr auf die gegen die Contras erhobenen Beschuldigungen der Menschenrechtsvergehen und des Rauschgifthandels konzentriert, als Geldmittel zu verteilen.

Tomas Borge, der sandinistische Innenminister, hat gesagt: „Wenn uns die Amerikaner entmanchen wollen, müssen sie schon selbst kommen.“ Diese - realistische - Lageeinschätzung wurde in Washington nie ernsthaft erwogen. Während der letzten Etappe der Präsidentschaft Reagan wird die direkte Intervention erst recht nicht zur Diskussion stehen.



Die Bedrohung der Nachbarländer durch Nicaragua geht weiter: Hasenfus vor dem „Volksgerichtshof“

Reagan denkt, von Ehefrau Nancy bestärkt, an seinen Platz in der Geschichte. Er möchte als Friedenspräsident in die Geschichte eingehen.

Kein Wunder, daß Probleme existieren zwischen Washington und den mittelamerikanischen Freunden. Alle, sowohl Honduras als auch El Salvador, Costa Rica und Guatemala, stellen sich auf eine Fortsetzung der sandinistischen Herrschaft nach dem Regierungswechsel in den USA ein. Deshalb lehnten selbst Honduras und El Salvador die militärische Ausbildung von Contra-Offizieren auf ihrem Territorium ab. Der honduranische Präsident José Ascona Hoyo gerät unter wachsenden innenpolitischen Druck, weil die Contras nach wie vor ihre Basislager in diesem Nachbarland Nicaragua unterhalten. Dieser Tage besuchte der Präsident die Grenzregion und berichtete über eine „schwierige Situation“. Die „Sandinistische Volksarmee“ eskaliert ihre Aktionen in diesem Gebiet.

Ein honduranischer Offizier erinnert: „Wir haben den Amerikanern vor vier Jahren gesagt, daß sie die klare Entscheidung zum Sturz der Sandinisten fällen müssen. Wenn sie das nicht tun würden, könnten sie Probleme erwarten. Sie wissen bis heute nicht, was sie tun sollen.“

Die „New York Times“ zitierte einen amerikanischen Regierungsbeamten, der dieses Dilemma erkannte. „Diese Länder wissen, daß wir schon öfters davongelassen sind.“ Er meinte das Schweinebucht-Desaster - wo die vom US-Geheimdienst CIA organisierte Invasion exilkubanischer Brigaden mit einem karibischen Waterloo endete, weil die neue Kennedy-Administration nicht direkt eingreifen wollte - und Vietnam.

Ronald Reagan hat bereits angekündigt, was passiert, wenn die Sandinisten an der Macht bleiben: Dann seien alle Länder der Region von einer marxistischen Revolution bedroht, auch Mexiko. Und siehe da, hier sind Nicaragua Innenminister und Americas Präsident einmal einer Meinung. Tomas Borge antwortete in einem „Playboy“-Interview auf die Frage nach den revolutionären Aussichten Mittelamerikas: „Das ist eine historische Prognose Reagans, mit der er richtig liegt.“

Dohnanyis neue Bescheidenheit beginnt recht anmaßend

Statt gemeinsamer Verantwortung soll der CDU ein Papier präsentiert werden / Von Uwe Bahnsen

Wenn ein Politiker wie der Hamburger SPD-Fraktionsvorsitzende Henning Voscherau seine Partei nach einer verheerenden Wahlniederlage öffentlich, wie geschehen, zur „Bescheidenheit“ und zur parlamentarischen Zusammenarbeit auffordert, so muß das einen guten Eindruck machen. Hätte die Partei von ihrer bisherigen absoluten Mehrheit in der Bürgerschaft mit etwas weniger Arroganz der Macht Gebrauch gemacht und wäre sie etwas mehr zur Kooperation mit der christdemokratischen Opposition bereit gewesen, so hätten die Wähler ihren Dankzettel für die SPD vielleicht nicht mit dieser Deutlichkeit ausgefüllt.

Jedoch sind Voscheraus Mahnungen und die Konsequenzen, die die Spitzengegner aus dem Desaster des 9. November ziehen, offenbar zwei Paar Schuhe. Denn die „Bescheidenheit“ der SPD-Führung sieht in der politischen Praxis so aus: Die drei Führungspersonen der Hamburger Sozialdemokratie, nämlich Bürgermeister Klaus von

Dohnanyi, Fraktionschef Voscherau und der Landesvorsitzende Ortwin Runde, beschlossen soeben, sie würden ein „Arbeitsprogramm für die Bürgerschaft in ihrer jetzigen Zusammensetzung“ ausfüllen, das „nicht parteipolitisch bestimmt“ sein werde.

Das SPD-Führungsstrio scheint die Öffentlichkeit und die CDU-Führung für ziemlich naiv zu halten. Wenn sich die drei Spitzengegner zusammensetzen, um ein solches Papier zu fertigen, so ist kaum anzunehmen, daß es anders als in ihrem Sinn, also „parteilich bestimmt“, ausfällt. Diese SPD-Hausarbeit soll sich ein neu gewähltes Parlament präsentieren lassen, in dem die Sozialdemokraten keine Mehrheit mehr haben - und es soll tunlichst erst nach dem 25. Januar vorliegen, weil die SPD bis zur Bundestagswahl ein Hamburgers Stillsitzen inszenieren möchte.

Das alles ist schon grotesk genug. Es wird zur umwerfenden Komik angesichts der parteipoliti-

sehen Hintergedanken, die es begleiten. Der Finanzsenator Horst Gobrecht etwa bekannte vor der neuen SPD-Bürgerschaftsfraktion mit schöner Offenheit: „Wenn ich für sozialdemokratische Politik eine Mehrheit bekomme, ist mir egal, von wem.“ Und Dohnanyi selbst bezeichnete es vor demselben Auditorium als Aufgabe der SPD, die Partei müsse „eine realistische Antwort für die Fragen der Stadt auch im Sinne der GAL-Wähler formulieren“ - natürlich mit dem Ziel, sie für sich zurückzugewinnen.

Geprobt wird hier der Super-Spagat, um an der Macht zu bleiben. Die neue, „nicht parteipolitisch bestimmte“ SPD-Politik der „Bescheidenheit“ im Stadtstaat Hamburg hat dabei nur eben dieses Problem, daß die christdemokratische Konkurrenz auf diese interessanten Gedanken nicht eingehen mag. Für die CDU sagte deren Fraktionsvorsitzender Hartmut Perschau: „Wir müssen und wir werden der abgewirtschafteten und ausgebrannten SPD klarmachen, daß man mit uns nicht taktieren kann.“ Und: „Wir sind jederzeit bereit, mit der SPD über eine gemeinsame Verantwortung zu verhandeln und in einem solchen Fall Kompromisse einzugehen. Solange es diese gemeinsame Verantwortung jedoch nicht gibt, werden wir im Parlament lupenreine CDU-Politik vortragen.“

Ein neues „Arbeitsprogramm“ für die Bürgerschaft aus der zerstückelten Feder des demokratischen Sozialismus aber ist schon deshalb überflüssig, weil schon eines auf dem Tisch liegt: der Haushaltsentwurf für 1987.

Ein Etat ist in Zahlen gegossene Politik. Die Rathausregenten um Klaus von Dohnanyi und Horst Gobrecht können ihren Haushaltsplan mühselos so überarbeiten, daß er den neuen Anforderungen der „Bescheidenheit“ entspricht und nicht mehr „parteilich bestimmt“ ist. Bei der parlamentarischen Behandlung dieses Etats wird sich dann zeigen, welche Fraktion welches Maß an Verantwortungsbe-

IM GESPRÄCH Hischam Nazer

Neuer Mann, neuer Stil

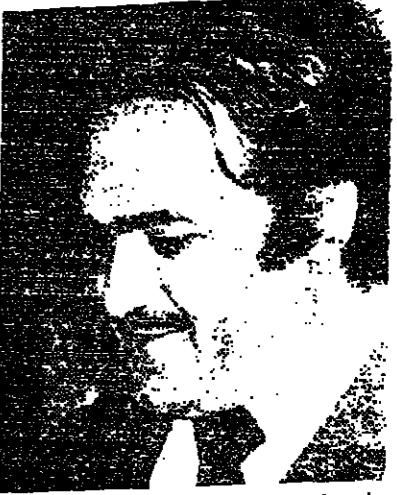
Von Volker Stahr

Fast ein Vierteljahrhundert stand Ahmed Zaki al-Yamani als Synonym für die arabische Ölmacht. Sein Name war bekannter als die jener drei Könige, denen er diente. Er war der Kopf des Erdölkartells Opec, dessen Herz Saudi-Arabien war.

Von vergleichbarem Einfluß gab es im Lande nur noch einen Mann, der nicht der Königsfamilie angehörte: Planungsminister Hischam Nazer (54). Er und Yamani bildeten in den Jahren des Wohlstandes die beiden Konstanten der saudischen Politik. War Yamani der Mann, der das Geld hereinholte, so war es Nazer, der es in Wohlstand und Wachstum umsetzte. Nazer wirkte dabei vornehmlich hinter den Kulissen. Mit seiner Ernennung zum Ölminister ist er aus dem Schatten Yamanis getreten. Künftig laufen bei ihm alle Fäden zusammen, bleibt er doch vorerst auch weiterhin Planungsminister.

Nazer stammt aus dem Hedschas, dem traditionsreichen Westen Saudi-Arabiens. Aus wohlhabendem Elternhaus kommend, absolvierte er (mit Bravour) die arabische Eliteschule Victoria College in Alexandria und studierte danach politische Wissenschaften an der University of California in Los Angeles. Sein damaliger Professor, der spätere US-Botschafter in Saudi-Arabien, Neumann, nannte ihn in einem Brief an den Vater einen seiner „glänzenden Studenten“. Der Vater veröffentlichte den Brief, und das Ölministerium verpflichtete den Sohn vom Fleck weg.

Nazer wurde zu einem der engsten Mitarbeiter des Ministers Tariqi, eines der Gründerväter der Opec. 1962 stieg er zum stellvertretenden Ölminister auf. Sein Chef war nun der im gleichen Jahr ernannte Yamani. 1968 wechselte Nazer auf den Sessel des Präsidenten der Zentralen Planungsorganisation (Ministerang) erhielt die Behörde erst 1975 - offenbar in Anerkennung der Leistung Nazers. Mit Hilfe der Petrodollar gestaltete er Modernisierung und Industrialisierung.



Geldquelle und Geldausgabe in einer Hand: neuer saudischer Ölminister Nazer

kurz den Weg Saudi-Arabiens ins 20. Jahrhundert. Vieles spricht allerdings dafür, daß der als Technokrat geltende Nazer dabei mehr Vollzugsbeamter (oder besser: Anlagenberater) des Königshauses denn eigenständiger Ideenproduzent war. Nazer hat engen Kontakt zu König Fahd, in dem er offenbar einen Förderer hat, seit beide einander 1968 kennenlernten. Damals wurde Nazer Mitglied des „Hohen Rates für Erdöl und Bodenschätze“, in dem der Prinz Fahd den Vorsitz führte.

Was wird sich mit Nazer ändern? Im Gegensatz zu Yamani drängte er schon lange auf eine Begrenzung der Fördermengen, da Öl das „einzige Kapital“ des Küstenstaates sei. Doch auch für ihn gelten die Sachzwänge des Ölmarktes. So dokumentiert Nazers Ernennung vornehmlich einen Stilwandel. Mit der Ablösung Yamanis sind die Zeiten vorbei, in denen ein Mann allein Ölpolitik machte. Die Rolle des mächtigen Kronprinzen Abdallah bei dessen Sturz und die Tatsache, daß die ersten programmatischen Äußerungen nach dem Wechsel von Innenminister Prinz Nayef und nicht aus dem Ölministerium kamen, unterstreichen dies.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Badener Volkszeitung

Sie nimmt Kohl gegen SED-Kritik in Schutz:

Die Bundesrepublik Deutschland wird die Mauer in Berlin weder mit Baggern niederreißen noch mit Panzern niederwalzen. Aber jeder Deutsche, im Westen wie im Osten, darf sich wohl vorstellen, daß es dieses menschenunwürdige Bauwerk, das nicht nur die Deutschen trennt, sondern auch Europa spaltet, eines Tages nicht mehr geben könnte. Auch der Bundeskanzler darf dies tun.

Frankfurter Rundschau

Sie legt Brecht den Rücktritt nahe:

Die Tarifgegner werden sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, den Keil zwischen oben und unten in der Gewerkschaftshierarchie immer tiefer zu treiben. Aus diesem „Schwitzkasten“ im gesellschaftlichen Kräftefeld wird sie die Gegenseite - von den Banken über die Arbeitgeber bis zu den Regierenden - nicht mehr entlassen. Die Gewerkschaften können sich daraus - wenn überhaupt - nur befreien, wenn sie sich an ihrem Kopf erweuern.

Lübecker Nachrichten

Sie zählen zu viele Ärzte:

Es gibt zu viele Ärzte in der Bundesrepublik. In dieser Feststellung sind sich sowohl die Sozialpolitiker als auch die meisten Ständesorganisationen der Mediziner einig. Die Tendenz ist dabei deutlich steigend. Offensichtlich schaffen sich manche

Ärzte ihren eigenen Bedarf. Hinter vorgehaltener Hand wird das hin und wieder auch zugegeben. Wenn in einem Quartal die Schemen etwas dünn ausfallen, dann schickt so mancher Doktor seine Patienten zusätzlich durch das Labor.

BERNER ZEITUNG

Sie fragt, ob die SPD resigniert hat:

Die vermutlich entscheidende Ursache liegt im Zwihspekt dieser Partei. In manchen wesentlichen Fragen will der linke Flügel etwas anderes als der rechte... Ob in der Außenpolitik, der Bündnis- und Sicherheitspolitik oder der Energiepolitik: In der SPD gibt es meist zwei unterschiedliche Strömungen.

Saarbrücker Zeitung

Sie bemerkt fehlende Kommunikation in Sachen Cattenzorn:

Seit dem Abend des 13. November liefert der Reaktor Strom... Auch diesmal ging man mit den Nachbarn nicht freundlich um: Die Metzzer Präktur informierte Saarbrücken erst fast eine halbe Stunde später, nachdem die Schaltung bereits vollzogen war. Ein besserer Informationsfluß ist jedoch Grundvoraussetzung, die bestehenden Akzeptanzprobleme zumindest zu verringern.

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung kritisiert Reagans Iran-Kontakte:

„Waffen gegen Geiseln“ - auf diese Formel konzentriert sich der Streik um des Iran-Unterfangen, denn dies ist der moralisch und politisch tragwichtigste Teil und wohl auch der Kern dieses Unternehmens.

كثيرا من اجل

Irdische Sorgen haben das Paradies erobert

Für europäische und amerikanische Touristen sind sie noch immer ein Paradies, die vielen kleinen Inseln im Südpazifik. Doch Blütenkränze und Blumenkronen können die Misere der dreizehn kleinen Staaten nicht verdecken.

Von HEINZ HORMANN

Es war einer der letzten sonnenüberfluteten Südsee tage vor dem Beginn der großen Regenzeit im November, als Jacques-Yves Cousteau, der Tiefseetaucher und bekannteste Franzose in Amerika, sein Forschungsschiff „Calypso“ vor den polynesischen Marquesas festmachte. In Papeete, der Hauptstadt Französisch-Polynesiens, empfing ihn die Tahiti „Sun Press“, daß zwar der argentinische Fußballheld Maradona, der am selben Tag ankam, um auf der Insel Urlaub von Toren und Tritten zu machen, wie ein Staatsgast empfangen wurde, aber nicht ein Offizier der Wissenschaftler willkommen hieß.

In der gleichen Ausgabe der Wochenzeitung stand ein Bericht über heftige Zusammenstöße im anderen, weiter westlich gelegenen französischen Südpazifik-Territorium Neukaledonien. Radikale Kanaken (was aus dem Melanesischen übersetzt „Menschen“ heißt) wollten sich nicht mehr länger verdrängen lassen und endlich die hier verhafteten Franzosen loswerden. Nicht irgendwann, sondern jetzt, sofort. Offiziell soll erst eine Volksabstimmung bis Dezember 1987 die Entscheidung über die Zukunft bringen.

Es brodelt und gärt in den letzten großen Naturreservaten, an deren farbenprächtigen Ufern seit Generationen die Urlaubstrüme und Eulaklischeer der Europäer festgemacht sind. Während die Engländer ihren ehemaligen Kolonien in diesem traditionellen Sehenswürdigkeit der Zivilisationslichtung die Unabhängigkeit längst gewährt haben (ausgenommen das winzige Atoll Pitcairn), die Amerikaner in Ost-Samoa und die Neuseeländer auf den Cook-Inseln Musterbeispiele für die Verhaltensweise eines großen Bruders praktizieren - der Haushalt wird finanziert, aber die Politik und das Gemeinwesen organisieren die Einheimischen weitgehend ohne Druck von außen - ist Frankreich noch nicht bereit, auch nur einen Zipfel von Selbstverwaltung anzubieten.

So klagt Gaston Flosse, der konservative Präsident Tahitis, der privat zu den engsten Freunden und Beratern des Franzosen Chirac gehört, daß unbedingte mehr Kompetenz in lebenswichtigen nationalen Bereichen übertragen werden müßte, kurz, ehrliche Teilautonomie, um den Frieden auf den Inseln des Friedens zu bewahren. Bisher gibt es beispielsweise keinen polynesischen Richter in Französisch-Polynesien und nicht einen Gendarm. Die einheimischen Politiker auf den Inseln können bei allem Engagement letztlich nur über Nichtigkeiten entscheiden. Das Sagen hat nach wie vor der Hohe Kommissar als Vertreter des französischen Präsidenten in der Kolonie.

Flosse, Führer der gaullistischen Partei Tahoaera Huiraatira, fordert



Tahitis Präsident Gaston Flosse: Die Europäische Gemeinschaft als Vorbild für Polynesien

FOTO: DIE WELT

Vollmachten in der Ökonomie, den Fischereizonen, im Handel und vor allem in der Investitionspolitik des Inselstaates. Der ehemalige Lehrer hat bei aller Unzufriedenheit nicht übersehen, daß eine sofortige Unabhängigkeit von Frankreich wirtschaftlich nicht machbar und damit wenig wünschenswert wäre.

Die vier Inselgruppen Tahitis, Marquesas, Tuamotu-, Gesellschafts- und Austral-Inseln, führten im letzten Jahr zehnmal mehr Waren ein, als sie exportierten. Mit den wertvollen schwarzen Perlen von den Tuamotu- und Gambier-Inseln und Tourismus auf Bora Bora, Moorea und Tahiti, der zahlenmäßig auch nur einen Bruchteil von Hawaii ausmacht, läßt sich eben kein Staatshaushalt finanzieren.

Andererseits sieht Flosse, wie die Opposition, die vor allem emotional Stimmung macht, ständig größer wird. Hinzu kommt eine weitere Sorge: Während die Inselwelt des Pazifiks, 20 000 Kilometer von Europa entfernt, bisher eine ungefährdete westliche Einheitsfront war, versuchen jetzt verstärkt die Sowjets (und Libyen in Neukaledonien) Unzufriedenheit, Verstimmung und Armut für eigene Interessen zu nutzen. So boten die Russen einigen unabhängigen Südpazifikstaaten für „unmittelbare Basen“ ihrer Fischereiflotte massive Unterstützung und Einrichtung von Kliniken und Flughäfen an.

In Tonga, beim gewichtigen und überall beliebten König Tupou IV., sind sie mit großen finanziellen Offerten erst einmal abgeblitzt. Doch der 300 Pfund schwere Monarch, der im Winter ins kühle Europa flüchtet, weil er die Tropenhitze nicht verträgt, nutzte die Gunst des Angebots dennoch für sich und sein Land. Er informierte ausführlich seine westlichen Freunde und bekam prompt weitere finanzielle Hilfen und Darlehen.

Das Königreich der 150 winzigen Inseln ist ähnlich arm wie die Fidjis, die Cook-Inseln oder das ehemalige deutsche West-Samoa. In diesen Inselstaaten leben die meisten Familien fast ausschließlich von den Beiträgen, die Angehörige ihres Clans als Gastarbeiter aus Neuseeland, Australien und Hawaii überweisen. Arbeit gibt es wenig, der Tourismus ist bis auf das Kreuzfahrtschiff nicht genügend ausgebaut.

Auf Tonga klammert man sich an die Hoffnung auf Öl. Überall werden Probebohrungen durchgeführt, seitdem man auf einem morastigen Gelände Ölflöhen entdeckt hat. Daß es sich hierbei um an die Oberfläche

gestiegene Konsumreste gehandelt haben könnte, daran mag keiner denken. Doch auch ohne Öl betonen die Tonganer, bleiben sie zwar arm, aber freie Menschen und dazu noch dick und glücklich. Große Körperfülle ist in der Inselwelt gleichbedeutend mit vornehm. Und für eine gute Ernährung würden immer genügend Mittel vorhanden sein.

In der letzten Woche legte Gaston Flosse den Grundstein für bessere Zeiten für alle durch Zusammenarbeit. Bei der Südpazifik-Konferenz stellte er sein Modell vor, das die Europäische Gemeinschaft zum Vorbild hat, übertragen freilich auf die besonderen Verhältnisse des paradiesischen Raumes zwischen Neuseeland, Kalifornien, Australien und Hawaii.

So lud er nach Papeete ein, um unterschiedliche Attraktionen zu gemeinsamen Tourismus-Paketen zu schmüren, die Fischereiführer zu koordinieren und Erfahrungen über die Landwirtschaft und vor allem die Kopra-Produktion auszutauschen.

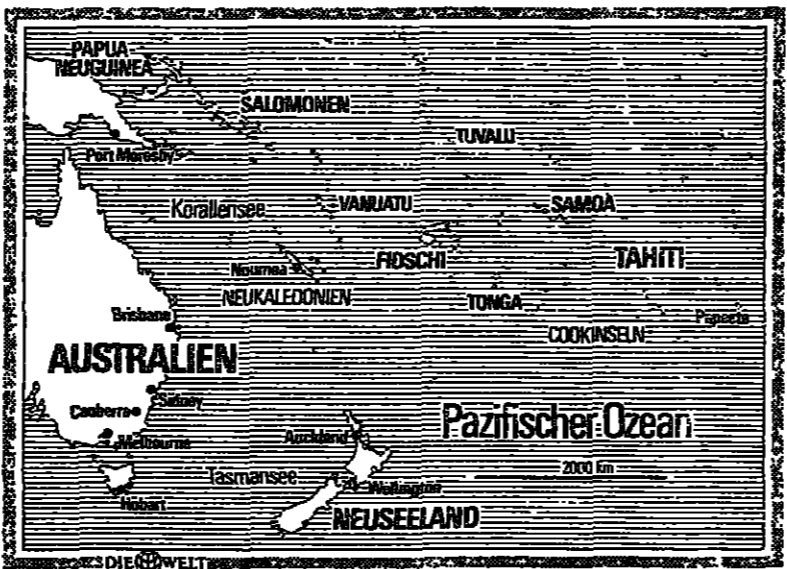
Doch trotz gemeinsamer Bemühungen um allgemeines Wohlergehen im unendlichen Stillen Ozean sind sich die Staatsmänner und Repräsentanten der 13 südpazifischen Staaten eigentlich nur beim Tamarac, dem großen Gelage mit Musik und Fröhlichkeit, einig.

Man trifft sich im Otac Theater. Schwere Düfte von Tiaree-Blüten, Hibiskus und Orchideen schweben im Raum. Gastgeber Flosse schmückt den aus Rarotonga herübergekommene Premierminister der Cook-Inseln, Tom Davis, ebenso wie die Abordnung aus West- und Ost-Samoa

und den Premierminister von Tonga, Bruder des stattlichen Monarchen, mit Blütenkränzen und setzt ihnen duftende Blumenkronen auf. Geradezu inrünstig singen sie zu Ukulelen und Gitarren die alten Südpazifiklieder. Es wird getanzt und soviel geküßt wie in Paris und noch mehr Champagner getrunken.

Am nächsten Tag beginnt das Programm. Man fährt mit dem deutschen Staats-Mercedes (der Hohe Kommissar, Repräsentant der französischen Regierung, hat selbstverständlich einen Citroën) zum Flughafen und schwebt an Bord der kleinen Fokker-Maschinen zur 200 Meilen entfernten Insel Anaa, die bereits komplett mit Solarenergie versorgt wird. Kein Wunder bei 300 Sonnentagen im Jahr. Das soll in Zukunft auf andere Inseln übertragen werden, weil es die Sonneninsel unabhängig von teurer Energie macht.

Auf Huahine wird über Fischfang und die Einrichtung von gemeinsamen Konservierfabriken diskutiert. Bisher tummeln sich vor allem Japaner und Koreaner in den 200-Meilen-Zonen des Ozeans, durch die riesige Schwärme Mahimahi-Fische und Bonitos ziehen, während die Staaten an Ort und Stelle Dosenfisch importieren. Wenn es um so ernste wirtschaftliche Dinge geht oder gar um elementare Politik, sind alle schwerlich unter einen Hut zu bringen. Doch diese Tagung endete in vollem Einvernehmen. Die Tagesordnung machte es möglich. Nach der Fischereidebatte begaben sich die Delegationen zum Wettangeln der Länderteams.



Ora et labora - das Motto der Mönche fasziniert die Jungen

Nachwuchssorgen haben die Mönche des Benediktinerordens im westfälischen Meschede nicht. Im Gegenteil, der Andrang ist so groß, daß die Abtei erweitert werden muß. Was treibt den jungen Menschen ins Kloster?

Von WALTER H. RUEB

Neben der doppeltürmigen Kirche der Benediktinerabtei Königsmünster im sauerländischen Meschede überragen Kränze einen stattlichen Neubau. Zusätzliche Zimmer, Refektorium (Speiseraum), Rekreationsbereich (Freizeiträume), Kapelle und Wandelgänge sollen dem Kloster aus Enge und Raumnot helfen. „Unsere Gemeinschaft wächst seit Jahren stark an“, begründet Abt Stephan Schroer die Erweiterung. Fast die Hälfte der 75köpfigen brüderlichen Gemeinschaft ist jünger als dreißig, in diesem Herbst werden erneut acht junge Männer als Novizen aufgenommen. Was treibt sie ins Kloster?

„Ich suche Ruhe, Ordnung, Ausgeglichenheit und Frieden“, sagt der 19jährige Bruder Joachim (Achim) Babel aus Castro-Purzel und wagt eine vorsichtige Reue. „Ich habe brüderliche Aufnahme gefunden und fühle mich sehr wohl und glücklich. An den Tagesrhythmus habe ich mich bereits gewöhnt.“

Das klösterliche Leben ist hart, das Mönchsmotto lautet ora et labora, bete und arbeite. Um 5.30 Uhr versammeln sich die Mönche in der Kirche zur Matutin (Frühchor), um 6.45 Uhr zur Laudes (Morgenlob), um 12.45 Uhr zur Mittagsschore, um 17.45 Uhr zum Konventamt (Eucharistiefeier) und Vesper mit gregorianischen Choralgesängen, um 20.00 Uhr schließlich zum Komplet (Abendgebet). Arbeit in Küche und Wäscherei, Verwaltung und Gärtneri, Schreineri und Schlosserei. Mosterei und Landwirt schaft fällt die Zwischenzeiten aus.

Das Schlüsselerebnis kam beim Zivildienst

Man wird von der Ordnung getraut. Das christliche Leben in der Gemeinschaft fällt leicht“, beschreibt Novize Maximilian (Stefan) Hoffeld aus Arnsberg Eindrücke und Erkenntnisse der ersten Wochen im Kloster. „Gebet und Gemeinsinn sind die Angelpunkte meines neuen Lebens.“ Gekommen ist Bruder Maximilian nach einem Schlüsselerebnis im Landeskrankenhaus von Warstein. „Dort leistete ich nach drei Semestern Mathematik-Studium in der Psychiatrie meinen Zivildienst ab“, erzählt er. „Bei der Pflege von psychisch Kranken erkannte ich, daß auch minder Begabte als Menschen akzeptiert werden müssen. Wie sollte ich dies schaffen? Ich hoffe, daß ich hier den Weg zum wirklichen Christsein finde.“

Heiterkeit und Ausgeglichenheit, Zufriedenheit und Lebensfreude der Bewohner des Klosters über Meschede sind auffällig. Und aus der prachvollen Kirche aus roten Backsteinen klingen fast den ganzen Tag Gesang und Orgelmusik, an der Pforte des 56 Jahre alten Kloster-Hauptgebäudes herrscht ein lebhaftes Kommen und Gehen.

Die Bindungen des Klosters zur sauerländischen Stadt und ihren Menschen sind eng, fruchtbar und herzlich. Der vor Jahresfrist verstor-

bene erste Abt von Königsmünster, Harduin Biessle, war Ehrenbürger von Meschede, und in der „Oase“ einem Jugend- und Begegnungszentrum neben dem Kloster, geben sich jung und alt ein Stellchen bei Kurzen, Bildungsveranstaltungen, Exerzitien, Gesprächen, Ausstellungen und Konzerten. Den stärksten Rückhalt der Mönchs-Gemeinschaft in der Bevölkerung aber schafft das Kloster-gymnasium 650 Mädchen und Jungen finden da Aufnahme, viel zu wenig angesichts des alljährlichen Andrangs.

Es wird seit 1957 von Pater Winfried Kämpfer geleitet. Er bescheinigt der jungen Generation Aufgeschlossenheit, Sehnsucht nach Gott, ja selbst Talent zu religiöser Inbrunst. „Die heutige Generation ist braver und angepaßter als jene vor zehn oder 20 Jahren. Der Anteil der jungen Menschen, die nach dem tieferen Sinn des Lebens suchen, ist größer als noch vor wenigen Jahren. Bei vielen sind Wunsch und Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung, Halt und Frieden stark ausgeprägt - in einer Zeit der Friedlosigkeit und Orientierungslosigkeit natürlich keine Überraschung.“

Derartige Motive haben der Entscheidung, ins Kloster zu gehen, bei Bruder Gereon (Frank) Stolper aus Salzgitter und Bruder Romanus (Gegor) Liedhegener aus Sundern-Hachen unweit der Sorpeltalperre nicht Pate gestanden. Beide Novizen stellen ihre Liebe zu Jesus Christus über alle anderen Beweggründe.

Bruder Gereon: „Ich müßte über etwas sprechen, das ich nicht beweisen kann“, sagt er auf die Frage nach den Gründen seines Kommens zu rückhaltend. „Allein der Anspruch Jesu Christi hat mich hierher geführt.“

Sein Bruder und Freund Romanus ist realistischer. Er zitiert eine Frage Benedikts, die ihm wie eine Stellenanzeige des Klosters anmutete. „Wer ist der Mensch, der das Leben lieb und gute Tage zu sehen wünscht?“ lautet sie. „Ich möchte erfahren, ob es die für mich richtige Stelle ist“, gibt Romanus Auskunft. „Ich bin hierher gekommen, um in der Gemeinschaft Gott zu suchen. Dabei ist das Stundengebet das Gerüst des Tages. Für mich ist es nicht die Unterbrechung des Tagesablaufs, sondern die tragende Sache.“

Die Novizen wohnen in einem Seitentügel des Klosters, fern von Familie, Freunden und vertrauter Umgebung. Pater Marian Reke hilft den Neulingen als Novizenmeister über die ersten Wochen und Monate hindurch, unterstützt sie bei Orientierung und Selbstfindung, unterrichtet - und tröstet sie.

„Das Mindestalter beträgt 18 Jahre“, gibt der Pater Auskunft. „Vorbildungen zum Eintritt ins Kloster sind eine abgeschlossene Berufsausbildung oder das Abitur oder ein vergleichbarer Schulabschluss. Ebenso verlangt ein gemeinsames Leben eine gute psychische und physische Verfassung.“

Während des einjährigen Novizats kann ein Bruder das Kloster jederzeit ohne Angabe von Gründen verlassen. Wer durchhält, legt nach zwölf Monaten die sogenannte Zeitliche Profese auf drei Jahre ab, nach Ablauf dieser langen Probezeit schlägt die Stunde der Ewigen Profese - wenn der Konvent (die Gemeinschaft der Mönche mit bereits abgelegter Ewiger Profese) der Aufnahme des jungen Bruders in

den Orden mit Zweidrittelmehrheit zustimmt. „Die Abstimmung erfolgt geheim“, sagt Pater Marian. „Wer die Ewige Profese abgelegt hat, kann das Kloster nur mit Zustimmung des Heiligen Stuhls verlassen.“

Wer dem Kloster während des Novizats oder später den Rücken kehrt, tut dies aus den unterschiedlichsten Gründen, in der Mehrzahl der Fälle jedoch, weil er statt der Liebe der brüderlichen Gemeinschaft jene seiner Familie sucht, oder weil er sich durch andere Aufgaben in Gesellschaft und Kirche herausgefordert fühlt.

„Das Mönchsein beruhe auf totaler Freiheit über einzelnen, sagt Abt Stephan. „Es ist eines jeden freie Entscheidung, ja zu sagen“, meint der Abt. „Und auch jedes einzelnen Ja zum Zölibat ist freiwillig. Dabei will ich gar nicht leugnen, daß wir Anforderungen ausgesetzt sind. Schließlich sind wir keine geschlechtsneutralen Wesen. Es wäre unehrlich zu sagen, daß mir eine schöne Frau nicht gefällt. Schließlich ist sie ja ein Teil von Gottes Schöpfung...“

„Nicht mit Scheuklappen durch die Welt laufen“

Der Abt fährt fort: „Aber ich schätze es, aus voller und zutiefst empfundener Überzeugung nein zu sagen, wenn Anfechtungen und Versuchungen kommen. Gerade hier baue ich auf Gottes Barmherzigkeit und Hilfe. Und allen Novizen, sage ich immer wieder, daß es falsch ist, mit Scheuklappen durch die Welt zu laufen und sich von einer schönen Frau abwenden. Anrichtungen müssen bestanden und nicht verdrängt werden.“

Da sind Kraft und Wille, Glaube und Überzeugung gefragt. „Menschlich ist es schwer“, gesteht Bruder Jonas Becker. Der 23jährige stammt aus dem nahen Olsberg, hat die Zeitliche Profese vor einem Jahr abgelegt und wird in der „Ökonomie“ zum Landwirt ausgebildet. „Ich bin froh, daß ich mich noch nicht entscheiden muß“, gesteht er auf die Frage, ob er 1988 die Ewige Profese ablegen werde. „Eine so lange Zeit der Prüfung ist gut. Ich bin zur Entscheidung noch nicht reif.“

Der „Azubi“ macht in Olsberg nur selten Besuche, denn er fürchtet: zu viele Trennungen von der brüderlichen Gemeinschaft, vor allem aber die Begegnung mit einer Welt, der er den Rücken gekehrt hat. Bruder Jonas gibt zu: „Ich habe hier noch nicht endgültig meine Heimat gefunden.“

Sein Lehrmeister, der 31jährige Pater Reinold Rickert aus Bad Godesberg, hat als Mönch, Theologe, Priester und Tierwirtschaftsmeister gelernt, auch in Feld und Stall, in Wald und Scheune Gott zu suchen - und zu finden. Dabei ist ihm die Lust am Leben nicht abhanden gekommen. Der Hüne lacht gerne und viel, ist in Stiefeln und Arbeitskleidung ganz im Element, spuckt schon mal in die Hände und scheut auch laute Töne nicht.

Ursprünglich wollte Reinold Landwirtschaft studieren, landete aber beim Theologiestudium, trat in den Benediktinerorden ein, wurde zum Priester geweiht und erst hinterher Landwirt. Er ist Pragmatiker, aber ein ganz frommer. „Die Forderung von Benedikt, in allem Gott zu verherrlichen, lassen wir nie außer acht“, sagt er, „selbst beim Melken nicht.“

Doppelt & Dreifach.

Deutsche Bank-Sparplan mit Versicherungsschutz.

Die richtige finanzielle Vorsorge für Sie und Ihre Familie: Deutsche Bank-Sparplan mit Versicherungsschutz.

- Sie legen zum Beispiel 150 DM monatlich an, in 20 Jahren insgesamt 35.100 DM. Mit Zinsen (zur Zeit 5,5% pro Jahr) und einem festen Bonus von 30% bekommen Sie rund 74.000 DM - mehr als das Doppelte.
- Oder Sie zahlen einmalig 35.000 DM ein. Dann erhalten Sie nach 20 Jahren mit Zinsen und Bonus über 110.000 DM - mehr als das Dreifache.

- Mit einer preiswerten Risiko-Lebensversicherung sichern Sie Ihre Familie ab.

Deshalb: Ob Sie für Ihre Familie, die Ausbildung Ihrer Kinder oder für ein zusätzliches Einkommen nach Ihrem Berufsleben vorsorgen - Deutsche Bank-Sparplan mit Versicherungsschutz.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank



Bauskandal ohne große Auswirkung für Berliner CDU

D. D. Berlin

Mit dem Regierenden Bürgermeister Dieggen sind 39 Prozent der Berliner Bürger zufrieden. 47 Prozent würden die CDU wählen. Das ergab eine Meinungsumfrage des Emnid-Institutes im Auftrag des Senats. Befragt wurden 1800 Personen. Bei der sogenannten Sonntagsfrage erzielten Anträge

Die beliebtesten 12-Dotter-Nudeln: NUMERO 10. Spitze in Geschmack und Qualität! Von Nacht aus gut....

3 GLOCKEN

die SPD 32 Prozent, die Alternative Liste 14 und die FDP 6.

Das Ergebnis entspricht ziemlich genau einer Umfrage von Juni '86. Demnach hat sich die Bau- und Korruptionsaffäre bisher offenbar nicht negativ für die CDU/FDP-Koalition ausgewirkt. Als wichtigste politische Aufgaben wurden die Erhaltung der Arbeitsplätze (33 Prozent), neue Lehrstellen für Jugendliche (17) und der Umweltschutz (10) genannt.

Die Deutsche Staatsoper erstrahlt im alten Glanz

Bei der Wiedereröffnung trafen sich Honecker und Vogel!

DIETER DOSE, Berlin

Frischvergoldet schmückt das Säulenportal der Deutschen Staatsoper Unter den Linden in Ost-Berlin wieder die alte Inschrift „Fridericus Rex Apollini et Musis“ (König Friedrich dem Apoll und den Mäusen). In den fünfziger Jahren war die Zeile entfernt worden. In Anwesenheit des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, fand am Wochenende die feierliche Wiedereröffnung der Lindenoper statt. In einer Pause der Aufführung von Carl Maria von Webers selten gespielter Oper „Euryanthe“ trafen sich Honecker und Vogel zu einem Gespräch.

Als „Königliche Oper“ war der Musiktempel von DDR-Kultusminister Hoffmann heute „sozialistisches Nationaltheater der Musik“ genannt. nach den Plänen des Baumeisters Georg Wenzel aus Kriebitzdorf in den Jahren 1741 bis 1743 erbaut im Laufe der Jahrhunderte aber mehrfach verändert worden. Nach der Zerstörung im zweiten Weltkrieg erfolgte die Wiedereröffnung 1956.

Die grundlegende Erneuerung „im neuen Glanz vom Sockel bis zum Kupferdach“ begann 1983. Nur in den vergangenen zehn Monaten war die Staatsoper geschlossen. Rund 100 Millionen Mark hat nach den Worten des Generaldirektors der Ost-Berliner Baudirektion Professor Erhard Giskes die Modernisierung gekostet.

Von den restaurierten Innenräumen bis zur Bühnentechnik und Bühnenvorhang mit seidenbestickten Ornamenten wurde alles erneuert. So gar die Marmorböden wurden „generell überholt“. Zwei Tonnen schwer ist der restaurierte Kronleuchter mit 1500 Kristallelementen und 180 Lampen im 1954 Besuchern Platz bietenden Zuschauerraum.

Die Wahl der Weber-Oper „Euryanthe“ zur Wiedereröffnung erfolgte aus Anlaß des 200. Geburtstages am 18. November des aus Eutin/Holstein stammenden Komponisten. Intendant Günter Rimkus verspricht für die Zukunft einen Spielplan „mit 50 Werken des nationalen und internationalen Opern- und Ballettschatzes“.

„Die Täter waren nicht sie...“

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die „gleiche Ehrfurcht“ gegenüber allen Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, gefordert. Es gehe nicht an, so Dregger, „die toten deutschen Soldaten den anderen Opfern als Täter gegenüberzustellen.“ Der Fraktionsvorsitzende sprach anläßlich der Gedenkstunde zum Volkstrauertag des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. in Bonn, an der Bundespräsident Richard von Weizsäcker teilnahm.

Wörtlich meinte Dregger zum Schicksal der deutschen Soldaten: „Täter waren nicht sie, sondern diejenigen, die aufgrund ihrer politischen Macht Krisen und Kriege auslösten.“ Schuld und Versagen der Verantwortlichen, in Deutschland und anderswo, könnten „nicht auf diejenigen abgewälzt werden, die als Soldaten zu ihren Opfern wurden“.

Bedrückend sei freilich die Frage, ob es nicht gerade die Tapferkeit der deutschen Soldaten gewesen sei, die es Hitler während des Krieges ermöglicht habe, hinter dem Rücken der Soldaten „seine schrecklichen Massenerschießungen, insbesondere an den Juden, zu verüben“.

Wer den Toten gerecht werden wolle - hier nannte Dregger die 6,3 Millionen deutschen Soldaten beider Weltkriege, die 3,2 Millionen 1945 in Ostdeutschland und auf der Flucht getöteten Deutschen, Opfer rassistischer, religiöser, politischer Verfolgung und Opfer des Bombenkrieges - dürfe „nicht unser heutiges Wissen, er muß ihr damaliges zugrunde legen“.

Die meisten deutschen Soldaten hätten von Hitlers Massenmorden nichts gewußt, Dregger. Anders war es bei den politischen Instanzen und denjenigen, die mit ihnen in unmittelbarem dienstlichen oder persönlichen Kontakt standen. Anders war es auch - wie wir heute wissen - bei einigen der höheren Wehrmachtstäbe und der rückwärtigen Dienste, die in Aktionen verwickelt waren, die gegen soldatische Tradition verstießen.

Dregger stellte ferner fest: „Wer sich in dieser ausgewogenen Situation dafür entschieden hat, soweit überhaupt ein Entscheidungsspielraum blieb, dem Kriegsgegner bis zuletzt zu widerstehen, der hat für seine Person eine ehrenhafte Wahl getroffen.“ Die politische und militärische Führung der Reiches werde durch diese Einschätzung nicht entlastet.

Ohne ausdrücklich auf die politischen Dissonanzen zwischen den Parteien wegen der in Bonn in der Nähe des Bundeshauses geplanten „Zentralen Mahn- und Gedenkstätte“ einzugehen, meinte der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU: „Die Toten fordern uns. Bevor wir uns mit ihnen versöhnen und sie mit uns, müssen wir uns miteinander versöhnen, mit unserer Geschichte und dem Schicksal der Nation.“ Erst wenn das gelungen sei, könne man den Toten ein „Zeichen“ setzen, „das uns zusammenführt und nicht trennt“. Es könne, „wenn wir ein Volk bleiben wollen, nur ein für alle Toten gemeinsames sein“.

In seiner Totenehrung ging Bundespräsident Richard von Weizsäcker für die Mahnmahlspläne ein. Sein Text war eine Kompromierung der Opferliste, die er zum Jahrestag des Kriegsendes in seiner Rede am 8. Mai 1985 im Bundestag verlesen hatte, die Soldaten und Opfer der Gewaltherrschaft gleichermaßen einschloß. Neu war, daß er hinzufügte: „Wir trauern um die Opfer des Terrorismus.“

Saar-CDU stellt die Weichen für den Aufbruch

U. REITZ, Saarbrücken

Vor einem guten halben Jahr hatte Peter Jacoby bei seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der saarländischen CDU eine Regeneration der Partei, die sich in den langen Jahren der Regierungsverantwortung verschlossen hatte, angekündigt. Breite Diskussion über Grundsatzfragen und innerparteiliche Demokratie hielten die Stichworte. Am Wochenende nahm die Konzeption einer „menschlichen Industriegesellschaft“ Konturen an - nicht nur, um die Partei wieder aufzubauen, sondern auch um im Wahlkampf SPD-Regierungschef Lafontaine auf „seinem“ dem Feld entgegenzutreten.

Grundlage für die von der bundesweit guten Stimmung getragenen, regen Diskussion - die Basis nahm die Chance zur Mitwirkung dankbar an - waren Arbeitspapiere, die aus der Feder Jacobys stammten und einen starken Bezug zu dem von Heiner Geißler entworfenen „Zukunftsmarifest“ der CDU erkennen lassen. Schwerpunkt: Arbeit und Umwelt. Aber, anders als die SPD, betonte Jacoby, will die Saar-CDU „einsteigen, nicht aussteigen“. Technischer Fortschritt im Dienst des Menschen bedeutet für den Parteichef nicht nur das Bekenntnis zum qualitativen Wachstum, das ökologischen Belangen bei wirtschaftlichen Entscheidungen eine stärkere Geltung verschaffen will - mit marktwirtschaftlichen Mitteln. Fortschritt ermöglicht auch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, wenn sie Raum schafft für Flexibilisierung.

Natürlich waren bei der Saar-CDU Wahlkampfformen zu hören, als etwa Kanzlerkandidat Johannes Rau die „personalisierte Glaubwürdigkeitsproblematik der SPD“ genannt wurde oder Oskar Lafontaine ein Beispiel für den Wandel der SPD von der Volkspartei zur „links-opportunistischen Stimmungsgruppe“.

Es paßte in die Aufbruchstimmung des Parteitag, als Bundesumweltminister Walter Wallmann einen neuen Vorstoß zu Cattenom ankündigte. Er will sich in Paris für ein „betriebsunabhängiges Fernüberwachungssystem“ für das französische Atomkraftwerk einsetzen - eine Forderung, die die SPD Lafontaine, aber auch die EG-Kommission stellt.

Bernhard Vogel: Die Wahl ist noch nicht gewonnen

JOACHIM NEANDER, Andernach

Mit großer Mehrheit wählte der Landesparteitag der rheinland-pfälzischen CDU in Andernach Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) erneut zum Landesvorsitzenden und zum Spitzenkandidaten für die kommende Landtagswahl. Vogels Ergebnis bei der Wahl zum Vorsitzenden (407 Ja, 13 Nein, 8 Enthaltungen) war das beste in den zwölf Jahren, seit er als Nachfolger von Helmut Kohl dieses Amt bekleidet. Zuvor hatte der Regierungschef seine Partei davor gewarnt, die kommenden Wahlen bereits für gewonnen zu halten: „Die anderen werden holzen, statt zu versöhnen. Wundes Wild ist gefährlicher als gesundes. Der Wähler hat einen Anspruch darauf zu sehen, daß wir uns anstrengen.“

Große Überraschung, bei manchen sogar fast einen Schock löste die Wahl der 15 Vorstandsbeisitzer aus. Während alle sechs kandidierenden Frauen gewählt wurden, darunter auch die von den Sozialausschüssen nachträglich nominierte Gewerkschafterin und Betriebsrätin Inge Müller aus dem Kernkraftwerk-Standort Mülheim-Kärlich, fiel der wegen Krankheit abwesende frühere Wirtschaftsminister und Bezirksvorsitzende Heinrich Holkenbrink, einer der großen Männer der Landespartei, durch.

DIE WELT (USPS 603-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 57,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc. 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ. POSTNET and additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Eine Bewährungsprobe für die Wehrpflicht“

General a. D. Kasch erläutert Bundeswehr-Reservistenkonzept

MICHAEL JACH, Hannover

Mit dem geplanten intensiven Rückgriff auf Reservisten zur Aufrechterhaltung der Präsenzstärke der Bundeswehr wird deren Personalstruktur für die 90er Jahre zur „Bewährungsprobe der allgemeinen Wehrpflicht“. Mit dieser Einschätzung verbindet der Reservistenbeauftragte des Bundesverteidigungsministers, Generalleutnant a. D. Heinz Kasch, die an die Truppe gerichtete Forderung nach „optimaler Motivation und Integration“ der bei Wehrübungen benötigten Reservistenkräfte.

Vor der niedersächsischen Landesgruppe des Reservistenverbandes erläuterte General Kasch am Wochenende in Hannover die Personalplanung der Bonner Hardthöhe sowie die Anforderungen an den Dienst- und „Selbstbehauptungswillen“ unseres Volkes. Bis 1995 soll die Zahl der ständig verfügbaren Übungsplätze von derzeit 6500 auf 15 000 gesteigert werden; bei voller Ausnutzung durch die geplanten zweiwöchigen Einberufungszeiten ergäbe sich daraus übers Jahr ein Bedarf von 40 000 übbenden Reservisten. Die Sollstärke der aktiven Truppe muß bis dahin infolge des

„Pillenknicks“ von bisher 495 000 auf 456 000 Mann reduziert werden.

Insgesamt rechnet die Bundeswehrführung, so Kasch, für die 90er Jahre mit einem Reservistenbedarf von auf Dauer gut 1,2 (jetzt noch 1,5) Millionen Mann. Davon werden 773 000 (derzeit 750 000) als jederzeit mobilisierbare Alarmreserve für den Verteidigungsfall benötigt, 90 000 als Unterstützungskräfte für im Ernstfall herangeführte alliierte Truppen („Host-Nation-Support“-Programm) sowie 350 000 Mann als weitere Personalreserve.

Die demnach unumgänglich zu steigende Qualität der Reservisten-Folgeausbildung, verbunden mit vermehrten Einberufungen zur Wehrübung, werde hohe Anforderungen an alle Beteiligten stellen. Die aktive Truppenführung muß sich, appelliert General Kasch, anstrengen, Wehrübungszeiten mit psychologisch attraktiven Aufgaben auszufüllen; zivile und militärische Fähigkeiten seien bestmöglich einzusetzen. Anders werde es nicht gelingen, daß die mit den Unterbrechungen des Zivil- und Berufslebens tausendfach verbundenen Belastungen akzeptiert würden.

Friedmanns Gedanken im Widerstreit der Meinungen

Peter Lorenz: Wiedervereinigung kann ‚sofort aktuell‘ sein

m/D. D., Berlin

Die Wiedervereinigung Deutschlands war bei zwei Veranstaltungen am Wochenende in Berlin zentrales Thema. Auf dem Jugendkongreß des Bundes der Vertriebenen sagte der Bundesbevollmächtigte in Berlin, Peter Lorenz (CDU), die deutsche Frage werde für eine eigenständige europäische Sicherheitspolitik „sofort aktuell“, wenn sich die von den beiden Weltmächten dafür gesetzten Rahmenbedingungen „entscheidend verändern sollten“. Der Kanzleramts-Staatssekretär nahm damit Stellung zu dem Diskussionsanstoß des CDU-Bundestagsabgeordneten Bernhard Friedmann, angesichts der nach dem Gipfel von Reykjavik sich abzeichnenden „Aulockerung der atomaren Abschreckung“ in Europa müsse jetzt „die Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitskonzept in die operative Politik eingeführt werden“ (WELT v. 13. 11.).

Auf derselben Veranstaltung wandte der SPD-Bundestagsabgeordnete Dieter Haack gegen Friedmann ein, dieser lasse außer acht, daß die Teilung Deutschlands nicht Ursache, sondern Resultat der Spaltung Europas sei und deren Überwindung durch Spannungsminderung somit

Bedingung für eine Lösung der hintanzustellenden deutschen Frage.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Kurt Rossmann sagte, daß in der Diskussion über Friedmanns Gedankenentwurf das Problem der Oder-Neiße-Gebiete ausgeglichen bleibe. Er verwies dabei ausdrücklich auf die Verfassungs- und Völkerrechtstitel. In Entsprechung zu Friedmanns Überlegungen rechnet der CSU-Politiker die deutsche Frage „zweifelslos zum Ursachenbündel der Spannungen“ in Europa.

Auf der Tagung der Gesellschaft für Deutschlandpolitik im Berliner Reichstag erinnerte Bundeswehrgeneral a. D. Günter Kießling daran, daß das im Grundgesetz verankerte Wiedervereinigungsgebot nicht der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO widerspreche. „Der Schlüssel zur deutschen Einheit liegt in Bonn, Washington und Moskau, aber die Initiative muß von den Deutschen ausgehen“, sagte Kießling. Er wandte sich gegen die Äußerungen von Politikern die eine Möglichkeit zur deutschen Einheit nur in „einer weiten Ferne“ sehen. Aus dem Bündnis heraus und mit den Verbündeten müsse die Wiedervereinigung angestrebt werden.

Schmidt klinkt sich im Wahlkampf aus

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Im Wahlkampf-Kalender der Hamburger Sozialdemokraten nehmen sich die Termine des Abgeordneten Schmidt Bergedorf wie Irrlichter aus. „Intern“ steht über den beiden Veranstaltungen, die der ehemalige Bundeskanzler bestreite. Einmal - am Wochenende - sprach er mit Pastoren und Kirchenvorstehern. Mitte Dezember klinkt er sich nach einer Abschiedsveranstaltung in seinem Wahlkreis ganz aus. Wenn im Januar nacheinander Willy Brandt, Johannes Rau und Hans-Jochen Vogel in Hamburg vorerore Terrain wiedergewinnen wollen, sitzt der 88jährige Hansent in dem Haus Christoph Eschenbachs auf Teneriffa und schreibt an seinem nächsten Buch. Bonn ade. Politik ade - Schmidt behält allerdings sein Büro in der Bundeshauptstadt.

Die Bonner Politiker, die eigene Partei, selbst der niederschmetternde

Ausgang der Wahl für seine Hamburger Genossen - das alles ist für den früheren Bundeskanzler kein Thema. Im Gemeindegarten der Bergedorfer Kirche St. Peter und Paul wird auch nicht daran geführt. Die Damen und Herren aus der Pastorenschaft und den Kirchenvorständen wollen vielmehr die Einsichten eines früheren Regierungschefs über Ethik und Politik hören und nicht über seine Vorstellungen zur Steuerpolitik, die konträr zu den Zielen von Rau sind, den er nicht erwähnt.

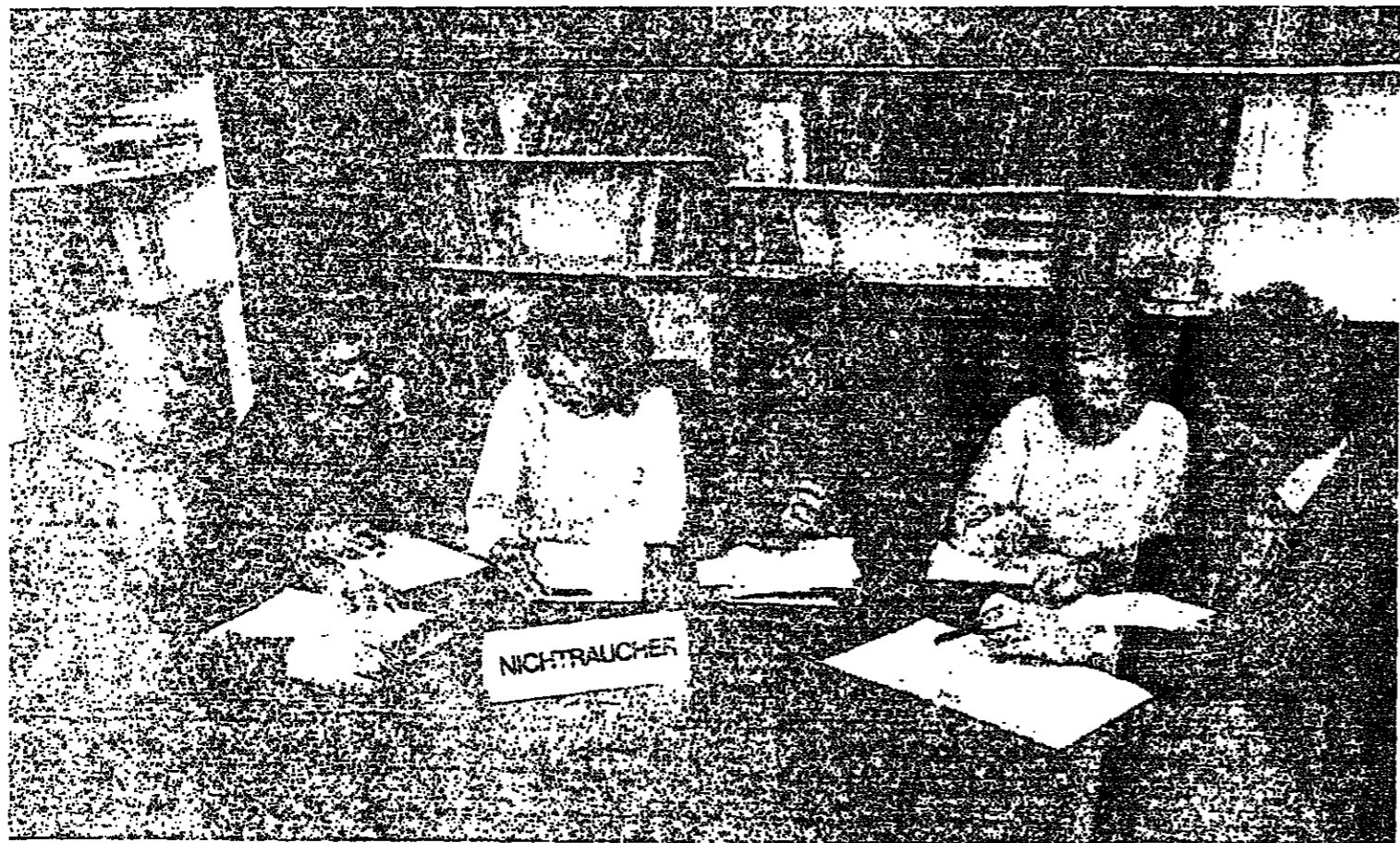
Schmidt teilt dem geistlichen Publikum zunächst einmal seine Erfahrung mit: „Es gibt viele theologische Angehauchte, die uns erzählen, daß ihre politische Sicht die einzig richtige sei.“ Und fügt hinzu: „Es ist sehr, sehr schwer, politische Verantwortung auf die christliche Lehre abzubauen.“ Schmidts letzte Instanz ist vielmehr das sorgfältig geprüfte eigen

ne Gewissen. „Es gibt sehr viele politische Fragen“, so betont er, „die ein Prediger nicht entscheiden kann. Er sollte auch nicht versuchen, seine Meinung der Gemeinde anzudienen.“

In der Diskussion kommen die zu erwartenden Stichworte auf. Atomkraft, Abrüstung, Ökologie als vorrangiges Gut gegenüber der Sicherung von Arbeitsplätzen. Hier wird Schmidt scharf. „Das sagen Sie mal einem arbeitslosen Vater mit drei Kindern“, herrscht er den jungen Mann an, der Umweltschutz über alles möchte. Im übrigen gibt er den Pastoren seine Erfahrung als ehemaliges Mitglied der Hamburger Landessynode mit auf den Heimweg: „Bei den Synodalitzungen ging es auch nicht feiner zu als im Bundestag. Wenn es hart wurde in der Beratung, redete man den anderen plötzlich mit ‚Bruder an - vorher hatte man sich mit Vornamen genannt.“

Ein Aufruf der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung an alle, die auf ihre Gesundheit achten.

Machen Sie mit, auch andere für ein gesundes Leben zu gewinnen.



Sie wissen, daß Gesundheit und Wohlbefinden nicht allein davon abhängen, daß der Staat seine Bürger vor Gesundheitsgefahren schützt und daß er die Leistungen des modernen Gesundheitswesens sichert. Genauso wichtig ist, was der Einzelne selbst dafür tut.

Z. B. mit dem Rauchen aufhören.

Wenn Sie schon Nichtraucher geworden sind, können Sie besonders glaubhaft argumentieren. Und - durch Ihr gutes Vorbild - junge Menschen vielleicht überzeugen, erstgar nicht mit dem Rauchen anzufangen.

Gute Argumente, die überzeugen, gibt Ihnen auch unsere Broschüre „15 Sekunden zum Nachdenken“. Wirschicken Ihnen davon gerne so viele Exemplare, wie Sie weitergeben können. Unsere Gesundheit. Niemand kann mehr dafür tun als Sie.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
Postfach 91 01 52
5000 Köln 91

Senden Sie mir kostenlos
— Exemplare der Broschüre
„15 Sekunden zum Nachdenken“.

Name _____
Strasse _____
Ort _____

كندا من الجزائر

„Die NATO bleibt auf Atomwaffen angewiesen“ Für Haider zählt nur die Koalition mit dem Wähler

Die Bundesregierung akzeptiert nach den Worten von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) eine „Null-Lösung“ für die Mittelstreckenwaffen in Europa, wenn auch eine Begrenzung oder Verringerung bei den Raketen mit kürzerer Entfernung erreicht werden kann. Mit ihm sprach Rüdiger Monic.

Wie wollen Sie die Attraktivität der Bundeswehr für künftige Soldaten steigern?

Wörner: Da gibt es neben der weiteren Verbesserung der Laufbahnchancen drei Dinge. Das erste: Wir müssen die soziale Absicherung für Zeitsoldaten schaffen. Das zweite: Wir müssen die Dienstzeitbelastung besser honorieren und wo irgend möglich reduzieren.

Durch einen individuellen finanziellen Ausgleich?

Wörner: Ja, die individuelle Lösung ist als Entwurf praktisch schon abgeschlossen, sie muß nur noch durchgesetzt werden. Drittens: Wir müssen für die Familien, die von Umzügen bei Versetzungen besonders stark betroffen sind, nach einem besseren Ausgleich suchen.

Die nächste Frage ist ganz ernsthaft gemeint: Könnten Sie sich nach der Bundestagswahl eine Frau als Staatssekretär auf der Härthöhe vorstellen?

Wörner: Zu Personalfragen nach der Wahl äußere ich mich überhaupt nicht, und nach der Wahl ist das Sache des Bundeskanzlers.

Und ganz grundsätzlich: Eine Frau in hoher Führungsposition der Bundeswehr?

Wörner: Ich kann mir Frauen auf jeder Position vorstellen, da habe ich überhaupt kein Problem.

Trotz aller Ihrer und anderer Politiker Bemühungen hat man manchmal den Eindruck immer noch genießen die Soldaten nicht die Wertschätzung, die ihnen als der entscheidenden Kraft der Friedenssicherung zukommt. Ist das so?

Wörner: Alle Umfragen zeigen, daß das Ansehen der Bundeswehr in den letzten Jahren stark gewachsen ist. Allerdings mache ich mir Sorgen über ein Nachlassen des Bedrohungs-bewußtseins, das die Realität ungebrochener Rüstungsanstrengungen der Sowjets nicht mehr gerecht wird.

Muß das der Politiker vielleicht resigniert zur Kenntnis nehmen, daß sich die Gegner der Bundeswehr häufig lauter äußern und die stille

Mehrheit überbieten, oder kann er etwas dagegen tun?

Wörner: Ganz im Gegenteil. Wir haben in vielen Bereichen gezeigt, daß wir nicht resignieren. Das beste Beispiel sind die 30-Jahr-Feiern der Bundeswehr, wo wir gegen Proteste, gegen Demonstrationen, gegen Warnungen, in würdiger und demonstrativer Form den Geburtstag begangen haben. Und das Echo in der Bevölkerung hat uns recht gegeben. Ein anderes Beispiel: Wir spielen heute den Großen Zapfenstreich mit großer Selbstverständlichkeit.

Worauf kommt es Ihnen in der nächsten Legislaturperiode in der Sicherheitspolitik an, etwa auf Ab-

der Bundeskanzler selbst haben deutlich gemacht, daß sie die Null-Lösung akzeptieren. Wenn es zu dieser Null-Lösung käme und das heißt zum Abzug aller weitreichenden Mittelstreckenwaffen in Europa, dann müßte allerdings auch eine Begrenzung und Verringerung der kürzeren Mittelstreckenwaffen erreicht werden, damit Europa von dieser Bedrohung befreit wird, die vor allem dann zum Tragen käme, wenn Mittelstreckenraketen für längere Entfernungen nicht mehr zur Verfügung stünden. Der Warschauer Pakt hat hier eine unerträglich hohe Überlegenheit von zehn zu eins. Es macht für uns keinen Unterschied, ob wir von einer SS 20

Verstehe ich richtig: Sie geben in der NATO-Abschreckungsstrategie den Atomwaffen weiterhin ihre Bedeutung?

Wörner: Es kann gar keinen Zweifel daran geben, daß beim konventionellen Übergewicht der Sowjetunion eine Strategie der Kriegsverhinderung, und auf die kommt es ja an, auf Nuklearwaffen angewiesen bleibt. Das oberste Motto der Bundesregierung ist: Kriege dürfen nie wieder führbar werden. Das könnte der Fall sein, wenn das konventionelle Übergewicht des Warschauer Paktes ohne die kriegsverhindernde Wirkung nuklearer Abschreckung voll zum Tragen käme. Darüber gibt es Übereinstimmung der Europäer, wie die Tagung der WEU in Luxemburg eben gezeigt hat.

Zurück zur Innenpolitik: Halten Sie die sicherheitspolitischen Beschlüsse der SPD von Nürnberg für eine seriöse Diskussionsgrundlage zu möglichen Entwicklungen von Alternativen?

Wörner: Nein, die Entscheidungen der SPD sind gleichzusetzen mit der Flucht aus dem Bündnis, mit der Flucht aus der Verantwortung. Würden sie realisiert, wäre die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr in der Lage, sich vorne zu verteidigen. Die Amerikaner, die Franzosen und die Briten könnten in einem solchen Land nicht mehr bleiben, und das heißt, wir wären binnen kurzem isoliert dem Zugriff der Sowjets preisgegeben.

Unter anderem behauptet die SPD ja, die Bundeswehr und die NATO insgesamt müsse sich eine, wie sie es nennt, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit zuueigen. Was halten Sie von solchen Forderungen?

Wörner: Ich halte sie erstens für unredlich und zweitens für falsch. Unredlich deswegen, weil die SPD sehr gut weiß, daß wir bereits strukturell nicht angriffsfähig sind. Das hat die SPD früher selber gesagt. In der Opposition hat sie das vergessen. Falsch deswegen, weil die Truppen der NATO nach Zahl, Struktur, Ausbildung, Ausrüstung, Nachschub zu raumgreifender Offensive in den Ostblock hinein völlig außerstande sind. Während der Warschauer Pakt nach wie vor offensivfähig ist und diese Fähigkeit ausbaut. Darin liegt das eigentliche Sicherheitsproblem Europas. Wäre die Sowjetunion bereit, auf ihre Invasionsfähigkeit zu verzichten, wäre Europa auf lange Zeit, wenn nicht gar auf Dauer sicher.

Für Haider zählt nur die Koalition mit dem Wähler

Die Jugend drängt sich zu den Wahreden des FPÖ-Chefs

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Ein frisch eingeflogenes Kamerteam des schwedischen Fernsehens richtete seine Objektive unermüdet auf die Zuschauer und auf den Vorstandstisch, vor dem blaue Luftballons mit der ebenso knappen wie viel-sagenden Inschrift „Jörg“ zu sehen waren.

Der altdeutsche Vorname stand für einen jungen Mann von 36 Jahren, der seit einigen Wochen nicht nur als österreichisches, sondern als europäisches Entfremdungsobjekt gilt: Jörg Haider, der neue Bundesvorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ).

Weil er seinen Vorgänger und Rivalen Norbert Steger - den jetzigen Vizekanzler im Kabinett Vranitzky - auf der Parteibühne unter dramatischen Umständen stürzte, platzte die Wiener SPÖ/FPÖ-Koalition. Seither gilt Haider bei seinen inner- wie außerparteilichen Gegnern als eine Art Hitler-Enkel, zumindest aber als Deutsch-Nationaler, wenn nicht Rechtsradikaler.

Der große Gasthallsaal in Mödling war an diesem Abend bis auf den letzten Platz gefüllt. Der örtliche FPÖ-Vorsitzende strahlte vor Stolz: Noch nie habe es eine solche Menschenmenge bei einer seiner Versammlungen gegeben. „Seit wir die neue Führung haben, sagen uns die Menschen: Jetzt seid ihr wieder wählbar.“

Neonazismus oder Rechtsradikalismus? Sieht man von einigen älteren Kriegsteilnehmern ab, die das kleine schwarze Eisener Kreuz des „Kameradschaftsbundes“ - einer österreichischen Veteranenorganisation - auf dem Revers des Trachtenanzugs tragen, so erinnert nichts an die berühmte-berühmte „Vergangenheit“, die zu bewältigen wäre.

Wahlsieg der Sarney-Koalition gilt als sicher

tho, Rio de Janeiro

Die brasilianischen Parlamentswahlen bringen der Regierung Sarney wahrscheinlich einen überwältigenden Erfolg. Nach den bisherigen Auswahlergebnissen liegen die Kandidaten der beiden regierenden Koalitionsparteien in Führung.

Neu gewählt wurden auch die Gouverneure in den Bundesstaaten und die Regionalparlamente. Obgleich die endgültigen Ergebnisse frühestens in einer Woche vorliegen, wurde in Regierungskreisen bereits gefeiert.

Es scheint, daß sich die Voraussetzungen der Demoskopen bestätigen, daß die Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens (PMDB) und die Partei der Liberalen Front (PFL) zwi-



Foto: Teutopress

Die nächste Frage ist ganz ernsthaft gemeint: Könnten Sie sich nach der Bundestagswahl eine Frau als Staatssekretär auf der Härthöhe vorstellen?

Wörner: Zu Personalfragen nach der Wahl äußere ich mich überhaupt nicht, und nach der Wahl ist das Sache des Bundeskanzlers.

Und ganz grundsätzlich: Eine Frau in hoher Führungsposition der Bundeswehr?

Wörner: Ich kann mir Frauen auf jeder Position vorstellen, da habe ich überhaupt kein Problem.

Trotz aller Ihrer und anderer Politiker Bemühungen hat man manchmal den Eindruck immer noch genießen die Soldaten nicht die Wertschätzung, die ihnen als der entscheidenden Kraft der Friedenssicherung zukommt. Ist das so?

Wörner: Alle Umfragen zeigen, daß das Ansehen der Bundeswehr in den letzten Jahren stark gewachsen ist. Allerdings mache ich mir Sorgen über ein Nachlassen des Bedrohungs-bewußtseins, das die Realität ungebrochener Rüstungsanstrengungen der Sowjets nicht mehr gerecht wird.

Muß das der Politiker vielleicht resigniert zur Kenntnis nehmen, daß sich die Gegner der Bundeswehr häufig lauter äußern und die stille

rüstung nur um der Abrüstung willen oder besser auf die Erhaltung unserer Sicherheit?

Wörner: Der Verteidigungsminister hat das Ziel, den Frieden sicher zu halten und gleichzeitig die Freiheit zu schützen. Das ist möglich. An der Sicherheit unseres Volkes haben sich die Verteidigungsmaßnahmen genauso wie die Rüstungskontrollmaßnahmen zu orientieren. Abrüstung ist wichtig, sie ist eines unserer wichtigsten Ziele. Sie muß die Sicherheit unserer Republik und unserer Bürger verbessern.

Nach Reykjavik, Herr Minister, hat wohl die Aussicht auf eine für Europa gültige Null-Lösung dermaßen viel politisches Eigengewicht erhalten, daß wir Westeuropäer dem seinen Lauf lassen müssen. Oder nicht? Wie soll dann künftig die NATO-Strategie der Abschreckung glaubwürdig bleiben? Was sagen Sie dazu diese Woche Ihren Gesprächspartnern bei Ihrem Besuch in Washington?

Wörner: Die Bundesregierung und

oder einer SS 22 oder SS 23 oder Scud bedroht werden. Sie erreichen alle unser Territorium.

Welche Systeme sorgen dann für unsere nukleare Sicherheit?

Wörner: Für diese Frage bin ich besonders dankbar. Unsere Sicherheit und unsere Strategie hängen nicht von einem einzigen Waffensystem ab. Flugzeuge wie die amerikanische F 111 und see- wie luftgestützte Marschflugkörper sind ebenfalls in der Lage, das Risiko für die Sowjetunion hochzuhalten.

Alle diese Systeme, die Sie erwähnen, im wesentlichen auch die F 111, gab es doch, bevor überhaupt die Debatte über den NATO-Doppelbeschluß losging. Wir kehren zurück an den Anfang und hätten uns im Grunde den Doppelbeschluß sparen können?

Wörner: Das ist nicht richtig. Wenn die Sowjetunion sämtliche auf uns gerichtete SS 20 abbauen würde, dann stünde Europa besser da als im Jahre 1979, das heißt die Nachrüstung hat durchaus Sinn gemacht.

Demagogie ist im Spiel

„Qualifikation nutzt nichts. Wer im öffentlichen Dienst vorwärtskommen will, muß bei einer Partei zu Kreuz kriechen. In Wien etwa bekommt man einen Job als Krankenschwester nur dann, wenn man nachweist, daß in der Familie alle bis zur Urgroßmutter sozialistisch organisiert waren.“

Den sozialistischen Bundeskanzler und Spitzenkandidaten tituliert Haider als „Privilegienritter“, der - nachdem er 10 000 Stahlarbeiter gekündigt habe, nun auch die „sechs FPÖ-Gastarbeiter“ in der Regierung kündigt. Immer wieder polemisiert Haider gegen den „unsozialen Funktionsnährstaat“, gegen das „System“ mit seinen „alten Parteien“, gegen eine Steuerpolitik, die den kleinen Gewerbetreibenden zerstört und den Bauern an den Rand seiner Existenz bringe. Wörtlich: „Wenn die Bürokraten in den Tintenburgen selber nicht arbeiten wollen, sollen sie wenigstens die fleißigen Leute nicht am Arbeiten hindern.“

Nur einmal streift der FPÖ-Chef das Thema, weswegen ihn schwedische Fernsehteams, israelische und westeuropäische Zeitungskorrespondenten belagern: die jüngste Vergangenheit. Als junger Politiker habe er „Respekt vor der Kriegsgeneration“, die im Krieg den Kopf hingehalten und danach das Land wieder aufgebaut habe. Dann folgt der Seitenhieb auf die politische Konkurrenz: „Die Roten und die Schwarzen wollen die Stimmen der Älteren, putzen sich aber an ihnen politisch die Füße ab.“

Anzeige

Berufs-Chancen sind Zukunfts-Chancen.

Darum einfach **0130-6060 anrufen!**

Dann erhalten Sie 4 Wochen kostenlos die BERUFS-WELT mit dem größten Stellenanteil für Fach- und Führungskräfte und mit vielen Tipps für Ihren Erfolg im Beruf.

DIE WELT

Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

sehen 70 und 80 Prozent der Stimmen erwarten können. Wenn sich an dem bisherigen Trend nichts ändert, gewinnt die PMDB auch die beiden Schlüsselwahlen in den Bundesstaaten São Paulo und Rio de Janeiro.

In São Paulo kann der nächste Gouverneur Orestes Quercia heißen. In Rio de Janeiro hält Quercias Parteifreund Wellington Moreira Franco einen Vorsprung vor seinem linken Rivalen Darcy Ribeiro.

Das Rennen in Rio erregte das größte Aufsehen, weil auch das Schicksal des bisherigen Gouverneurs Leonel Brizola auf dem Spiel steht. Der sozialistische Politiker wollte durch einen Triumph des Stellvertreters Ribeiro seine Präsidentschaftschancen wahren. Er trat in diesem Wahlkampf als schärfster Kritiker der Sarney-Regierung auf.

Krupp Umwelttechnik

Krupp baut Anlagen, mit denen pro Tag bis zu 30 Millionen Liter hochwertiges Trinkwasser aus Meerwasser gewonnen wird.

Schon mal einen Schluck Meerwasser probiert?

Über 70 % der Erdoberfläche sind von Meerwasser bedeckt. Ein unerschöpfliches Reservoir gegen den Durst und für die Hygiene von Menschen, für die Zwecke der Landwirtschaft und Industrie. Krupp Industrietechnik, ein Unternehmen im Krupp-Konzern, ist einer der führenden Hersteller von Wasseraufbereitungsanlagen in aller Welt.

Bis 300 Liter Wasser pro Tag verbraucht heute jeder einzelne der 1 Millionen Einwohner von Riad, der Hauptstadt Saudi-Arabiens. Im Schnitt etwa soviel wie ein Bürger der USA.

Steigenden Bevölkerungszahlen und Hygieneansprüchen stehen aber - zum Beispiel in den



Ländern der arabischen Welt - immer weniger ergiebige Wasseradern, mehr und mehr erschöpfte Brunnen gegenüber.

Die Konsequenz: Mit den Mitteln moderner Anlagentechnik wird Meerwasser in Trinkwasser verwandelt. Krupp gehört zu den Herstellern mit der größten Erfahrung: über 3.000 Anlagen beweisen es.

Dabei wird aus 10 Litern Meerwasser 1 Liter reines Destillat gewonnen. 9 Liter gehen, geringfügig mit Salz angereichert, zurück ins Meer. Diesem Destillat fehlen zur Verwendung als Trinkwasser noch die lebenswichtigen Mineralien. Also wird es „verschnitten“ - gefiltertes Meerwasser wird so lange zugesetzt, bis die Normen der Weltgesundheitsorganisation genau erfüllt sind.

Darüber hinaus beweisen die Anlagen von Krupp, daß Probleme nicht einseitig gelöst werden müssen; sondern in voller Harmonie von Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit. Wie unsere Verfahren zur Abwasserreinigung, Geräuschdämmung und Wärmerückgewinnung, wie unsere Rauchgaschwefelungsanlagen und Elektrofilter für Kohlekraftwerke.

Leistungen von Krupp sind stets das Ergebnis eines kreativen Dialogs. Krupp-Ingenieure entwickeln in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Kunden Problemlösungen für alle Bereiche unseres Lebens.

So sorgen wir mit einer Vielzahl modernster Werkstoffe, Anlagen und Systeme dafür, daß unsere Wirtschaft nicht nur schneller vorankommt, sondern auch sicherer.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.

*Wenn Sie weitere Informationen über Krupp Umwelttechnik wünschen, wenden Sie sich bitte an Krupp Industrietechnik GmbH, Werk Grevenbroich, Lindenstr. 43, D-4048 Grevenbroich.



Gorbatschow mahnt Industrie: Mehr Kontrollen

dpa, Moskau
Der sowjetische Parteichef Gorbatschow hat die niedrige Qualität der Industrieproduktion seines Landes kritisiert und Maßnahmen zu ihrer Verbesserung angekündigt. In einer Rede vor Spitzenfunktionären und Wirtschaftsführern der gesamten UdSSR sagte er, künftig müssten alle Unternehmen darüber nachdenken, wie sie fortan existieren wollten.

Anzeige
Zu allen Geschenkanlässen/Jubiläen: Ihr Jahrgang in einem eigenen Buch!

Jahrgang 1947

Schlagzeilen aus einem Jahr, das unser Jahrhundert prägte: Schwarzwald in Deutschland - Streik gegen Hunger - Marshallplan bringt Wirtschaftsförderung - CDU wachsender - Äthiopen Programm - Zum ersten Mal Der Spiegel-Ansatz 47 gegründet - Trauerschicht in London: Elizabeth II. stirbt - Herzog von Edinburgh wird zum ersten Mal in der Welt - New York - Gangsterhit Al Capone tot. Fakten, Bilder und Erinnerungen im Jahrgangsbuch "Chronik 1947".

Jeder Band in Leinen-Luxusausstattung, 49,80 DM. Mehr Informationen in jeder guten Buchhandlung, oder beim Chronik Verlag, Postfach 13255, 4600 Dortmund 1.

wenn sie keine Produktion lieferten, die der Verbraucher wünsche. Das meldete am Wochenende die anti-fach Nachrichtenagentur Tass.

Gorbatschow habe bedauert, daß der größte Teil der sowjetischen Produktion auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sei. Hohe Qualität sei jedoch Voraussetzung für den angestrebten Umbau der Wirtschaft. Wie es in dem Bericht weiter heißt, sollen vom nächsten Jahr an sämtliche Industrieunternehmen der Sowjetunion einer staatlichen Qualitätskontrolle unterworfen werden. Dieses soll unabhängig von der jeweiligen Fabrikleitung arbeiten.

Hasenfus in Managua zu 30 Jahren Haft verurteilt

Wegen Hilfe für die Contras / USA sprechen von Schauprozeß

WERNER THOMAS, Miami
Als das Urteil in dem überfüllten Gerichtssaal in Managua verlesen wurde, reagierte niemand überrascht, auch nicht der angeklagte Amerikaner Eugene Hasenfus. Er erhielt dreißig Jahre Gefängnis, die Höchststrafe der nicaraguanischen Justiz. Er wurde „Anschlag auf die Staatssicherheit“ für schuldig befunden. Frau Hasenfus eppellierte an Präsident Ortega, ihren Mann als „Zeichen einer humanitären Geste“ freizulassen.

Der Anwalt Reynaldo Monterrey, der Präsident des Tribunals, und seine beiden Beisitzer, ein Kraftfahrer und ein Arbeiter, allesamt sandinistische Aktivisten, folgten mit ihrem Urteil dem Antrag der Anklage, die drei Punkte umfaßte: Verstoß gegen die Sicherheitsgesetze, Terrorismus, kriminelle Verschwörung, Verteidiger Soziale Börgen vertrat dagegen die Ansicht, daß Hasenfus höchstens zwei Jahre Freiheitsstrafe verdient hätte - wegen Waffenschmuggels. Mit diesem Urteil ging das bisher spektakulärste Verfahren vor dem „antisozialistischen Volkstribunal“ (TPA) nach fast dreiwöchiger Dauer zu Ende. State-Department-Sprecher Charles Redman beschuldigte die Comandantes: „Sie veranstalten einen Schauprozeß.“ In einer Stellungnahme des Außenministeriums hieß es, der „Schauprozeß“ habe international gültiges Verfahrensrecht bewußt außer acht gelassen.

Vorwürfe gegen Reagan

Der Fall Hasenfus verschaffte Managua die willkommenen Möglichkeit einer Propaganda-Offensive gegen die Reagan-Regierung. Eugene Hasenfus, 45, ein ehemaliger Marineinfanterist und Vietnam-Veteran, war der einzige Überlebende eines am 5. Oktober über Nicaragua abgeschossenen Versorgungsflugzeugs der antisandinistischen Contras. Er konnte sich durch einen Fallschirm-Ab sprung retten. Die drei anderen Besatzungsmitglieder, zwei Amerikaner und ein bisher nicht identifizierter Lateinamerikaner, kamen ums Leben.

Die Sandinisten versuchten von Anfang an, einen Zusammenhang zwischen dem Gefangenen und der Regierung Reagan herzustellen. Hasenfus sei ein Beweis für „Reagans

heimlichen Krieg“. Nicaragua Präsident Daniel Ortega nannte Hasenfus „ein Opfer der kriminellen Politik Reagans“. Und: „Der größere Verbrecher ist Reagan.“

Die Affäre Hasenfus schlug Wellen in den USA. Präsident Reagan und Außenminister George Shultz bestritten energisch die Vorwürfe, die Regierung habe diese Versorgungsflüge organisiert. Zu diesem Zeitpunkt war die militärische Hilfe für die Contras noch untersagt. In der Zwischenzeit erhalten die Rebellen wieder eine vom Kongreß gebilligte Militärhilfe. Enrstützte demokratische Volksvertreter forderten Untersuchungen.

Die Rolle des CIA

Eugene Hasenfus erklärte zunächst selbst, nach seinem Wissen sei sein Arbeitgeber (die Charterflug-Gesellschaft Corporate Air Services) eine Firma des amerikanischen Geheimdienstes CIA gewesen. Während des Prozesses wollte er diese brisante Behauptung aber nicht wiederholen. Er berichtete lediglich, der Konzern habe ihm monatlich 3000 Dollar plus eine Gefahrenzulage von 750 Dollar für jeden Flug über Nicaragua gezahlt. Der arbeitslose Bauarbeiter sagte, er sei gezwungen gewesen, diesen Job anzunehmen. „Ich mußte eine Frau und drei Kinder ernähren.“

Das Hasenfus-Kapitel dieses Krieges informierte die Öffentlichkeit dagegen über die Existenz einer internationalen Initiative zur Unterstützung der Contra-Brigaden. Und darüber, daß Honduras und El Salvador logistische Schützenhilfe leisteten.

Dem Verfahren sind Diskussionen innerhalb der sandinistischen Führung vorausgegangen, ob das von Menschenrechts-Organisationen heftig kritisierte „Antisozialistische Volkstribunal“ das Schicksal des Amerikaners entscheiden soll. Die Comandantes entschieden sich schließlich für dieses kontroverse Forum, gewährten dem Angeklagten, seinem Anwalt und der Presse jedoch eine kulante Behandlung.

Wahrscheinlich muß Hasenfus die 30 Jahre nicht absitzen. Ortega selbst meinte, die sandinistische Justiz sei „generös“. Ein hoher Regierungsvertreter machte Hasenfus Hoffnungen auf eine Freilassung: „Weihnachten wäre kein schlechter Zeitpunkt.“

Aquino stellt sich auf „Krieg“ ein

Nach dem Mord an Gewerkschafter: Krisensitzung und Generalstreik / Gerüchte um Enrile

JOCHEN HEHN, Hongkong
Als hätte Frau Aquino nicht schon genug mit Schwierigkeiten zu kämpfen - der für heute angesagte Generalstreik droht die Philippinen in eine weitere schwere Krise zu stürzen. Der Streik wurde von der größten Gewerkschaft des Landes, der linksgerichteten Kilusang Mayo Uno (KMU - Bewegung erster Mai) ausgerufen. Nachdem KMU-Chef Rolando Olalia und dessen Fahrer von Unbekannten entführt und auf bestialische Weise ermordet aufgefunden worden waren. Unter Hinweis auf diesen Mord verurteilte Frau Aquino auf einer Massenkundgebung in Manila erneut die Anwendung von Gewalt in der Politik.

„Ich möchte eine Führerin des Friedens sein“, rief sie vor etwa 15 000 Anhängern aus. Zur Abwendung von Gefahren für ihre Regierung sei sie notfalls bereit, „einen Krieg zu führen“.

Der Mord an Olalia, der auch Vorsitzender der Ende August gegründeten linken Volkspartei (Partido Ng Bayan) ist, haben die Kommunisten zum Anlaß genommen, ihre Friedensverhandlungen mit der Regierung abbrechen. Die Bemühungen der philippinischen Regierung, ihr Land als „sicheren Hafen“ für Investitionen anzubieten, haben außerdem durch die Entführung eines japanischen Geschäftsmannes einen empfindlichen Rückschlag erlitten.

Sowohl der Mordanschlag als auch die Entführung werden die abwartende Haltung der in- und ausländischen Investoren nun eher noch festigen. Dies ist besonders schmerzhaft für Frau Aquino, da sie sich in den vergangenen Monaten persönlich für ein stärkeres wirtschaftliches Engagement von Ausländern in ihrem Land eingesetzt hat.

Erst in der vergangenen Woche war sie trotz wilder Gerüchte über einen unmittelbar bevorstehenden Staatsstreich nach Japan gereist und hatte von dort die Zusage Tokios für umfangreiche wirtschaftliche Hilfen mit-

gebracht. Die Entführung des Japaners scheint diese Bemühungen jetzt zunichte zu machen.

Während die Staatspräsidentin gestern ihre Kabinettsmitglieder wegen der beiden Vorfälle zu einer Dringlichkeitssitzung zusammenrief, trafen die KMU und die Volkspartei Vorbereitungen für den Streik, der den Verkehr und das wirtschaftliche Leben in Manila lahmzu legen droht. Militär- und Polizeieinheiten wurden in zwischen in höchste Alarmbereitschaft versetzt, um - wie es hieß - gewalttätige Ausschreitungen zu verhindern.

Vertreter der Gewerkschaft erklär-

te, daß mit Vorliebe jene Kreise in der Bevölkerung und im Militär, die dem entmachteten Präsidenten Marcos noch immer verbunden sind, gleichzeitig machte er gegen die „Kommunisten in der Regierung“ Front, verlangte von Corason Aquino deren Abberufung und geißelte die Friedensverhandlungen der Regierung mit der kommunistischen Guerrilla.

Zu seinem Feindbild erkor Enrile auch jene linken Politiker, die unter der Marcos-Herrschaft eingekerkert und gefoltert, von Frau Aquino im Februar dann aber auf freien Fuß gesetzt worden waren. Enrile hatte als Verteidigungsminister unter Marcos deren Haftbefehle persönlich unterzeichnet. Einen darunter auch für Rolando Olalia, den Kardinal Sin als einen gemäßigten Linken bezeichnet.

Die unsichere Lage auf den Philippinen hat der israelische Staatspräsident Chaim Herzog zum Anlaß genommen, seinen für heute geplanten Staatsbesuch in Manila abzubrechen. Die Entscheidung wurde nach Telefongesprächen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir und der israelischen Botschaft in Manila bei der Begründung gefällt, die Anwesenheit Herzogs auf den Philippinen könnte die bereits angespannte politische Situation noch verschärfen.

Obwohl Israel und die Philippinen freundschaftliche Beziehungen zu einander pflegen, stand (und steht) die moslemische Minderheit einem Besuch Herzogs ablehnend gegenüber. Mit Demonstrationen gegen Herzog hätte wohl auch von den rund 1000 palästinensischen Studenten in Manila gerechnet werden müssen.

Das moslemische Malaysia hat für die Zeit des Herzog-Besuchs im Singapur seinen Botschafter aus dem Stadt-Staat zur Berichterstattung nach Kuala Lumpur zurückgerufen. Malaysia erkennt die PLO an. Kurz vor dem Eintreffen Herzogs nahmen die anti-israelischen Proteste in Malaysia zu.



Enrile, neuer Marcos, tritt zurück, fordert Filippinas FOTO: AP

Felipe und Fidel reden auch über Gefangene

ROLF GÖRTZ, Madrid
Der spanische Ministerpräsident Felipe González hält sich seit Donnerstag auf Kuba auf. Es ist sein zweiter Besuch bei Fidel Castro.

Die den Premier begleitenden Minister für Außen, Wirtschaft und Kultur führten die ihre Ressorts betreffenden Fachgespräche mit ihren Amtskollegen in Havanna. Bei dem Meinungsaustausch zwischen González und Fidel Castro ging es dem: Vernehmen nach um den mittelamerikanischen Ost-West-Konflikt, aber auch um wirtschaftliche Fragen.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Spanien und Kuba waren noch während der Franco-Ära so weit intensiviert worden, daß Spanien heute mit umgerechnet etwas mehr als einer Milliarde Mark als der erste Gläubiger des Westens auf der Liste der kubanischen Wirtschaftsbeziehungen steht. Nach Japan ist Spanien der zweitwichtigste Handelspartner Kubas. Die Bedeutung des Inselstaates für Spanien ist natürlich geringer. Nach Kuba geht 1,2 Prozent des spanischen Exportes, von dort kommt etwa ein halbes Prozent des spanischen Importes.

Fidel Castro, dessen Regime durch die wirtschaftliche Situation der letzten Zeit zusätzlich in Schwierigkeiten geriet, sieht sich gezwungen, die Wirtschaftsbeziehungen zum Westen zu verbessern. Besonders hart traf die Zuckerkrisis der Preisverfall für eben Zucker und Petroleum.

Gegenüber seinem spanischen Gesprächspartner besitzt Castro jedoch in seinen Kerkern ein wirksames Faustpfand: den Spanier Eloy Gutiérrez Menoyo, einen früheren Mitstreiter der kubanischen Revolution. Als Freiwilliger hatte Eloy Gutiérrez an der Seite Fidel Castros jahrelang gegen die Diktatur Batistas gekämpft. Unter der schließlich errungenen Freiheit verstand der spanische Sozialist aber etwas anderes als der rote Diktator. So geriet Eloy in Ungnade und sitzt seit 25 Jahren auf Kuba in Haft.

Insgesamt sind 20 Spanier auf Kuba inhaftiert. Ihre Freilassung wiegt stärker als die Forderung nach Entschädigung des vom Castro-Regime seinerzeit beschlagnahmten spanischen Eigentums in Höhe von 350 Millionen Dollar - gefordert von über 3000 Spaniern in Kuba und in Spanien. Kuba bietet nur 40 Millionen Dollar an. (SAD)

Für Kenner, Könner und Kostenbewusste:

Die eurocheque-Karte. Auch von der

Post.



Die Post bietet Inhabern eines Postgirokontos mit entsprechenden Zahlungseingängen große Mobilität und Unabhängigkeit durch eurocheques und eurocheque-Karte und durch die Nutzung der ec-Geldautomaten. Im Inland und in 39 weiteren Ländern werden eurocheques als Zahlungsmittel akzeptiert. Überall da, wo Sie das ec-Zeichen sehen - in Hotels und Geschäften z.B. - können Sie problemlos mit eurocheques bezahlen. In Verbindung mit der eurocheque-Karte sind sie so gut wie bares Geld. Nur sicherer. Und das ec-Zeichen an Postämtern, Banken und Sparkassen im In- und Ausland weist Ihnen den problemlosen Weg zum Bargeld. Mit der eurocheque-Karte mit Magnetstreifen gibt es Bargeld aus jedem der über 2.000 ec-Geldautomaten, die bei uns im Lande rund um die Uhr für Sie bereitstehen. Jetzt müssen Sie nur noch dafür sorgen, daß Ihnen ein Postgirokonto gehört. Das können Sie sich bei jedem Postamt und jeder Poststelle einrichten lassen. Und Ihre eurocheque-Karte beantragen Sie ganz einfach bei Ihrem Postgiroamt.

PostGiro. Noch bequemer und aktueller mit Btx. Informationen dazu über *20000 #.

PostGiro. Das clevere Konto. Post



In Moskau wäre er die Nummer eins. Aber die chinesische Machtpyramide hat andere Prioritäten. Und so gilt der Chef der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang, nach dem Genossen Deng als Nummer zwei. Auch sonst ist einiges anders im Riesenreich der Mitte. Lenin wird gelobt, aber nur teilweise. Das amerikanische System wird auf mögliche Anregungen hin geprüft, ansonsten wünscht man den USA viel Glück und zieht die eigenen Reformen durch. China ist auf dem Weg, zu sich selbst zurückzufinden. Man geht diesen Weg mit Bedacht und pragmatischer Gesinnung. - Mit dem Generalsekretär der KP Chinas sprach Thomas Heberer.

„Marx hat nie eine Glühbirne gesehen, Engels kein Flugzeug - und beide sind nie in China gewesen“

Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Reformen im politischen und im wirtschaftlichen Bereich?
Hu Yaobang: Die hier angesprochenen politischen Reformen meinen Reformen in der Struktur, nicht eine Reform des politischen Systems. Das sozialistische System ist die Errungenschaft eines mehrjährigen Kampfes des chinesischen Volkes. Es geht nicht um eine Negierung dieses Systems. Ebenso wenig beginnt die Reform politischer Strukturen erst heute. Genosse Deng Xiaoping hat sie bereits 1978 angesprochen, später auch Genosse Zhao Ziyang und ich. Die Welle der Wirtschaftsreform bricht sich an den politischen Strukturen; ohne eine politische Strukturreform kommt die Wirtschaftsreform nicht mehr voran, muß sie unvollständig bleiben. Die chinesische Wirtschaft unterscheidet sich von der westlichen Staaten: Letztere ist selbständig und unabhängig, die Regierung kann nur über Steuern oder Gesetze Einfluß nehmen. Bei uns unterstehen die Betriebe der direkten Verwaltung durch alle möglichen Verwaltungsorgane der Regierung. Ohne eine Reform des politischen Organisationsstils bleibt die Wirtschaftsreform ständig mit unlösbaren Problemen konfrontiert.
Können Sie Rolle, Ziele und Maßnahmen der Reform im politischen Bereich erläutern?

Hu Yaobang: Genosse Deng Xiaoping ist der Ansicht, daß die Zentralorgane einige Dinge zuviel und zu stark handhaben. Genosse Zhao Ziyang befürwortet eine Vereinfachung des Staatswesens und Dezentralisierung politischer Macht. Beides betrifft also den Problembereich Zentralorgane/Lokaladministration. Der Vorsitzende Mao bezeichnete zu seinen Lebzeiten die Machtzentralisation schon als übermäßig; in einem Gespräch mit Edgar Snow verwies er auf die damals 48 Staaten von Amerika mit ihren ziemlich weitreichenden Entscheidungsbefugnissen und ihrem vergleichsweise rasanten Entwicklungstempo. Wir können nicht vollständig nach amerikanischem Muster verfahren, aber es kann uns als Anregung dienen.
Zweitens: Bis jetzt sind zahlreiche Betriebe unmittelbaren politischen Verwaltungsorganen unterstellt, ein eigenständiges Management kommt zu kurz und kann keine Dynamik entfalten.
Drittens tangiert diese Frage auch die Arbeitsteilung in Partei, Regierung und Volksvertretung. Eine vollständige Gewaltentrennung nach westlicher Art ist bei uns nicht möglich, aber eine Arbeitsteilung ist wünschenswert. Die Zuständigkeitsbereiche von Partei und Regierung wären zu definieren, die jeweiligen Funktionen eindeutig zu bestimmen.

morgen das Gegenteil. Sogar aus ihrer Vernetzung (wobei man nur auf einen gleichrangigen Posten versetzt werden kann; Anm. d. Red.) ziehen manche materielle Vorteile. Persönliche Interessen müssen hinter den Interessen des Staates zurücktreten, das Einzelne muß dem Ganzen dienen. Wir schätzen die Zahl solcher Personen nicht sehr hoch ein, sie werden auch wieder in der ersten Garnitur zu finden sein: noch in einer Vielzahl von Positionen. Äußerungen aus dem Ausland, es gäbe eine Reformfraktion und eine konservative Fraktion, sind unzutreffend.
Hu über die Partei: Wir waschen täglich das Gesicht
Welche chinesischen Traditionen und Denkweisen sind Reformen förderlich und welche nicht? Welche sind hinderlich und wie lassen sich solche Hindernisse beseitigen?
Hu Yaobang: Eine gute Tradition ist für die Reform eine machtvolle Schubkraft. Der Vorsitzende Mao nannte einst Fleiß und Tapferkeit als positive Traditionen unseres Volkes, das zu kämpfen und zu siegen wagt. Es hat drei gewaltige, mächtigen Berge vergleichbare Feinde bezwungen (Imperialismus, Feudalismus und bürokratischer Kapitalismus; Anm. d. Red.). Die jetzige Reform ist im Vergleich dazu nur ein Hügel, aber auch seine Bewältigung erfordert Mut. Das chinesische Volk weiß zu lernen. Anfangs vom Westen, später von Japan, vom Kapitalismus. Aber die Ergebnisse waren unbrauchbar. Auf den Kanonenschlag der Oktoberrevolution hin lernten wir vom russischen Volk, von Stalin, und begingen auch einige Fehler. Heute müssen wir wieder aus unseren eigenen Erfahrungen lernen.
Die phrasenhafte Behauptung, Chinesen seien fortschrittlich, bleibt die Analyse schuldig. Tatsache ist, daß China eine ganze Reihe leistungsfähiger Avantgardisten aufzuweisen hat. Einer davon war Anfangs Mao, für seine späten Jahre trifft das nicht mehr zu. Reformfeindliche Traditionen und Denkweisen sind in erster Linie die vergifteten Überreste feudalistischen und patriarchalischen Denkens.
Zu erwähnen ist zweitens der Einfluß des Kleinbauern- und Kleinproduzenten-Denkens mit seiner Disziplinlosigkeit, zeitlosen Vorstellung und behäbigen Gleichgültigkeit. Heute können wir es uns jedoch nicht

mehr leisten, auch nur noch eine einzige Minute zu vergeuden.
Der dritte Punkt betrifft die negativen Aspekte des Kapitalismus. Jene verkommenen Degenerationserscheinungen, mit denen uns der Westen in den vergangenen hundert Jahren angesteckt hat. Wir sagen offen, daß der westliche Kapitalismus einige positive Momente aufzuweisen hat, ebenso aber auch negative.
Sehen Sie die Notwendigkeit einer Reform der Partei?
Hu Yaobang: Auch die Partei wird eine Reform durchlaufen. Wie Genosse Deng Xiaoping ausgeführt hat, wollen wir an der Führungsrolle der Partei festhalten, sie aber verbessern. Auch das gehört zu den Mao-Zedong-Ideen. Mao formuliert es so: Ist ein Gesicht staubig, muß es täglich gewaschen, muß täglich über Sauberkeit gesprochen werden! Im Laufe dreijähriger Parteireform konnten relativ große Erfolge erzielt werden. Im Februar oder März nächsten Jahres wird dieser Prozeß abgeschlossen sein, wir werden die Ergebnisse der Parteisäuberung bekanntgeben. Auch dies bedeutet Selbstvervollkommnung der Partei.
Verbesserungen wird es geben in den Bereichen Organisationsstruktur, Arbeitsstil und Disziplin. Faktisch ist der permanente Reformprozeß bereits seit den letzten sieben, acht Jahren im Gange, seitdem, waschen wir täglich unser Gesicht“. Sie können feststellen, daß einige hohe Funktionäre ihrer Ämter enthoßen, gerichtlich belangt oder inhaftiert sind.
Wie sehen Sie die zukünftige Rolle der chinesischen Gewerkschaften?
Hu Yaobang: Eine gute Frage. Die Geschichte der chinesischen Gewerkschaften ist eine andere als die der europäischen. Die europäischen Arbeiter haben eine ansehnliche Tradition, die Arbeiterklasse hat sich organisiert, um ihre Interessen zu verteidigen, und zwar seit bereits mehr als hundert Jahren. Die chinesischen Gewerkschaften sind unter andersartigen Umständen geschaffen worden, sie wurden seit ihrer Entstehung unterdrückt. Die Warlords in Nordchina und Tschiang Kai-schek sorgten für eine gnadenlose Unterdrückung und erlebten ein Versammeln- und Koalitionsverbot. Später gab es die sogenannte „Gelbe Gewerkschaft“, eine behördliche Gewerkschaft, die unter der Arbeitererschaft jedoch keinerlei Einfluß geltend machen konnte. Die chinesischen Gewerkschaften sind unter der Führung der Kommunistischen Partei entstanden, unabhängige Stimmen gab es kaum, aus Sorge, die Arbeiter könnten sich von der Führung durch die Partei lösen. Ich stimme Ihnen zu, daß die Gewerkschaften bei der Verteidigung der Rechte und Interessen der Arbeiter zu wenig in Erscheinung getreten sind. Trotzdem haben sie einiges in der Vertretung der Arbeiterinteressen bewirkt, tatsächlich haben sie etwa auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes oder der Sozialfürsorge einiges geleistet. Was die Frage angeht, auf welche Weise diese Arbeit verbessert werden kann, so sollten wir darauf vertrauen, daß sie das im Laufe ihrer praktischen Arbeit selbst lösen; die Partei sollte sich dabei nicht einmischen.

Hu über Geld: Manche verdienen so viel wie Reagan
Wie soll die künftige Entwicklung der Individual- und Privatwirtschaft aussehen? Wie sehen Sie die Zukunft der Anstellung von Arbeitskräften in diesem Bereich? Ist das „Modell Wenzhou“ mit über 50 Prozent Individual- und Privatwirtschaft das Vorbild für Chinas künftige Entwicklung in dieser Hinsicht?
Hu Yaobang: Individualwirtschaft stellt für die sozialistische Wirtschaft eine absolut unerhebliche Ergänzung dar, mit vielen positiven Auswirkungen auf die staatliche Wirtschaft ebenso wie auf die Lebensqualität der Menschen. Für einen beträchtlichen Zeitraum werden wir nicht darauf verzichten können. Der Anteil der kleinen Privatbetriebe ist nicht groß, das Investitionskapital noch geringer. Im kommenden Zeitraum wird hier möglicherweise ein Zuwachs erfolgen, aber auf keinen Fall wird die Privatwirtschaft die Kollektivwirtschaft überholen oder gar die staatsigene Wirtschaft.
In manchen Fällen wird innerhalb eines Jahres ein Reineinkommen von mehr als 300 000 Yuan erzielt. Das entspricht in etwa dem Gehalt des amerikanischen Präsidenten. Derartige Leute gibt es bisher natürlich noch sehr wenige, kaum mehr als eine Handvoll. Wesentlich überdurchschnittliche Einkommen sind jedoch problematisch, und so müssen Mittel und Wege gefunden werden. Eine einzelne Maßnahme genügt dabei nicht. Unter anderem wäre da eine Erhöhung der Besteuerung zu denken. Dem Konsum sind gewisse Grenzen gesetzt, er sollte ein bestimmtes Verhältnis nicht übersteigen, um den Weg des Kapitals in die Expansion der Produktion zu sichern. Einigen Privatbetrieben hatte die Regierung mit Krediten zu Vorzugsbedingungen

Hu über Sozialismus: Er hat auch Wirrwarr angerichtet

Viertens sind auch der Volkskongreß und die demokratischen Parteien angesprochen, und zwar im Hinblick auf die Entwicklung sozialistischer Demokratie. Die Mitarbeiter in Partei und Behörden müssen der Kontrolle durch das Volk unterstellt werden. Parteimitglieder und führende Kader, die sich der Kontrolle durch die Massen der Bevölkerung entziehen, gegen das Gesetz verstoßen oder Untersuchungen behindern, können jederzeit gerichtlich belangt und angepöbel werden.
Unsere geplante Reform der politischen Strukturen stellt also eine Selbstvervollkommnung des sozialistischen Systems dar, nicht einen Versuch, dasselbe zu liquidieren. Der Sozialismus besteht bereits mehrere Jahrzehnte, in der Geschichte der Menschheit ist er jedoch ein Novum. Er hat auch einigen politischen Wirrwarr angerichtet. Manches er möchte darin den Beweis für eine Funktionsuntüchtigkeit des Sozialismus sehen und ihm jede Lebenskraft absprechen. Ich bin nicht dieser Ansicht. Da es sich um etwas Neues handelt, sind Unvollkommenheiten kaum vermeidbar. Werden Fehler gemacht, kann man es von neuem versuchen. Die Gedanken Lenins beispielsweise sind voller Leben; tatsächlich hat er gesagt, daß wir einige Dummheiten begehen werden. Das sei aber kein Grund zur Furcht - nach Fehlern könne man aufs Neue beginnen.
Worin sehen Sie die Haupthindernisse für die Reformen?
Hu Yaobang: Hindernisse gibt es. Was die Situation der VR China angeht, so handelt es sich nicht um irgendeine politische Opposition, es existieren auch keine offenen Programme eines Widerstands - es gibt sie faktisch nicht. Die Zukunft unseres Landes hat sich beständig verbessert, die breite Masse der Bevölkerung ist begeistert. Wo liegen also die Hindernisse?
Da sind zunächst Verständnisprobleme, anders gesagt, da ist die Macht der Gewohnheit, jahrhundertalte Gewohnheiten, eingefahrene Handlungsmuster, bilden eine Art beding-

ten Reflex. Lenin nannte die Macht der Gewohnheit eine Schreckensmacht. Chinesen nennen sie Kuangkuang, das heißt Konventionen, die das Denken zum Erstarren bringen und in Schubladen einzwängen. Die Alten haben große Erfahrung, läßt die Alten machen“ - ein Stereotyp! Gorbeschow hat vor kurzem eingestanden, daß die Reformen nicht recht vorankommen. Unsere Reform ist erst acht Jahre alt und ihre Wirkung bereits sehr deutlich. Natürlich haben wir auch eine - verschwindend geringe - Anzahl von Jugendlichen, die der Ansicht ist, eine Reform sollte radikal, mit Stumpf und Stiel durchgeführt werden, wir sollten vollständig nach westlichem Muster verfahren. Dergleichen ist freilich nicht möglich.
Widerstände gegen die Reform gibt es auch, weil sie die Machtinteressen einzelner berührt. Die Machtbefugnisse einiger unserer Kader sind beträchtlich; sie kommandieren blindlings herum, sagen heute dies und

die Karriere von Hu Yaobang ist eng mit jener von Deng Xiaoping, dem „starken Mann“ Chinas, verknüpft. Über drei Jahrzehnte lang arbeitete der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und damit nominell ranghöchste Parteiführer mit Deng zusammen, der heute, obwohl er die höchsten Ämter abtrug, weiterhin der unbestrittene Führer des Landes ist.
Ebenso klein in der Statur, unterscheidet sich der 71jährige von dem mehr eckig und gedungen wirkenden Deng durch seine südlich-lebhaften Bewegungen, eine sehr unchinesische Eigenschaft, die ihn in den Augen seiner Landsleute ein wenig befremdlich erscheinen läßt.
1915 in Lüyang (Provinz Hu-

nan) geboren, trat Hu schon im Alter von 15 in die Kommunistische Jugendliga ein, in der er drei Jahre später erste Führungsaufgaben übernahm. Sein Vertrauensverhältnis zu Deng entstand während des Bürgerkriegs, als Hu zum Direktor der Politabteilung jener Armee-Einheit aufstieg, der auch Deng als Politkommissar angehörte. Nach der Gründung der Volksrepublik 1949 bekleideten Hu und Deng in Südwestchina hohe Parteiposten, um dann 1952 gemeinsam nach Peking berufen zu werden. Während Deng unaufhaltsam in die obersten Ränge von Regierung und Partei vorstieß, übernahm Hu die Jugendorganisation der KPCh. 1956 wurde er mit 41 Jahren als jüngstes Mitglied ins ZK berufen.
1964 trennten sich die Wege von Deng und Hu, als dieser in Shandao das Amt des 1. Parteisekretärs übernahm. In der Kulturrevolution teilte er jedoch wieder das Schicksal seines Mentors: Als „Anti-Partei-Elemente“ wurden beide in den politischen Abgrund gestoßen.
1973 wurde Deng von Ministerpräsident Zhou Enlai aus dem Amt entlassen. Er übernahm seinen langjährigen Vertrauten Hu Yaobang als engen Mitarbeiter zu sich und übertrug ihm die Aufgabe, die Milieus im Bildungswesen und der Wissenschaft aufzudecken.
Tatenlos mußte Hu mit ansehen, wie Deng Xiaoping 1976 erneut in Acht und Bann getan wurde. Als jedoch nach dem Tode Mao Zedongs und der Ausschaltung der „Vierbande“

Hu über Moskau: Kein Zurück zu den 50er Jahren
Zu den chinesisch-sowjetischen Beziehungen hat sich vor einigen Tagen Außenminister Wu geäußert. Wahrscheinlich sprach er an die Adresse der ganzen Welt gerichtet, daß wir hoffen, daß es ihnen gut geht. Daß Staat und Volk der Sowjetunion Glück und Prosperität beschieden sein mögen. Zweitens hoffen wir auf gute Nachbarschaft. China und die Sowjetunion haben eine 7300 Kilometer lange gemeinsame Grenze - die längste der Erde. Unsere dritte Hoffnung liegt in einer Normalisierung der Beziehungen.
An Problemen haben wir die drei großen Hindernisse, die keine „normalen“ Probleme sind, sondern die Sicherheit unseres Landes berühren. Wir hoffen, daß die Sowjetunion tatkräftig daran gehen wird, Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hindernisse zu ergreifen, insbesondere in der Kambojscha-Frage. Es handelt sich um fremdes Territorium - man soll nicht andere Länder annektieren.
Hu Yaobang: Westdeutschland verfügt über eine entwickelte Wirtschaft, ist hochtechnologisiert und arbeitet gewissenhaft. Weltwirtschaftlich gesehen steht es auf Platz vier hinter den USA, Japan und der Sowjetunion. Wir sind über die Bundesrepublik relativ gut informiert und hoffen, daß sie ihrerseits dazu beiträgt, die Dritte Welt in Fragen der Entwicklung zu unterstützen und die Beziehungen zu Osteuropa zu verbessern. Zwischen der DDR und der Bundesrepublik sollte kein Antagonismus bestehen - den Schaden hätte in erster Linie ihr. Man sollte den jeweils anderen respektieren; Gesellschaftssysteme sind historisch entstanden, von den Völkern gewählt. Trachtet man nicht danach, das System des anderen zu verändern, respektiert man die Auffassung des anderen, läßt sich jedes freundschaftlich regeln. Ihr seid ein Volk und solltet in Freundschaft miteinander auskommen.
Dr. Thomas Heberer, der dieses Gespräch mit Hu Yaobang führte, ist Bundesvorsitzender der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft



Taktiker und Theoretiker, Pragmatiker und Profi der Welt-Politik: Der chinesische Parteichef Hu Yaobang (71)

auf die Beine geholfen: diese könnten, falls erforderlich, auch in Kollektivbetriebe umgewandelt werden. Wer über Fähigkeiten und Kenntnisse verfügt, ist auch auf einem Posten als Manager oder Fabrikdirektor gefragt.
In diesem und im kommenden Jahr müssen Wege überlegt werden, die Privatwirtschaft in noch gesünderen Bahnen zu leiten. Innerhalb der Partei debattieren zur Zeit einige Ökonomen die Frage, ob, wie Marx sagte, die Anstellung von mehr als sieben Personen Ausbeutung ist. Ich finde diese Auseinandersetzung nicht besonders interessant.
Die gegenwärtige Anstellung von Arbeitern durch Privatunternehmen

unterscheidet sich auf jeden Fall von der in der alten Gesellschaft. Dort wurden solche Arbeiter in den ersten drei Jahren als „Lehrling“ bezeichnet und erhielten so gut wie keinen Lohn. Heute, unter der Wirtschaftsführung eines sozialistischen Systems, erhalten sie zwar auch Lohn, aber es gibt natürlich einen Unterschied.
Wir sagen auch nicht, daß dabei überhaupt keine Ausbeutung stattfinden würde. Marx hat seine Theorie auf der Basis der Verhältnisse in Westeuropa vor über hundert Jahren erstellt. Marx hat nie eine elektrische Glühbirne gesehen, Engels kein Flugzeug, beide sind auch nie in China gewesen. Es ist eine andere Zeit.

Hu über USA: Wir wünschen ihnen Glück und Wohlstand

Welche Rolle soll der Westteil Chinas bei der Öffnung nach außen spielen?
Hu Yaobang: Kennzeichen des Westteils von China sind weite Gebiete mit dünner Bevölkerungsdichte, rückständige Wirtschaft und Kultur sowie reiche Ressourcen. Unsere Kenntnisse sind aber immer noch unzureichend. Wie ich höre, gibt es in Xinjiang und Qinghai große Vorkommen an Erdöl, Erdgas, Kohle und Buntmetallen. Leider ist die Infrastruktur alles andere als günstig. Für eine Erschließung des Westteils, die Erschließung dieser Bodenschätze helfen wir ausländische Firmen zu Kooperationsprojekten willkommen - ich bitte Sie als Leiter der Deutsch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft, diese Botschaft zu übermitteln.
Die Bundesrepublik verfügt über eine fortschrittliche Technologie, aber nur über geringe Ressourcen. In der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unserer beiden Länder sehe ich Expansionsmöglichkeiten. Ganz besonders am Herzen liegt mir die Umwandlung und Aufbereitung von Kohle, da die chinesischen Kohlevorkommen außerordentlich reich sind. Vor kurzem erfuhr ich, daß allein im Kreis Juye der Provinz Shandong ein Flöz von fünf Milliarden Tonnen liegt. Mit unseren Kapazitäten von Kohlevergasung und -verflüssigung können wir auf dem Weltmarkt bestehen. Die angelegte Zusammenarbeit würde die Verarbeitung nicht Gewinn bringend, für die wir unsere Methoden haben.
An zweiter Stelle zu nennen sind die Buntmetalle und deren Verarbeitung zu Legierungsstahl, vor allem zu Edelstahl. Schweden hat in der Vorkriegszeit von Buntmetall ein, zweihundert Jahre Erfahrung, Deutschland ebenfalls. Unsere diesjährige Stahlproduktion erreichte einen Ausstoß von 50 Millionen Tonnen, aber nur mit einem sehr geringen Anteil von Spezialstählen. Wir hoffen, mit Hilfe von Gemeinschaftsprojekten in der Buntmetallverarbeitung zu Edelstahl neuartige Güter produzieren zu können. Natürlich sollte eine solche Zusammenarbeit langfristig angelegt

sein, eine plötzliche Ausweitung groben Maßstabs birgt Schwierigkeiten. Wie würden Sie die gegenwärtigen Beziehungen Chinas zu den USA und zur Sowjetunion beurteilen? Wo sehen Sie die Schwerpunkte Chinas hinsichtlich der internationalen Friedens- und Abrüstungspolitik?
Hu Yaobang: Vor kurzem habe ich mit Brzezinski ein fünfständiges Gespräch geführt. Die chinesisch-amerikanischen Beziehungen befinden sich im großen und ganzen im Gleichgewicht, beide Seiten verhalten sich relativ behutsam. Reagan ist nun seit sechs Jahren Präsident der USA. Zu Beginn seiner Amtszeit war seine Politik gegenüber China nicht besonders gut, er hat seine Ansichten später geändert. Im Zuge der freundschaftlichen chinesisch-amerikanischen Beziehungen in den vergangenen Jahren haben gewisse Aspekte eine positive Entwicklung genommen mit zum Teil erfreulichen Ergebnissen. Wie ich Brzezinski gesagt habe, hoffen wir auf eine lange Periode der Freundschaft. Zwei Probleme allerdings beunruhigen uns: Zum einen die Taiwan-Frage, in der die Amerikaner; Anm. d. Red.) keine ausgeklärte Politik machen; zum anderen können wir einige Punkte ihrer Außenpolitik nicht billigen. In einigen Fällen handeln sie ausgesprochen unpopulär, so daß wir uns gezwungen sehen, unseren Standpunkt deutlich zu machen. Zum Beispiel empfinden wir die Politik der USA gegenüber der koreanischen Halbinsel als bedauerlich und sehr problematisch. Wir haben ihnen gegenüber keinerlei unzulässige Absichten; wir denken nicht daran, Amerika etwa kommunistisch zu machen. Die Devisen sollte sein: Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen. Wir wünschen ihnen Wohlstand und Glück.
Die beiden großen Probleme habe ich genannt, alle anderen sind zweitrangig. Beispielsweise gibt es Stimmen, die einen Abbau des Technologietransfers fordern - was uns nicht eben erfreut. Technologietransfer ist eine Form des Austauschs, die freilich nicht erzwungen werden kann. Wird sie uns angeboten, freuen wir uns natürlich darüber.

Hu über Geld: Manche verdienen so viel wie Reagan
Wie soll die künftige Entwicklung der Individual- und Privatwirtschaft aussehen? Wie sehen Sie die Zukunft der Anstellung von Arbeitskräften in diesem Bereich? Ist das „Modell Wenzhou“ mit über 50 Prozent Individual- und Privatwirtschaft das Vorbild für Chinas künftige Entwicklung in dieser Hinsicht?
Hu Yaobang: Individualwirtschaft stellt für die sozialistische Wirtschaft eine absolut unerhebliche Ergänzung dar, mit vielen positiven Auswirkungen auf die staatliche Wirtschaft ebenso wie auf die Lebensqualität der Menschen. Für einen beträchtlichen Zeitraum werden wir nicht darauf verzichten können. Der Anteil der kleinen Privatbetriebe ist nicht groß, das Investitionskapital noch geringer. Im kommenden Zeitraum wird hier möglicherweise ein Zuwachs erfolgen, aber auf keinen Fall wird die Privatwirtschaft die Kollektivwirtschaft überholen oder gar die staatsigene Wirtschaft.
In manchen Fällen wird innerhalb eines Jahres ein Reineinkommen von mehr als 300 000 Yuan erzielt. Das entspricht in etwa dem Gehalt des amerikanischen Präsidenten. Derartige Leute gibt es bisher natürlich noch sehr wenige, kaum mehr als eine Handvoll. Wesentlich überdurchschnittliche Einkommen sind jedoch problematisch, und so müssen Mittel und Wege gefunden werden. Eine einzelne Maßnahme genügt dabei nicht. Unter anderem wäre da eine Erhöhung der Besteuerung zu denken. Dem Konsum sind gewisse Grenzen gesetzt, er sollte ein bestimmtes Verhältnis nicht übersteigen, um den Weg des Kapitals in die Expansion der Produktion zu sichern. Einigen Privatbetrieben hatte die Regierung mit Krediten zu Vorzugsbedingungen

Hu über Moskau: Kein Zurück zu den 50er Jahren
Zu den chinesisch-sowjetischen Beziehungen hat sich vor einigen Tagen Außenminister Wu geäußert. Wahrscheinlich sprach er an die Adresse der ganzen Welt gerichtet, daß wir hoffen, daß es ihnen gut geht. Daß Staat und Volk der Sowjetunion Glück und Prosperität beschieden sein mögen. Zweitens hoffen wir auf gute Nachbarschaft. China und die Sowjetunion haben eine 7300 Kilometer lange gemeinsame Grenze - die längste der Erde. Unsere dritte Hoffnung liegt in einer Normalisierung der Beziehungen.
An Problemen haben wir die drei großen Hindernisse, die keine „normalen“ Probleme sind, sondern die Sicherheit unseres Landes berühren. Wir hoffen, daß die Sowjetunion tatkräftig daran gehen wird, Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hindernisse zu ergreifen, insbesondere in der Kambojscha-Frage. Es handelt sich um fremdes Territorium - man soll nicht andere Länder annektieren.
Hu Yaobang: Westdeutschland verfügt über eine entwickelte Wirtschaft, ist hochtechnologisiert und arbeitet gewissenhaft. Weltwirtschaftlich gesehen steht es auf Platz vier hinter den USA, Japan und der Sowjetunion. Wir sind über die Bundesrepublik relativ gut informiert und hoffen, daß sie ihrerseits dazu beiträgt, die Dritte Welt in Fragen der Entwicklung zu unterstützen und die Beziehungen zu Osteuropa zu verbessern. Zwischen der DDR und der Bundesrepublik sollte kein Antagonismus bestehen - den Schaden hätte in erster Linie ihr. Man sollte den jeweils anderen respektieren; Gesellschaftssysteme sind historisch entstanden, von den Völkern gewählt. Trachtet man nicht danach, das System des anderen zu verändern, respektiert man die Auffassung des anderen, läßt sich jedes freundschaftlich regeln. Ihr seid ein Volk und solltet in Freundschaft miteinander auskommen.
Dr. Thomas Heberer, der dieses Gespräch mit Hu Yaobang führte, ist Bundesvorsitzender der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft

Aussichtsreicher Anwärter auf die Nachfolge Dengs

Die Karriere von Hu Yaobang ist eng mit jener von Deng Xiaoping, dem „starken Mann“ Chinas, verknüpft. Über drei Jahrzehnte lang arbeitete der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und damit nominell ranghöchste Parteiführer mit Deng zusammen, der heute, obwohl er die höchsten Ämter abtrug, weiterhin der unbestrittene Führer des Landes ist.
Ebenso klein in der Statur, unterscheidet sich der 71jährige von dem mehr eckig und gedungen wirkenden Deng durch seine südlich-lebhaften Bewegungen, eine sehr unchinesische Eigenschaft, die ihn in den Augen seiner Landsleute ein wenig befremdlich erscheinen läßt.
1915 in Lüyang (Provinz Hu-

nan) geboren, trat Hu schon im Alter von 15 in die Kommunistische Jugendliga ein, in der er drei Jahre später erste Führungsaufgaben übernahm. Sein Vertrauensverhältnis zu Deng entstand während des Bürgerkriegs, als Hu zum Direktor der Politabteilung jener Armee-Einheit aufstieg, der auch Deng als Politkommissar angehörte. Nach der Gründung der Volksrepublik 1949 bekleideten Hu und Deng in Südwestchina hohe Parteiposten, um dann 1952 gemeinsam nach Peking berufen zu werden. Während Deng unaufhaltsam in die obersten Ränge von Regierung und Partei vorstieß, übernahm Hu die Jugendorganisation der KPCh. 1956 wurde er mit 41 Jahren als jüngstes Mitglied ins ZK berufen.
1964 trennten sich die Wege von Deng und Hu, als dieser in Shandao das Amt des 1. Parteisekretärs übernahm. In der Kulturrevolution teilte er jedoch wieder das Schicksal seines Mentors: Als „Anti-Partei-Elemente“ wurden beide in den politischen Abgrund gestoßen.
1973 wurde Deng von Ministerpräsident Zhou Enlai aus dem Amt entlassen. Er übernahm seinen langjährigen Vertrauten Hu Yaobang als engen Mitarbeiter zu sich und übertrug ihm die Aufgabe, die Milieus im Bildungswesen und der Wissenschaft aufzudecken.
Tatenlos mußte Hu mit ansehen, wie Deng Xiaoping 1976 erneut in Acht und Bann getan wurde. Als jedoch nach dem Tode Mao Zedongs und der Ausschaltung der „Vierbande“

Hu über Moskau: Kein Zurück zu den 50er Jahren
Zu den chinesisch-sowjetischen Beziehungen hat sich vor einigen Tagen Außenminister Wu geäußert. Wahrscheinlich sprach er an die Adresse der ganzen Welt gerichtet, daß wir hoffen, daß es ihnen gut geht. Daß Staat und Volk der Sowjetunion Glück und Prosperität beschieden sein mögen. Zweitens hoffen wir auf gute Nachbarschaft. China und die Sowjetunion haben eine 7300 Kilometer lange gemeinsame Grenze - die längste der Erde. Unsere dritte Hoffnung liegt in einer Normalisierung der Beziehungen.
An Problemen haben wir die drei großen Hindernisse, die keine „normalen“ Probleme sind, sondern die Sicherheit unseres Landes berühren. Wir hoffen, daß die Sowjetunion tatkräftig daran gehen wird, Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hindernisse zu ergreifen, insbesondere in der Kambojscha-Frage. Es handelt sich um fremdes Territorium - man soll nicht andere Länder annektieren.
Hu Yaobang: Westdeutschland verfügt über eine entwickelte Wirtschaft, ist hochtechnologisiert und arbeitet gewissenhaft. Weltwirtschaftlich gesehen steht es auf Platz vier hinter den USA, Japan und der Sowjetunion. Wir sind über die Bundesrepublik relativ gut informiert und hoffen, daß sie ihrerseits dazu beiträgt, die Dritte Welt in Fragen der Entwicklung zu unterstützen und die Beziehungen zu Osteuropa zu verbessern. Zwischen der DDR und der Bundesrepublik sollte kein Antagonismus bestehen - den Schaden hätte in erster Linie ihr. Man sollte den jeweils anderen respektieren; Gesellschaftssysteme sind historisch entstanden, von den Völkern gewählt. Trachtet man nicht danach, das System des anderen zu verändern, respektiert man die Auffassung des anderen, läßt sich jedes freundschaftlich regeln. Ihr seid ein Volk und solltet in Freundschaft miteinander auskommen.
Dr. Thomas Heberer, der dieses Gespräch mit Hu Yaobang führte, ist Bundesvorsitzender der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft

Hu über Moskau: Kein Zurück zu den 50er Jahren
Zu den chinesisch-sowjetischen Beziehungen hat sich vor einigen Tagen Außenminister Wu geäußert. Wahrscheinlich sprach er an die Adresse der ganzen Welt gerichtet, daß wir hoffen, daß es ihnen gut geht. Daß Staat und Volk der Sowjetunion Glück und Prosperität beschieden sein mögen. Zweitens hoffen wir auf gute Nachbarschaft. China und die Sowjetunion haben eine 7300 Kilometer lange gemeinsame Grenze - die längste der Erde. Unsere dritte Hoffnung liegt in einer Normalisierung der Beziehungen.
An Problemen haben wir die drei großen Hindernisse, die keine „normalen“ Probleme sind, sondern die Sicherheit unseres Landes berühren. Wir hoffen, daß die Sowjetunion tatkräftig daran gehen wird, Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hindernisse zu ergreifen, insbesondere in der Kambojscha-Frage. Es handelt sich um fremdes Territorium - man soll nicht andere Länder annektieren.
Hu Yaobang: Westdeutschland verfügt über eine entwickelte Wirtschaft, ist hochtechnologisiert und arbeitet gewissenhaft. Weltwirtschaftlich gesehen steht es auf Platz vier hinter den USA, Japan und der Sowjetunion. Wir sind über die Bundesrepublik relativ gut informiert und hoffen, daß sie ihrerseits dazu beiträgt, die Dritte Welt in Fragen der Entwicklung zu unterstützen und die Beziehungen zu Osteuropa zu verbessern. Zwischen der DDR und der Bundesrepublik sollte kein Antagonismus bestehen - den Schaden hätte in erster Linie ihr. Man sollte den jeweils anderen respektieren; Gesellschaftssysteme sind historisch entstanden, von den Völkern gewählt. Trachtet man nicht danach, das System des anderen zu verändern, respektiert man die Auffassung des anderen, läßt sich jedes freundschaftlich regeln. Ihr seid ein Volk und solltet in Freundschaft miteinander auskommen.
Dr. Thomas Heberer, der dieses Gespräch mit Hu Yaobang führte, ist Bundesvorsitzender der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft



Die Nähe zum Volk muß, als Prinzip der Politik, von Zeit zu Zeit im Alltag vorwirlidicht werden: Hu 1982 als Straßenkehrer

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Basler Gefahrenpotential

„Schon 1981 wurde Sandoz über Sicherheitsmängel informiert“; WELT vom 12. November

An der Dreiländerecke Basels konzentrieren sich auf engstem Raum Weltfirmen einer einzigen Branche: Ciba-Geigy, Sandoz und Hoffmann-La Roche.

Das damit verbundene Gefahrenpotential ist der Basler Bevölkerung nicht nur seit Generationen bewußt, sondern sie hat auch längst gelernt, damit umzugehen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, neben den Vorteilen dieser einzigartigen Wirtschaftsstruktur auch die damit unvermeidlicherweise verbundenen Nachteile in Kauf zu nehmen.

So ist es denn auch zu verstehen, daß die äußerst unruhliche internationale Odyssee der Dioxin-Fässer aus Seveso ohne Widerstand der Basler Bevölkerung aufgrund behördlicher Anordnung in Basel ihr Ende gefunden hat. Voraussetzung dazu war allerdings die Gewißheit, über das technische Know-how sowie die Sicherheit zu verfügen, daß diese Giftquellen gefahrlos beseitigt werden können.

Es ist deshalb auch zu verstehen, daß in der Region Basel der Widerstand gegen ein schweizerisches Kernkraftwerk in unmittelbarer Nähe am Rhein besonders stark ist, weil die hiesige Bevölkerung mit der Chemie schon genügend belastet ist.

Im Lauf der Jahrzehnte sind die hauptsächlichsten Produktionsstätten der Basler Chemie aus der Rheinstadt verschwunden. Mit der Forschung ist aber ein Zweig der chemischen Industrie noch immer in Basel beheimatet, welcher ein Restrisiko an Gefahren mit sich bringt.

Der außerhalb des baselstädtischen Einflussesbereichs geschehene Großbrand vom 1. November hat allerdings mit einem erheblichen Restrisiko nichts mehr zu tun. Eine derartige Umweltkatastrophe darf sich ganz einfach nicht mehr wiederholen. Die Betroffenheit in der Bevölkerung der ganzen Region ist zu groß, um nicht zu weitgehenden Konsequenzen zu führen.

Zwar ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu früh, um vor dem Vorliegen genauerer Untersuchungsergebnisse bereits abschlie-

sende Maßnahmen zu ergreifen. Die notwendigen Sofortmaßnahmen sind selbstverständlich eingeleitet. Mit hektischer Betriebsamkeit und pausenloser Konferenztätigkeit allein wird jedoch nicht mehr Sicherheit erreicht.

Gewiß ist jedoch jetzt schon, daß im Raum Basel von der Bevölkerungsmehrheit kein Kreuzzug gegen die Chemie und schon gar kein „Ausstieg“ gepöbelt wird, sondern daß die



Karl Schnyder

verantwortlichen und zuständigen Behörden zusammen mit den Chemiefirmen mit Bezug auf den vorbeugenden Brandschutz, die Lagerung giftiger Chemikalien sowie die entsprechenden Informationen darüber, einschneidende Maßnahmen ergreifen werden, um die Wiederholung eines derartigen Ereignisses tatsächlich auszuschließen. Nur so wird im übrigen die Basler Bevölkerung auch weiterhin ihre Chemie tragen und ertragen.

Karl Schnyder, Mitglied der baselstädtischen Kantonsregierung, Demokratisch Soziale Partei, Vorsteher des Polizei- und Militärdepartements, Basel

Wort des Tages

99 Der Staat ist keine Kuh, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken wird. 99

Franz Etsel, deutscher Politiker (1902-1970)

Mit Aufruhr

„Die Vermummten kommen mit Feuer und Flamme“; WELT vom 10. November

Unsere Obrigkeit sollte ein Einreiseverbot für „Zukunftsforscher“ Jungk aussprechen. Haben wir es nötig, uns in dieser gemeinen Art und Weise beschimpfen zu lassen? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dieser Mensch durch Demonstrationen und Sitzblockaden geistig schwer gelitten hat. Er gehört hinter Schloß und Riegel.

U. Horstmann, Göttingen

Wann wird endlich das Demonstrationsstrafrecht verschärft? Wo befinden wir uns eigentlich, und was müssen wir uns noch alles von diesem nichtsinnigen Gesindel gefallen lassen?

Professor Jungk sollte für seine Äußerungen des Landes verwiesen werden und ein für allemal deutschen Boden nicht mehr betreten dürfen. Weshalb hat die Polizei ihn nicht an Ort und Stelle festgenommen, ebenso die vermummten Gestalten, die wie im Rausch alles kurz und klein geschlagen haben?

Greift unsere Regierung nicht bald zu schärferen Maßnahmen, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis Bürgerwehren gebildet werden, und was dann passiert, kann sich jeder an seinen fünf Fingern abzählen.

Hochachtungsvoll Gina Pfeiffer, Göttingen

Zug um Zug

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Bundestagsdebatte am 6. 11. 1986 sprach der CSU-Abgeordnete Klein aus München das Völkerrecht an. Dabei erwähnte er auch die besonders schlechte Behandlung der Deutschen in Rußland und in Polen, die einen Ausreisearbeit gestellt hätten. Zu ändern sei dies schon, wenn den im Osten lebenden Deutschen die Nationalität anerkannt würde.

Ich bin der Auffassung, daß im Fall der Anerkennung der Nationalität viele Deutsche in ihrer Heimat bleiben würden. In der Schweiz leben doch auch vier Nationalitäten miteinander.

Wahrscheinlich würde diese Forderung schnell erfüllt, wenn den Polen keine D-Mark gegeben würde, ehe

diese Forderung erfüllt ist. Unverständlich bleibt mir, daß keine der bisherigen Regierungen diese Forderung bisher angesprochen hat, den Polen aber D-Mark in Millionen-Höhe gewährt haben.

Dr. Karl-Rudolf Jacobi, Mari

Nicht im Griff

„Piloten stellen dem Airbus ein gutes Zeugnis aus“; WELT vom 7. November

Die Flugstrecke Manila-Bangkok-Osaka, bekannt als Waffenroute, wird wahrscheinlich auch weiterhin auf lange Sicht von japanischen Gangstersyndikaten als Waffenschmuggelroute genutzt werden können, da die Korruption trotz Regierungswechsel auf den Philippinen nicht in den Griff zu bekommen ist.

Im Manila-Airport fällt auf, daß die Flughafenpolizei keine Waffen trägt. Ein Beamter - nach dem Grund befragt - antwortete: „Manila-Airport ist ein sicherer Flughafen. Die Kontrollen sind so gut (nur Fluggäste dürfen das Gelände betreten und keine Besucher), daß wir innerhalb des Gebäudes keine Waffen mehr benötigen.“

Eine Messingplakette des Polizisten zog meinen Blick auf sich. Sofort kam die Frage des Beamten, ob ich interessiert wäre, für 100 Peso die Plakette zu kaufen.

Solange die Korruption nicht zu stoppen ist, werden die Gangstersyndikate diese Situation zu nutzen wissen, da das Monatseinkommen der Filipinos in keiner Relation zu den Lebenskosten steht.

Mit freundlichen Grüßen R. Herrmann, Mülheim/Ruhr

Beliebt?

„Maucher Aschenbrot ist wohl besser als viele raumpollerter Bier“; WELT vom 28. Oktober

Sie berichten über eine Gießener Studie, den Beliebtheitsgrad bundesdeutscher Universitäten betreffend. Zu den neun beliebtesten Hochschulen gehört demnach auch die FU Berlin, was mich - nach einem Blick auf die daneben abgedruckte Spalte „Studienplatz-Tausch“ sehr erstaunte, denn von 114 tauschwilligen Studenten beabsichtigen 33 die FU Berlin zu verlassen, und das sind fast 29 Prozent der Angebote.

In Ihrer Tauschbörse vom 4. November lag das Verhältnis ähnlich hoch.

Ingeborg Häusler, Fuldatal 2

Personen

STIPENDIUM

Das Märkische Stipendium für Musik 1987 erhält der 25jährige Gitarrist Jürgen Ruck aus Freiburg im Breisgau. Dies teilte die Geschäftsstelle der Märkischen Kulturkonferenz mit, die alljährlich das Stipendium für die Bereiche bildende Kunst, Musik und Literatur vergibt. Die in jeder Sparte mit 24 000 Mark prämierte Auszeichnung gehört zu den höchstdotierten Stipendien in der Bundesrepublik Deutschland. Jürgen Ruck hatte bereits den ersten Platz beim Deutschen Musikwettbewerb in Bonn errungen.

EHRUNGEN

Für seine Verdienste um die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen ist dem Vorsitzenden des Auswärtigen Amtes, Hans Dietrich Genscher, die Bonifatius-Plakette der Deutschen Bischofskonferenz verliehen worden. Sowa, der als Jugendlicher vier Jahre Lagerinsasse war, hatte sich schon bald nach Kriegsende zur Zusammenarbeit mit dem Freiburger Maximilian-Kolbe-Werk, einer katholischen Einrichtung zur Unterstützung überlebender KZ-Häftlinge, bereitgefunden und so eine Brücke zwischen den Katholiken in der Bundesrepublik Deutschland und Polen geschlagen. Freiburgs Erzbischof Oskar Saier, der die seltene Auszeichnung dieser Tage im Namen von Kardinal Hoffner überreichte, sagte in seiner Laudatio, daß Kazimierz Sowa durch sein unermüdetes Versöhnungswerk zu einem „lebendigen Evangelium“ geworden sei.

Drei Musikwissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum ist in Rom die Ehrendoktorwürde des Päpstlichen Instituts für Kirchenmusik verliehen worden. Die Auszeichnungen erhielten Professor Dr. Joseph Kuckertz, Vorsitzender der wissenschaftlichen Kommission des „Internationalen Instituts für Hymnologische und Musikethnologische Forschungen“ in Maria Laach, Professor Dr. Max Lütolf, Universität Zürich, und Professor Dr. Josef Friedrich Doppelbauer, Vizedirektor des Salzburger Mozarteums. Die drei Wissenschaftler, alle Mitarbeiter des Maria Laacher Instituts, wur-

den für ihre Forschungsarbeit auf dem Gebiet der liturgischen und religiösen Musik mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet.

GEBURTSTAG

Für die älteren Theaterbesucher war und ist sie „die Frau von Heinrich George“, viele jüngere Menschen kennen sie aber nur als „die Mutter von Schimanski“. Die Schauspielerin Berta Drews, die eigentlich doch immer unverwechselbar „die Drews“ blieb, feiert am Mittwoch ihren 85. Geburtstag, außerhalb von Berlin. „Den Trübel hal-



Berta Drews

te ich nicht aus“, sagt die „Doyenne der Berliner Staatsbühnen“, wie sie sich selber nennt. Die 1901 in Berlin geborene Berta Drews wuchs in Stettin und Posen auf. Sie ging an die Schauspielschule von Max Reinhardt in Berlin, spielte bei Otto Falckenberg an den Kammerspielen München und trat 1931 in das Ensemble der Berliner Volksbühne ein, wo sie als Partnerin von Hans Albers in Franz Molnars „Liliom“ einen vielbeachteten Erfolg erzielte. Am Berliner Staatstheater am Gendarmenmarkt spielte sie die Adelhaid in Goethes „Götz von Berlichingen“ und begegnete dabei dem Mann, den sie 1932 heiratete und der ihr „zweites Leben“ prägen sollte: der „geniale Feuerkopf“ Heinrich George, der 1938 Intendant des Berliner Schiller-Theaters wurde. George starb 1946 im sowjetischen Konzentrationslager Sachsenhausen. Nach dem Krieg begann ihr „drittes Leben“, wie sie es selber sieht, in der inzwischen legendären Ära unter Boleslaw Barlog, später auch unter Karl Heinz Stroux, Hans Lietzau bis zu Boy Gobert und Her-

bert Sasse. Die Ausdruckspalette der Schauspielerin reicht von derb-komischen über boshafte bis zu herzlich-menschlichen Rollen.

KIRCHE

Zum neuen Vorsitzenden der amerikanischen Bischofskonferenz ist der 64jährige Bischof von Saint-Louis, John May, bisher Vizepräsident des Episkopats, gewählt worden. Zu seinem Stellvertreter wurde der Bischof von Cincinnati, Daniel Pitarz, gewählt.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. Hans-Jürgen Sonnenberger von der Universität Augsburg ist auf den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsgeschichte in der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München berufen worden. Er tritt die Nachfolge von Professor Dr. Erik Jayme an, der vor einiger Zeit an die Universität Heidelberg berufen worden ist.

GESTORBEN

Johannes Linthorst Homan, Mitglied des Dreimännergremiums, das 1940 nach dem Einmarsch der Deutschen die zunächst kooperationswillige „Niederländische Unie“ gründete, ist im Alter von 83 Jahren in Rom gestorben. Die „Niederländische Unie“ war stark umstritten, weil sie die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht glaubte. Dennoch hatte sie starken Zulauf, da viele Niederländer in ihr eine gute Alternative zur „National-Sozialistische Bewegung“ (NSB) von Adrian Mussert sahen. Zeitweilig hatte die „Unie“ 400 000 Mitglieder. Linthorst Homan, der sich nach dem Krieg als „europäischen Optimisten“ bezeichnete, war von den Deutschen nach kurzer Zeit desillusioniert. Er bot im August 1940 seine Demission an. Die „Unie“ mußte sich im Dezember 1941 auflösen, als sie sich weigerte, die Deutschen gegen die Sowjetunion zu unterstützen. Linthorst Homan war nach dem Krieg niederländischer Delegierter bei EG und Euratom in Brüssel und Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Die Steinkohle zum Thema „Arbeitsplätze“

17.000 unserer Jugendlichen denken nur an Kohlen.

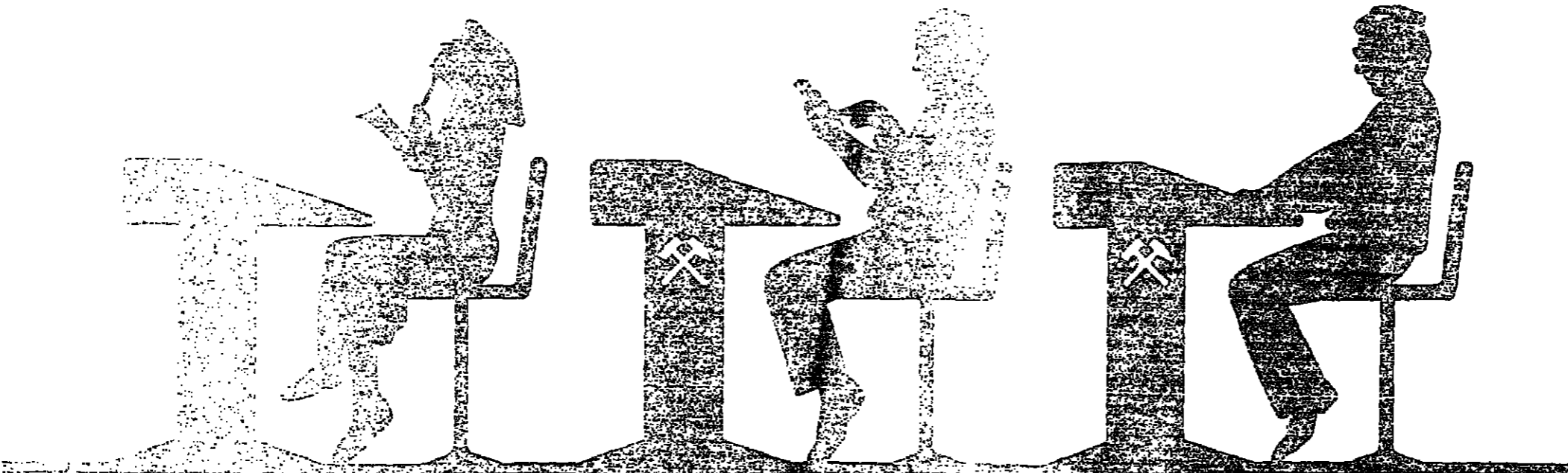
Die Steinkohle macht Schule. Der deutsche Steinkohlenbergbau gibt rund 17.000 Jugendlichen die Chance, eine fundierte Ausbildung zu bekommen.

In bergmännischen, technischen und kaufmännischen Berufen. Als Bergmechaniker, Elektroniker oder kaufmännische Angestellte zum Beispiel.

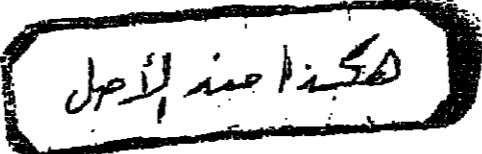
Damit ist der deutsche Steinkohlenbergbau einer der größten industriellen Ausbilder unseres Landes. Aber nicht nur das.

Insgesamt beschäftigt die deutsche Steinkohle rund 180.000 Mitarbeiter. Und sorgt auch in anderen Wirtschaftszweigen für Arbeit: in der Bauwirtschaft, im Maschinenbau und in Gewerbebetrieben. Über eine Million Menschen leben von unserer Kohle.

Wollen Sie mehr wissen, schreiben Sie bitte an: „Die Steinkohle“, Glückauf-Haus, 4300 Essen.

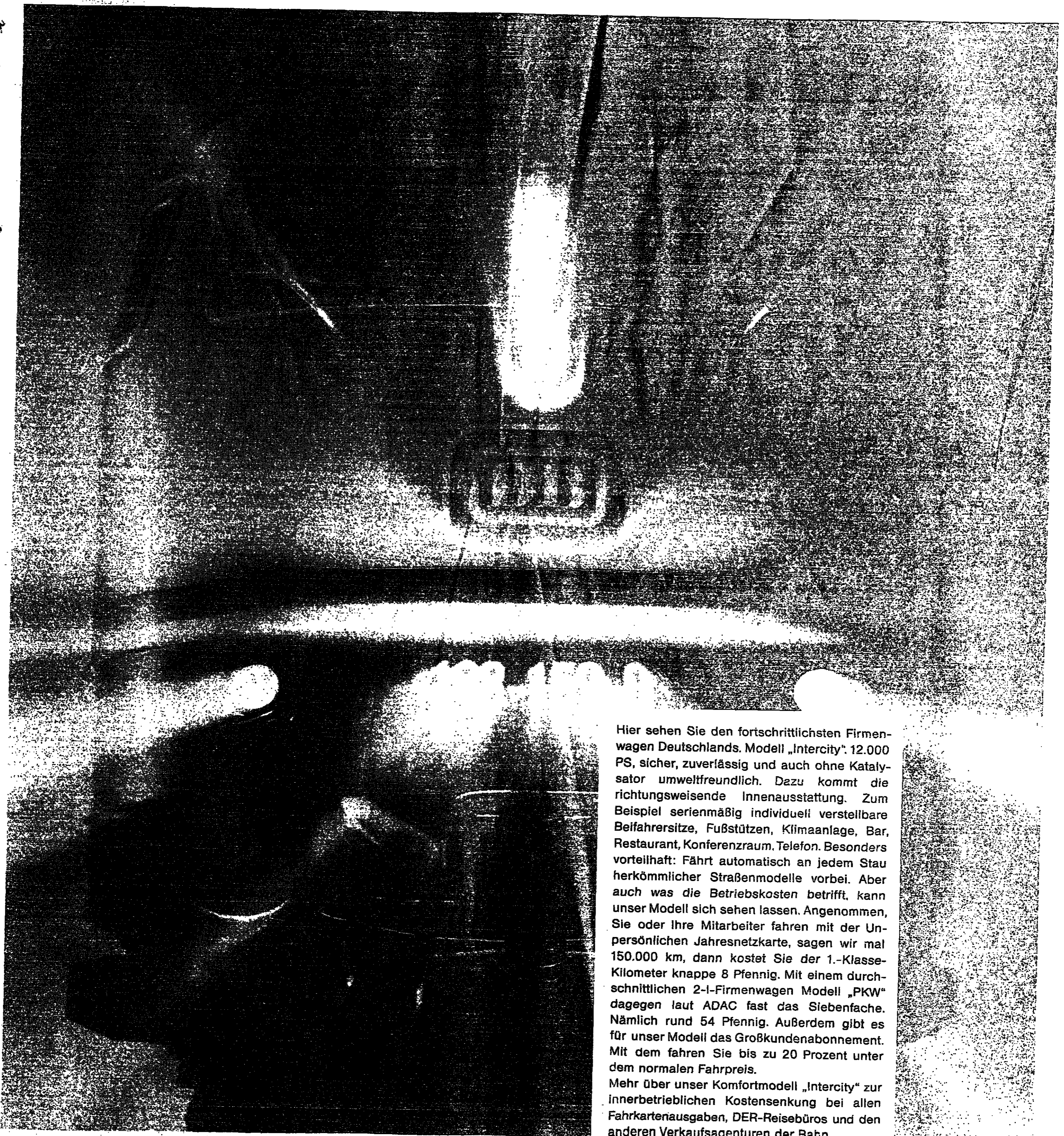


Unsere Kohle. Ein Vorbild an Energie.



Die neue Bahn

Bleifrei, abgasfrei, wartungs- frei, staufrei, streßfrei.



Hier sehen Sie den fortschrittlichsten Firmenwagen Deutschlands. Modell „Intercity“. 12.000 PS, sicher, zuverlässig und auch ohne Katalysator umweltfreundlich. Dazu kommt die richtungweisende Innenausstattung. Zum Beispiel serienmäßig individuell verstellbare Beifahrersitze, Fußstützen, Klimaanlage, Bar, Restaurant, Konferenzraum, Telefon. Besonders vorteilhaft: Fährt automatisch an jedem Stau herkömmlicher Straßenmodelle vorbei. Aber auch was die Betriebskosten betrifft, kann unser Modell sich sehen lassen. Angenommen, Sie oder Ihre Mitarbeiter fahren mit der Unpersönlichen Jahresnetzkarte, sagen wir mal 150.000 km, dann kostet Sie der 1.-Klasse-Kilometer knappe 8 Pfennig. Mit einem durchschnittlichen 2-l-Firmenwagen Modell „PKW“ dagegen laut ADAC fast das Siebenfache. Nämlich rund 54 Pfennig. Außerdem gibt es für unser Modell das Großkundenabonnement. Mit dem fahren Sie bis zu 20 Prozent unter dem normalen Fahrpreis.

Mehr über unser Komfortmodell „Intercity“ zur innerbetrieblichen Kostensenkung bei allen Fahrkartenausgaben, DER-Reisebüros und den anderen Verkaufsentagenturen der Bahn.

DB Die Bahn

ere Kohle
orbild
nergie.

Auch von Klitzing gegen Tests von Atomwaffen

AP, Hamburg

Naturwissenschaftler aus West und Ost haben auf einem wissenschaftlichen Friedenskongress in Hamburg Vorschläge zur Abrüstung vorgelegt. Die „Hamburger Abrüstungsvorschläge“ werden von Forschern aus den USA, der Sowjetunion, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie aus anderen Ländern unterstützt. Zu den Unterzeichnern gehört auch der Deutsche Physik-Nobelpreisträger Klaus von Klitzing. Die Wissenschaftler gehen in ihren zehn Thesen davon aus, daß ein Verbot von Atomwaffentests und von Weltraumwaffen sowie einschneidende Verringerungen der Zahl der Atomwaffen mit den vorhandenen technischen Möglichkeiten weltweit überprüft werden können. In informelle Kreise war vermutet worden, daß die DKP eine wichtige Rolle bei der Organisation des Kongresses spielte (WELT v. 14.11.).

London dankt USA für Sanktionen

Frau Thatcher fordert Reagan auf, bei Null-Lösung an Kurzstreckenwaffen zu denken

FRITZ WIRTH, Washington

Drei Stunden lang diskutierten am Samstag Margaret Thatcher und Ronald Reagan zumeist unter vier Augen in Camp David aktuelle Weltprobleme. Als die britische Premierministerin am Nachmittag wieder nach Washington zurückkehrte und sich der Presse stellte, strapazierte sie nicht ein einziges Mal die Formel von den „speziellen Beziehungen“ zwischen beiden Ländern, doch sie signalisierte mit jedem Satz, daß sie zumindest unter diesen beiden Regierungschefs noch inaktiv sind und blühen. Es gab ein hohes Maß an Übereinstimmung und gegenseitiger Unterstützung.

Frau Thatcher weigerte sich, auch nur ein kritisches Wort über die jüngste umstrittene Iran-Initiative Präsident Reagans zu sagen. „Ich habe nichts zu der sehr klaren Fernsehrede des Präsidenten zu diesem Thema hinzuzufügen“, sagte sie. „Ich glaube an die totale Integrität des Präsidenten in dieser Sache.“ Weitere öffent-

che Erörterungen dieses Themas ließ sie nicht zu. Sie stellte lediglich fest: Es ist unsere Politik, keine tödlichen Waffen an den Iran oder Irak zu senden. Im übrigen dankte sie Ronald Reagan für die jüngsten amerikanischen Sanktionsmaßnahmen gegen Syrien, die sie „sehr effektiv“ nannte. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die jüngsten Gipfeltreffen in Reykjavik. Beide Seiten stimmten überein, daß in künftigen Abrüstungsverhandlungen ein Abkommen über Mittelstreckenraketen, eine 50prozentige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen der USA und der Sowjetunion sowie ein Verbot aller chemischen Waffen Priorität gegeben werden sollte.

Es fiel auf, daß in dieser gemeinsamen britisch-amerikanischen Erklärung nicht von der in Reykjavik diskutierten völligen Abschaffung aller ballistischen nuklearen Raketen innerhalb von zehn Jahren die Rede war. Die britische Premierministerin

äußerte sich optimistisch über die Chancen eines Mittelstreckenraketenabkommens und über die Möglichkeit, daß die Sowjets zumindest in diesem Bereich ihre SDI-Vorhaben fallen lassen. Sie sprach sich dabei für die in diesem Bereich in Island vorgeschlagene europäische Null-Lösung aus, betonte jedoch zugleich, daß das Problem des sowjetischen Übergewichts an nuklearen Kurzstreckenwaffen und an konventionellen Waffen gelöst werden müsse. Auf fallend war, wie häufig und nachdrücklich Frau Thatcher in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Verifizierbarkeit dieses Abkommens betonte.

Die britische Premierministerin überbrachte Reagan zugleich eine Botschaft Generalsekretärs Gorbatschow, die ihr am Donnerstag über den sowjetischen Botschafter in London zugegangen war. Sie enthielt lediglich, daß diese Botschaft Gorbatschows Standpunkt zu den Gesprächen in Reykjavik darstelle.

USA: Syrien an 46 Anschlägen beteiligt

rrt, Washington

An 46 Terroranschlägen, die während der vergangenen drei Jahre verübt wurden, hat es nach Darstellung des amerikanischen Außenministeriums Verbindungen zu Syrien gegeben. Eine jetzt veröffentlichte Aufstellung belegt die syrische Verwicklung in Anschläge und die Unterstützung von Terroristen. Bis 1983 seien syrische Stellen direkt in terroristische Aktionen, die sich meistens gegen andere arabische Staaten richteten, verwickelt gewesen. Ende 1983 habe die Regierung in Damaskus dann entschieden, keine eigenen Leute mehr für diese Operationen einzusetzen, sondern sich auf nichtsyrische Terrorgruppen zu stützen. Es gebe Beweise dafür, daß Syrien seitdem in der Regel Terroristen unterstütze, deren Vorgehen im Interesse Syriens liege. Es gebe aber auch weiterhin die Bereitschaft zur direkten Beteiligung an Anschlägen.

Irans Botschafter stellt sich auf die Seite Reagans

Kongress ist entschlossen, die Teheran-Affäre heiß zu halten

wth, Washington

Angesichts der zum Teil scharfen Kritik, auf die die Iran-Initiative Präsident Reagans vor allem im Senat und in den Medien gestoßen ist, haben leitende Beamte des Weißen Hauses Tagen eine Publicity-Kampagne gestartet: Nach 18monatigem Schweigen sollen die Hintergründe und die Motive der diplomatischen Annäherung an den Iran aufgeföhrt werden. Dabei wies Donald Regan, der Stabschef des Weißen Hauses, vor allem auf den starken psychischen Druck hin, dem der Präsident in den vergangenen Monaten ausgesetzt war. „Da sind die Angehörigen der Geiseln, die uns anflehen, ihr müßt etwas tun, da sind Vorwürfe, in der Öffentlichkeit wir seien gefühllos. Doch wenn wir etwas tun, wird uns Menschenhandel vorgeworfen. Dieser Präsident aber ist ein Mann des Mitgeföhls. Es verging fast keine Morgenkonferenz, die er nicht mit der Frage nach dem Schicksal der Geiseln begann“, erklärte Regan.

Zu den Verteidigern des Präsidenten in dieser Affäre gehören außer der britischen Premierministerin Thatcher und dem israelischen Außenminister Peres, der auf das große moralische Dilemma Ronald Reagans in diesem Konflikt hinwies, auch der iranische UN-Botschafter Chorassani, der von einem Wendepunkt der amerikanischen Iran-Politik sprach, „die nunmehr die strategische Macht und kulturelle Identität der islamischen Republik anerkennt“. Diese Äußerung wurde jedoch inzwischen durch den iranischen Präsidenten Ali Khamenei deutlich abgeschwächt, der

sagte, daß es keine Kompromisse mit den USA gebe, solange sie nicht „ihre aggressive Politik im Nahen Osten einstelle“.

Die Kritik an der Iran-Aktion des Präsidenten kommt vor allem aus jenen Kreisen, die von den Informationen des Weißen Hauses ausgeschlossen waren. Dazu gehören vor allem führende Politiker, die sich übergangen fühlen. So forderte der demokratische Senator Moynihan wiederholt den Rücktritt des Sicherheitsberaters Admiral Poindexter. Der Kongress ist im übrigen offenbar entschlossen, durch Anhörungen im Senat und Repräsentantenhaus die Affäre heiß zu halten.

Inzwischen hat der ehemalige Sicherheitsberater McFarlane, der in dieser Affäre eine Schlüsselrolle spielte, einige der wildsten Gerüchte zurückgewiesen, wonach er mit einem gefälschten Paß und mit einer Bibel und einem Kuchen als Gastgeschenk nach Teheran geflogen sei. „Wir wurden von den Iranern in Teheran mit normalem und üblichem Protokoll empfangen“, erklärte McFarlane. Er habe seine iranischen Gesprächspartner vor allem auf die Verwundbarkeit Irans durch die Sowjetunion hingewiesen.

Es schält sich immer deutlicher heraus, daß weder die CIA noch die Stabschefs im Pentagon in die Iran-Initiative eingeweiht und daß Verteidigungsminister Weinberger und Außenminister Shultz nur in groben Zügen informiert waren. Beide haben sich in den vergangenen Tagen mit öffentlichen Äußerungen zu dieser Affäre betont zurückgehalten.

Dohnanyi setzt sich durch

Hamburgs SPD gegen Neuwahlen / In Sachfragen mit CDU

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg
Neuwahlen sind in Hamburg für die SPD kein Thema - mit diesem Ergebnis ging der Landesvorstand nach einer Nachsitzung auseinander. „Wir waren alle der Meinung, man könne das Wahlergebnis nicht verwerten und dem Wähler zurückgeben“, sagte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi der WELT. Der Verlierer der Bürgerschaftswahl vom vergangenen Sonntag hat sich bei dem Führungsgremium mit seiner Linie durchgesetzt. Sie lautet: Keine Vereinbarung mit der GAL, aber auch keine Große Koalition. Die Sozialdemokraten streben allerdings eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der CDU in Sachfragen an.

Nach der Bundestagswahl will die SPD der CDU ein Sachprogramm vorlegen. Schwerpunkte sind eine Wirtschaftspolitik, mit der die Arbeitslosigkeit aktiv bekämpft werden soll; eine Politik der Umweltsanierung; der Ausstieg aus der Kernenergie; eine Politik der „inneren Liberalität und Festigkeit“ und eine Politik, die die Gleichstellung der Frau vorantreibt.

Eine Senats-Beteiligung der CDU, die aus der Wahl als stärkste Partei hervorgegangen ist, lehnt die SPD ab. Sie will die Verhandlungen mit dem CDU-Wahlsieger, Hartmut Perschau, zwar „mit Respekt und in Bescheidenheit“ führen, doch Fraktionschef Henning Voscherau stellte auch klar: „Wir wollen aus den Gesprächen mit Herrn Perschau nicht mit dem Kopf unter dem Arm herauskommen.“

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hatte in der zehnstündigen Sitzung seinen Genossen klar gemacht, daß vorrangiges Ziel die Regierungsfähigkeit der Hansestadt sein müsse. „Ich will nicht Reichsverweser einer verwesenen Stadt sein“, sagte der Präsident des Minderheits-Senats. Ob Dohnanyi die Handlungsfähigkeit zurückgewinnt, gilt innerhalb der SPD-Führung als zweifelhaft. Fraktionsvorsitzender Voscherau betonte ausdrücklich, daß die SPD sich auch „die Option der Opposition“ vorbehalte. Gerade diese Aussage dürfte auf dem Sonder-Parteitag Ende November bei den Genossen für Unruhe sorgen.

Stuttgarter Minister unter Beschuß

dpa, Stuttgart
Der baden-württembergische Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) ist jetzt erstmals aus den eigenen Reihen wegen seiner Informationspolitik im Zusammenhang mit der Rheinvergiftung kritisiert worden. Ludger Reddemann, CDU-Abgeordneter im Stuttgarter Landtag und Präsident des südbadischen Bauernverbandes, erklärte, er selbst sei „von vorneherein“ von größeren Schäden informiert gewesen, als sie zunächst von Umweltminister Weiser herausgestellt worden seien.

Denkschrift „Friede mit der UdSSR“?

dpa, Berlin
Eine „seelsorgerliche Wegweisung“ für die Kirchengemeinden zum Thema „Friede mit der Sowjetunion“ will die Regionalsynode West der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg auf der Frühjahrstagung '87 vorbereiten. In den Diskussionen über die geplante Schrift wurde jedoch keine Einigung darüber erzielt, ob von Frieden oder von Versöhnung mit der UdSSR gesprochen werden soll. Die Schrift dient gleichzeitig als Anregung für eine Denkschrift der EKD zu diesem Thema.

„Beim DGB einmischen“

Blüm-Aufruf an Arbeitnehmer / Parallele zu Biedenkopf

UR, Bonn
Nach dem Aufruf des nordrhein-westfälischen CDU-Chefs Kurt Biedenkopf an Arbeitnehmer, die CDU wählen, in die Gewerkschaften einzutreten (WELT v. 28.10.), hat sich nun auch die Bonner Parteispitze der Christdemokraten mit dem Verhältnis zum DGB auseinandergesetzt. Dabei wurde deutlich, daß nach der Bundestagswahl Möglichkeiten einer Klima-Verbesserung und einer Wiederbelebung gemeinsamer Gespräche gesehen werden.

„Wenn der Zustand der Gewerkschaften nicht gefällt, soll eintreten“, sagte Blüm dpa.
Auch Biedenkopf hatte seinem Aufruf an die CDU-Mitglieder eine Analyse über den Zustand des DGB vorangestellt. Der unorthodoxe und in den eigenen Reihen nicht unumstrittene CDU-Vordenker hatte aus der „hausgemachten“ Gefährdung der Einheitsgewerkschaft den Schluß gezogen, Christdemokraten müßten jetzt die Chance wahrnehmen, ihre Vorstellungen in den DGB einzubringen.

So sagte CDU-Chef Helmut Kohl im Südwestfunk, er sei bereit, offiziell mit dem DGB zu reden, wenn der Rauch der Schlacht der Bundestagswahl verzogen sei. Der Kanzler begleitete dieses Signal an den DGB mit einem Bekenntnis zu den Gewerkschaften: Sie hätten wichtige und konstruktive Beiträge zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geleistet.

Die Tatsache, daß Blüm nun den Faden aufgriff, belegt die Einschätzung der IG Bergbau, wonach Biedenkopfs Vorstoß insbesondere auf die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) gerichtet war - nicht zuletzt, um deren Stellenwert innerhalb der Union zu verbessern.
Von scharfen Tönen geprägt war hingegen eine Erklärung von CSU-Chef Franz Josef Strauß: Mit dem Skandal um die Neue Heimat hätten die „verflitzten Genossen“ des DGB und der mit ihm eng verbundenen SPD ihre Glaubwürdigkeit verloren. SPD und DGB bildeten nunmehr eine „ehrenwerte Gesellschaft“.

Liebe Mitbürger,

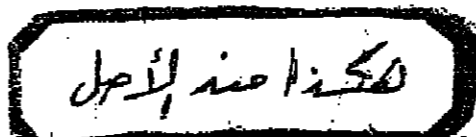
das Unglück in der Schweiz ist ein Rückschlag nicht nur für den Rhein, sondern auch für unsere Bemühungen, das Vertrauen in die Chemie durch unsere steten Umwelleistungen zu stärken. In den letzten zehn Jahren hatte sich die Wasserqualität des Rheins deutlich verbessert.

Wir, die deutsche chemische Industrie, bedauern diesen Unfall und seine Folgen. Wir sind fest entschlossen, auch in Zukunft mit aller Energie daran zu arbeiten, derartige Rückschläge zu vermeiden.

Wir haben in der deutschen Chemie einen hohen Sicherheitsstandard erreicht. Die bisher erzielten Erfolge bestärken uns in unserer Verantwortung für Mensch und Umwelt.

DIE CHEMISCHE INDUSTRIE informiert Sie. (Karlstraße 21, 6000 Frankfurt/Main)

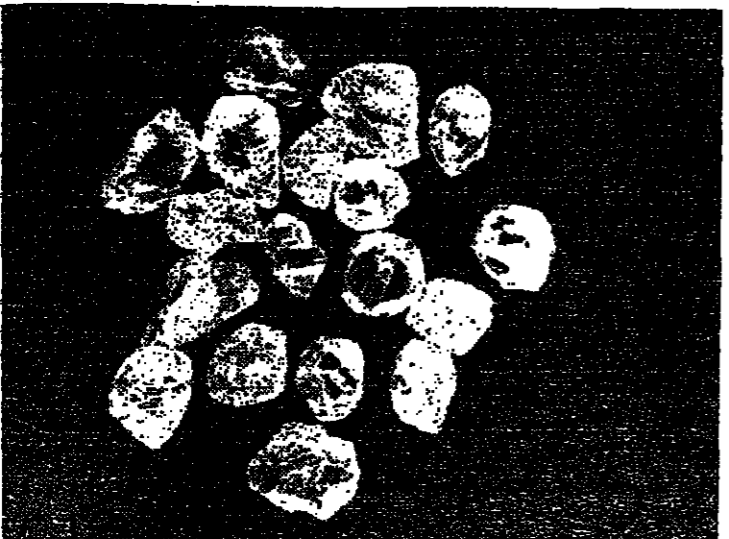
Fordern Sie die Umwelt-Leitlinien der Chemie an. Zum Ortstarif. ☎ 0130-5599



150 Jahre

Montag, 17. November 1986
Nr. 268

WELT DER WIRTSCHAFT



Diamanten aus Südafrika: Nach Aussage von Zac de Beer, einem der geschäftsführenden Direktoren des Industriegiganten Anglo American Corp., eignet sich für diese Edelsteine weder eine Drosselung der Exporte noch die Bildung von Kartellen mit der UdSSR als Mittel gegen Sanktionen. (S. 12)
FOTO: SVEN SIMON

WELTWIRTSCHAFT

Krise: Unbefriedigender Auftragsgang, sinkende Preise, der teure Yen und die Konkurrenz aus Südkorea haben die Lage in der japanischen Wertpapierindustrie 1986 weiter verschlechtert. (S. 12)

Schweiz: Eine Finanzinnovation, mit der erstmals auch Ausländer über Optionen Zugang zu eigenem Aktienmarkt bekommen sollen, findet bei institutionellen und privaten Anlegern großen Anklang. (S. 12)

Outlook: Die Wirtschaft der westlichen Industriestaaten wird nach einem Vorbericht der OECD in diesem Jahr voraussichtlich weniger wachsen als erwartet. (S. 12)

50 Jahre: Diese Frist forderte die Konferenz von 36 Entwicklungsländern in Lima von den Gläubigern als Obergrenze zur Rückzahlung der Schulden.

Ägypten: Der neue Ministerpräsident Ataf Sidki hat für Dezember ein umfassendes Wirtschaftsreformprogramm angekündigt.

Inflation: 4,4 Prozent im Oktober. Dies ist in Kanada die höchste Preissteigerungsrate seit Januar.

USA: Ein steiler Anstieg der Rückstellungen für Kreditverluste hat im dritten Quartal 1986 zu hohen Verlusten bei den amerikanischen Landwirtschaftsbanken geführt.

Konjunktur: Entgegen der Prognose im Herbstgutachten rechnen die deutschen Sparkassen für 1987 mit einem nachlassenden Wachstumstempo.

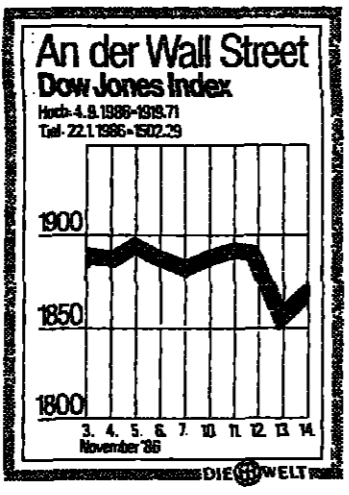
FÜR DEN ANLEGER

Zinsen: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) paßt die Konditionen für ihr KfW/ERP-Exportfinanzierungsprogramm an. Von heute an gilt für neue Bestellkredite (ohne vorherige Reservierung) ein Zinssatz von 6,82 (6,68) Prozent p.a. für verbindliche Reservierungen werden 7,02 (6,88) Prozent verlangt.

Disksatz: Der frühere Finanzminister Hans Apel (SPD) hat die Bundesbank aufgefordert, bei der Zentralbankdiskontsatz am Donnerstag den Disksatz von 3,5 auf 3 Prozent zu senken.

Höchststrafe: Eine Geldstrafe in Höhe von 100 Mill. Dollar wurde jetzt gegen den New Yorker Börsenkaufmann Ivan F. Boesky wegen Insiderhandels verhängt. (S. 12)

Big Bang: Um den Insider-Handel besser bekämpfen zu können, hat der britische Handelsminister Paul Channon überraschend bereits am Wochenende schärfere



UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Bud: Das Aalener Unternehmen stellt jede zweite in der Bundesrepublik verkaufte Schneekette her. (S. 13)

IFC: Auf 34 Mrd. Kubikmeter stieg die Gas-Nachfrage der Kleinverbraucher. Der Absatz an die Industrie nahm um 4 Prozent auf 27 Mrd. Kubikmeter zu.

Bolivia: Mit Kurssteigerungen ihrer Aktien um fast 25 Prozent auf 88,10 hat die holländische Fondsgesellschaft das Geschäftsjahr 1985/86 (31. 8.) abgeschlossen. (S. 13)

Liquidation: Die Transworld Corp. die vor mehreren Jahren ihre Fluglinie Trans World Airlines (TWA) verkauft hat, löst sich auf. (S. 13)

Electronica 86: Mit 121 000 Besuchern aus 67 Ländern verbauchte die Münchener Fachmesse für elektronische Bauelemente und -gruppen einen Zuwachs der Interessenten um acht Prozent.

HDW: Bei der Kieler Werft steht mittlerweile ein Führungswechsel bevor. Daß Michael

Deutsche Werftindustrie erhält großzügige Subventionen aus Bonn

Regierungshilfe für bis zu fünf Containerschiffe und für Bestellungen der Marine

HEINZ HECK, Bonn
Trotz der Einsparungen im Regierungsetat des 87er Bundesetats wird die deutsche Schiffbauindustrie großzügig unterstützt. Dadurch sollen deutschen Werften amerikanische Aufträge für bis zu fünf Containerschiffe gesichert werden. Hinzu kommen Bestellungen der Bundesmarine für das dritte Flottendienstboot und für die Modernisierung von zehn U-Booten. Über die Details der Bonner Subventionen ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Ende Oktober wurde gemeldet, daß die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW), Kiel, bei einem Auftrag der American President Lines (APL) für die Lieferung von drei Containerschiffen nicht zuletzt dank des persönlichen Einsatzes des Kanzlers gut im Rennen liegt. Um die internationale Konkurrenz aus Japan, Südkorea und Taiwan ausstechen zu können, genügt die hochmoderne HDW-Technik („Schiff der Zukunft“) allein nicht.

Für den Auftrag von rund einer Milliarde Mark, der der geschumpften HDW-Belegschaft und den Zulieferanten Auslastung für geraume Zeit sichert (Liefertermin Ende 1988), müssen der Bund und das Land Schleswig-Holstein tief in die Tasche greifen.

Die HDW-Muttergesellschaft, der bundeseigene Salzgitterkonzern, soll für den Ausgleich „zu erwartender Verluste“ bei HDW 112,5 Millionen Mark Bundeszuschüsse erhalten, erläuterte Manfred Carstens (Emstek), haushaltspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, die Beschlüsse Schleswig-Holstein muß ein Drittel der Summe, also 37,5 Millionen, dazu. Weitere 50 Millionen steuert der Verteidigungsminister aus seinem Etat bei. Davon erhält er 20 zusätzlich, die restlichen 30 muß er „aus eigenem Fleisch schneiden“, bemerkte Carstens.

Der Verteidigungsetat wird deshalb in Anspruch genommen, weil die NATO die Schiffe bei Nachschubproblemen in Anspruch nehmen kann. Andererseits, so ist zu hören, versüßen die USA das Geschäft mit der Zusage, bei deutschen Rüstungsaufträgen für 40 Millionen für antilegende Forschungskosten zu verzichten.

Bund bezieht aus Beteiligungen 323 Mill. Mark

HH, Bonn
Der Bund rechnet für 1986 mit Bruttoerträgen aus seinen Beteiligungen in Höhe von rund 323 Millionen Mark. Für die Erhöhung gegenüber 1985 von 37,5 Millionen nennt die Bundesregierung in der jetzt veröffentlichten Übersicht über „Beteiligungen des Bundes 1985“ die höheren Gewinnausschüttungen vor allem bei Viag, Vebs, Volkswagen und der Industrieverwaltungsgesellschaft.

Bei der Beurteilung der Einnahmehöhe sei zu berücksichtigen, daß zahlreiche Unternehmen mit Bundesbeteiligung Zuwendungsempfänger seien oder bei ihrer Gewinnverwendung gesetzliche Beschränkungen zu beachten hätten. So stünde die Dividende aus der VW-Beteiligung (1985 rund 32,2 Millionen) unmittelbar der Stiftung Volkswagenwerk zu.

Die Zahl der bedeutenderen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Bundes und seiner Sondervermögen (mindestens 25 Prozent Anteil und 100 000 Mark Nennkapital) ist 1985 gegenüber dem Vorjahr von 474 auf 454 zurückgegangen. Schwerpunkte der Beteiligungen sind Industrie, Banken, Verkehrswesen, Wohnungswirtschaft sowie Forschungs- und Entwicklungspolitik. Die Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes oder seiner Sondervermögen sowie Vebs und VW (Minderheitsbeteiligung) beschäftigten Ende 1985 517 600 (503 200) Menschen.

1986 hat der Bund unter anderem seinen unmittelbaren Anteil an der Viag auf 47,44 Prozent verringert; 12,56 Prozent hält die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

AUF EIN WORT

Ein noch weiteres Absinken des Anteils der Rentenversicherung an der Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner würde zu einer Überstrapazierung des Solidaritätsprinzips zwischen stehenden Versicherern und Rentnern führen.

Friedrich-Wilhelm Sinsel, Vorstandsvorsitzender der Kaufmännischen Krankenkasse (KKK), Hannover.
FOTO: HAASE

Opec nimmt sich Ölpreis von 18 Dollar vor

DW, Quito
Das Preiskomitee der Organisation erdöl-exportierender Länder (Opec) hat am Wochenende einstimmig empfohlen, wieder einen Opec-Richtpreis für Rohöl von 18 Dollar je Barrel (159 Liter) einzuführen. Gegenwärtig kostet Erdöl zwischen 13 und 15 Dollar je Faß. Die Opec hatte vor einem Jahr das seit ihrer Gründung praktizierte System fester Preise aufgegeben, um ihren Marktanteil auszuweiten. Dadurch war der Rohölpreis zeitweise auf unter zehn Dollar je Faß gefallen gegenüber mehr als 30 Dollar vor dieser Entscheidung.

Über die Empfehlung des Ausschusses wird am 11. Dezember eine Opec-Ministerkonferenz in Genf beauftragt. An einer Zustimmung sei „nicht zu zweifeln“, so daß der neue Richtpreis „spätestens am 1. Januar 1987“ in Kraft treten könne, hieß es in Opec-Kreisen.

Zweites Thema der Genfer Konferenz wird die Frage sein, ob die Opec-Staaten eine neue gemeinsame Höchstfördermenge festlegen sollen. Hierzu erklärte der stellvertretende Energieminister Ecuadors, Santos, daß die tägliche Gesamtfördermenge der Opec auf 17 Millionen Faß beschränkt werden müsse, soll ein Anstieg des Ölpreises erreicht werden.

Das Ölkartell hat gegenwärtig ein gemeinsames Produktionslimit von 16,8 Millionen Barrel pro Tag vereinbart, doch sollen mehrere Mitgliedsstaaten die ihnen zugewiesene Förderquote deutlich überschreiten. Die Erhöhung des Ölpreises auf 18 Dollar war von dem neuen saudischen Ölminister Naser vorgeschlagen worden.

Träume in Öl

Bm. - Es ist eine alte Weisheit, daß der Mensch in unentrinnbaren Situationen in Träume flieht. So auch die Opec, die Interessengemeinschaft von 13 ölfördernden Ländern. In Quito hat sie jetzt vereinbart, die Ölförderung auf 17 Millionen Faß pro Tag, das sind 850 Millionen Tonnen im Jahr, zu beschränken und den Preis allmählich auf 18 Dollar je Faß zu erhöhen.

Fromme Wünsche, denn schon bei gegenwärtigen Ölpreisen zwischen 14 und 15 Dollar je Faß und einer vereinbarten Quote von 16,8 Millionen Tonnen schwappt der Weltölmarkt über. Die Opec hat sich dem Gesetz des Marktes zu beugen, und das konstatiert, daß sie nur noch knapp 30 Prozent des Weltölbedarfs deckt nach einmal über 50 Prozent.

Aber nicht nur das Mengen-Einmaleins durchkreuzt die Opec-Wünsche. Die diffuse Interessenstruktur des Öl-Clubs, der niemals ein Kartell war, blockiert die Rückkehr zur Macht. Die einzelnen Länder halten sich nicht an die vereinbarten Quoten, immer wieder werden Mengen angeboten, die das Limit überschreiten - natürlich zu Preisen, die

Lebensgefahr

hg - Das Leben ist gefährlich - darauf sind in diesen Tagen auch die Grünen gekommen. Um uns vor dem Schlimmsten zu bewahren, fordern sie eine Ergänzung der Werbung für Autos nach dem Muster der Zigarettenwerbung: „Der Bundesverkehrsminister: Autofahren gefährdet Leben, Gesundheit und Umwelt.“ Wieso eigentlich nur Autofahren? Fliegen kann auch ganz schön gefährlich werden. Die Eisenbahn baut hin und wieder Unfälle, beim Radfahren gibt es gelegentlich böse Verletzungen, und selbst der Fußgänger ist seines Lebens nicht immer sicher. Mithin müßte die Werbung für Flugreisen, Bahnfahrten, Fahrräder und Schuhe auch diesen Hinweis tragen. Nicht zu vergessen die für Schlafzimmer, denn die meisten Menschen sterben im Bett.

Teure Gesundheit

Von THOMAS LINKE
Wird die Krankenversicherung bald noch teurer? „Krankenkassen läuten die Alarmglocken.“ Blüm fordert Opfer von allen Beteiligten.“ So lauten regelmäßig die Überschriften in den Gazetten zu einer Versammlung, die einmal im Frühjahr und Herbst die Gemüter beschäftigt: Die konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen.

Heute ist es wieder so weit. Und auch das Sujet ist nicht neu: Der drohende finanzielle Kollaps beschäftigt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, Ärzte, Zahnärzte, Vertreter der Krankenkassen, der Pharmaindustrie und der Krankenhäuser. Allein in diesem Jahr droht ein Defizit von rund 1,5 Mrd. Mark in der gesetzlichen Krankenversicherung. In den zwei Jahren davor haben die Kassen bereits 5,4 Milliarden Mark mehr ausgegeben als eingenommen. Die Beitragssatzanhebungen zu Anfang dieses Jahres sind noch in Erinnerung. Wieviel Sprengstoff auch diesmal im Vorfeld mit-schwang, haben die Tage vor dem Treffen gezeigt.

Höhepunkt der Auseinandersetzung war der Streit zwischen Krankenhäusern und Ärzten, wer denn nun für die um eine halbe Million auf 12,62 Millionen angestiegenen Krankenhausauffälle verantwortlich ist. Die niedergelassenen Ärzte seien durch den Konkurrenzdruck vermehrt zu Einweisungen gezwungen, meinte die Deutsche Krankenhausgesellschaft. Als „töricht“ wies die Kassenärztliche Bundesvereinigung dies zurück, da es wohl keinen Patienten gäbe, der freiwillig ins Krankenhaus geht.

So kurz vor der Bundestagswahl wird es bei den Gesprächen keine revolutionären Schritte geben. Geplant ist lediglich eine gemeinsame Stellungnahme zu dem rasanten Kostenanstieg im Bereich Heil- und Hilfsmittel - im ersten Halbjahr 8,5 Prozent. Wie problematisch darüber hinaus Festlegungen sind, hat ein Streit dieses Jahres gezeigt: Haben die Krankenhäuser nun gegen eine „Empfehlung“ verstoßen oder eine „Erwartung“ nicht erfüllt, als ihre Ausgaben mit fast sechs Prozent doppelt so stark wuchsen wie die Arbeitseinkommen? Tatsache bleibt, daß die Hospitaler, die ein Drittel der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung verursachen, für den Ausgabenanstieg die Hauptverantwortlichen sind.

Kurzum: Wenn sich die geplagten Gesundheitsfunktionäre am späten Abend auf den Weg machen, werden sie keine Musterlösung im Koffer haben. Diese wird hoffentlich

Berg- und Talfahrt der Aktienkurse

Wall Street schafft die 1900-Punkte-Marke wieder nicht - Neue Übernahmegegerichte

G. BRÜGGEMANN, New York
Die Aktienkurse an der Wall Street bewegten sich in der vergangenen Woche wie auf einer Berg- und Talfahrt. Nach mäßigen, aber stetigen Gewinnen in den ersten Tagen gab es am Donnerstag einen starken Kurseinbruch, der den Dow-Jones-Industrieindex um mehr als 31 Punkte fallen ließ.

Zwar ging es am Wochenschluß dann wieder nach oben, aber der erhoffte Durchbruch zur 1900-Punkte-Grenze konnte wieder nicht erreicht werden. Im Gegenteil, im Wochenvergleich verlor der Dow-Jones-Index 12,94 Punkte auf 1873,59. Auch die breiter angelegten Indizes der Nyse und Standard Poors 500 gaben in der Woche um 0,78 auf 140,72 Punkte und 1,27 auf 344,50 Punkte nach.

Sowohl der Kurseinbruch am Donnerstag wie auch die Erholung vom Freitag waren nicht auf geänderte ökonomische Daten zurückzuführen. Sie beruhten weitgehend auf veränderten Einschätzungen von Übernahmegegerichten. Während sich am Donnerstag die Ansicht durchgesetzt hatte, daß zahlreiche anvisierte Über-

nahmen nicht zustande kommen würden, wodurch der große Abgabedruck entstand, fachten zum Wochenschluß neue Gerüchte die Phantasie der Anleger wieder an.

Dabei hatte es im Verlauf der Woche Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung gegeben, die durchaus Beachtung verdient hätten. In erster Linie ist hier der scharfe Rückgang der Einzelhandelsumsätze im Oktober um 1,9 Prozent zu nennen.

Fachleute weigern sich allerdings, aus dieser bemerkenswert hohen Zahl auf einen nachhaltigen Rückgang der Verbrauchernachfrage zu schließen, weil vor allem im September durch Sonderaktionen die stark forcierten Automobilverkäufe wieder auf Normalmaß zurückgingen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch warnende Stimmen, die im kommenden Jahr mit niedrigeren Konsumausgaben rechnen, weil die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer kaum noch wachsen.

Gute Nachrichten gibt es über die Preisentwicklung. Auf der Großhandelsebene sind die Preise im Oktober um 0,3 Prozent nach 0,4 Prozent im

RUHRKOHLE - ENERGIE UND WIRTSCHAFTSAKTOR

Ruhrkohle - eine sichere und umweltfreundliche Energie. Arbeit für mehr als 100.000 Menschen. Und darüber hinaus: Impulse für die übrige Wirtschaft. An jedem Arbeitstag kauft die Ruhrkohle für 30 Millionen DM ein. Bei Maschinenherstellern genauso wie bei Computerfirmen. Ruhrkohle - Existenz für insgesamt 1 Million Menschen. SICHER UND SAUBER.



Wintersport als Umsatzmotor

Schneeketten-Hersteller Rud will den Export verstärken

n. Aalen. Der Wintersport ist für uns ein wesentlicher Motor... Rud will den Export verstärken...

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) hat das Unternehmen seinen Umsatz weiter um 4,1 Prozent auf 126 (Vorjahr: 121) Mill. DM gesteigert...

Das gute Börsenklima genutzt

Fondsgesellschaft Rolinco erzielte hohe Kurssteigerung

Die Einnahmen aus Dividenden und Zinsen betragen 1985/86 79,5 (100,2) Mill. hl. Der Gewinnsaldo belief sich auf 66,2 (90,9) Mill. hl. Aus dem steuerlichen Gewinn von 71 (98) Mill. hl. muß nach den Bestimmungen der Niederlande 1,16 hl pro Aktie ausgeschüttet werden...

Das Rolinco-Vermögen nach Gewinnverteilung erreichte 1985/86 rund 5,13 (4,09) Mrd. hl. Davon waren nach Branchen 30 (27) Prozent in Aktien von Herstellern von Verbrauchsgütern angelegt...

Die größten Kurssteigerungen hätten sich in Frankreich und Italien - sowie mit einem Abstand - in den USA, Japan und in der Bundesrepublik ergeben...

Ehrgeiziges Kreditprogramm bis 1990

Interamerikanische Entwicklungsbank lobt die Zahlungsmoral der Schuldnerländer

Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) will ihre Ausleihungen an lateinamerikanische Entwicklungsländer in den kommenden vier Jahren auf 20 bis 25 Mrd. Dollar steigern...

Das bedingt natürlich auch entsprechend hohe Kapitaleinzahlungen und Zusagen der 41 Mitgliedsländer, über die zur Zeit noch diskutiert wird...

Am deutschen Kapitalmarkt hat die IDB bisher 26 Anleihen über gut 4 Mrd. DM emittiert, zuletzt eine 300-Mill.-DM-Anleihe im Juli dieses Jahres...

Hilton-Hotels werden verkauft

Muttergesellschaft Transworld Corp. löst sich auf

Die Transworld Corp., die vor mehreren Jahren ihre Fluglinie Trans World Airlines (TWA) verkauft hat, löst sich auf...

Neben den Hotels will Transworld auch den Rest der Gesellschaft verkaufen. Dies betrifft die Kantinenbetriebsgesellschaft Carter Corp. ebenso wie die Tochtergesellschaft Sparan...

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Zeitfragen, Streitfragen - Behauptungen und Widerlegungen. Hermann Linke und Günther Schrot. Herber Verlag, Köln 1986, 195 Seiten, 11,88 Mark

Ralf Horn: Alle wichtigen Tests zur Auswahl von Bewerbern. Heyne Verlag, München 1986, 158 S., 9,90 Mark

Ob Schüler, Azubi oder Karriere-macher - niemand kommt mehr an Tests vorbei. Sie messen von Intelligenz und Ausdauer bis zu Engagement und Durchsetzungsvermögen...

Wirtschaftsordnung, Wachstum, Steuern und Schulden oder Preise und Einkommen - das sind nur einige der Themenbereiche bei denen Behauptung und Widerlegung in knapper und verständlicher Form gegenübergestellt werden...

André Kostolany: Kostolany's Börsenlexikon. Econ Verlag, Düsseldorf 1986, 248 S., 39,80 Mark

Das neue Scheidungsrecht gilt erst ab dem 1. Juli 1977. Schon im Vorwort zu den ersten Auflagen hat der Verfasser darauf hingewiesen, daß Gesetzgeber und Richter bei der Anwendung des Gesetzes verschiedene Meinungen entstehen würden...

PERSONALIEN

Reinhold Schulte (38) wird am 1. Januar 1987 stellvertretendes Vorstandsmitglied der Signal Versicherungen, Dortmund. Er ist Nachfolger von Gerd Diehl...

Dr. Klaus Heiss, Dr. Peter Hoch und Dr. Martin Schütte werden mit Wirkung vom 1. Januar 1987 von stellvertretenden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Bayerischen Hypothek- und Wechsel-Bank AG, München, berufen.

Dr. Gerhard Müller, Vorstandsmitglied der Bayerische Rückversicherung AG, München, tritt zum Jahresende in den Ruhestand und wird sich in der Gründung befindlichen Allgemeinen Familien-Lebensversicherung AG, München, als Vorstandsmitglied zur Verfügung stellen...

Dr. Oswald Hager, geschäftsführender Gesellschafter der Hager Elektro GmbH & Co., Ennsheim-Saar, vollendete am 16. November sein 60. Lebensjahr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Nachl. d. Philipp Meier; Dortmund: Baugesellschaft Pils GmbH; Düsseldorf: AIS Ges. f. Vermögensanlagen mbH; Paderborn: Verlag u. Verlagsanstalt 'Plan' Verlag u. Verlagsanstalt; Frankfurt: Nachl. d. Helmut Karl Funke; Gelsenkirchen: Gabriele Homuth; Hamburg: Freight Services (Europe) GmbH; Inzbebe; Ing. grad. Günter Beermann GmbH; Kempten: EBM Nachl. d. Franz Waffenschmidt; Landsberg: Nachl. d. Herbert Umbrecht; Mannheim: La Romana Lebensmittel-Import GmbH; Prühl-Rohrort; Oldenburg: Orga-Kopiersysteme GmbH; Passau: Bau- und Möbelschneiderei Sitzer & Klein GmbH; I. L. Grafenau; Reutlingen: G. Hoff; Bielefeld: Kaufmann; Metzingen: Schwanfart; Nachl. d. Maria Marika Maibach; geb. Komarek; Bad Kissingen; Straßburg: Gebel GmbH; Stuttgart: Nachl. d. Lothar Löffler.

Anschluss-Konkurs eröffnet: Bonn: Wandermagazin-Verlag GmbH; Düsseldorf: MJO Heizungs-Rohrleitungs-GmbH; Göttingen: König; Partner GmbH; Osterholz-Scharmbeck: Maritim Internationale Spezifion und Handelsgesellschaft mbH; Worswede: Stuttgart; Hugo Scherbenke, Schneidermeister, Pflüderhausen; Vergleich beantragt: Seesen: Kassa KG; Weischedel; Meisner Vertriebs-ges. mbH & Co. KG.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Vergleich beantragt

Pinneberg/Husum (VWD) - Der Kaugummihersteller All Sweets GmbH (Marke 'OK'), Husum, hat überraschend beim Amtsgericht Husum Vergleichsantrag gestellt. Das Unternehmen, das in Pinneberg produziert, erzielte 1985 mit 350 Mitarbeitern einen Inlandsumsatz von etwa 70 Mill. DM und ist damit nach eigenen Angaben der größte Kaugummihersteller der Bundesrepublik...

Ifo: Japan bleibt schwierig

München (dpa/VWD) - Japans historische gewachsene Bezugs- und Verteilungssysteme in der Wirtschaft diskriminieren ausländische Hersteller zwar nicht gezielt, erschweren aber jedem Neuling den Marktzugang. Japan bleibe trotz eines individuelleren Konsumverhaltens wegen seiner Beziehungsgeflechte zwischen Lieferanten und Abnehmern ein schwieriger Markt...

Sperry Aerospace verkauft

Detroit (VWD) - Honeywell Inc. wird von Unisys Corp. den Raumfahrtbereich von Sperry übernehmen. Der Kaufpreis wird mit 1,025 Mrd. Dollar angegeben. Sperry Aerospace erzielt mit 9000 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von 700 Mill. Dollar. Über den Verkauf von zwei weiteren Geschäftsbereichen von Sperry wird nach Angaben von Unisys derzeit verhandelt...

2000 Stellen unbesetzt

Hamburg (dpa/VWD) - Bei der Deutschen Bundespost sind nach den Worten des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Postingenieure, Peter Noeske, etwa 2000 Ingenieurstellen unbesetzt. Der Ingenieurmangel verhindere einen zügigen Ausbau von Zukunftstechniken wie dem Breitband-Kommunikationsnetz ISDN...

Messe in Kamerun

Yaounde (AFP) - In Anwesenheit von Bundesentwicklungshilfenminister Jürgen Warnke hat der Präsident von Kamerun, Paul Biya, am Wochenende Samstag in Yaounde eine deutsche Verbrauchermesse eröffnet. An rund 100 Ständen präsentieren etwa 80 Firmen aus der Bundesrepublik bis zum 23. November auf rund 5000 Quadratmetern einen Querschnitt der deutschen Wirtschaft...

Hako übernimmt

Ottensloe (VWD) - Die Hako-Werke GmbH & Co. in Oldesloe hat die Übernahme der Hiko-Chemie B. V. durch die holländische Hako-Tochter Hako-Holland Holding B. V. bekanntgegeben. Hiko produziert in den Niederlanden Reinigungs-Chemie und vertreibt gewerbliche Reinigungsgeräte. Hako stellt Maschinen für die Betriebsreinigung und Grundstücks-pflege her und setzte im vergangenen Jahr weltweit über 200 Mill. DM um.

Danfoss entläßt

Flensburg (VWD) - Die Danfoss-Werke in Flensburg und Schleswig werden bis zum 1. März 1987 insgesamt 180 Mitarbeiter entlassen. Das wurde von der Geschäftsführung der deutschen Niederlassungen des dänischen Großunternehmens mitgeteilt. Bei Danfoss werden kalte- und wärmetechnische Produkte hergestellt. Die Geschäftsführung begründete die Entlassungen mit Absatzschwierigkeiten beim Export und daher eingeschränkter Produktion...

Messe in Kamerun

Yaounde (AFP) - In Anwesenheit von Bundesentwicklungshilfenminister Jürgen Warnke hat der Präsident von Kamerun, Paul Biya, am Wochenende Samstag in Yaounde eine deutsche Verbrauchermesse eröffnet. An rund 100 Ständen präsentieren etwa 80 Firmen aus der Bundesrepublik bis zum 23. November auf rund 5000 Quadratmetern einen Querschnitt der deutschen Wirtschaft...

Wochenschlußkurse

Table with columns for New York, Toronto, and Tokio, listing various stocks and their closing prices.

Advertisement for Gold Maple Leaf featuring a large graphic of a gold leaf and text: 'Kaufen Sie jetzt Gold vom Feinsten: den Maple Leaf aus Kanada. Wenn Sie mit uns der Meinung sind, daß Gold langfristig eine gute Geldanlage ist...'.

BUNDESLIGA / Thomas Allofs schwer verletzt, aber Schiedsrichter hatte kein Foul von Kaltz gesehen

Der 14. Spieltag in der Statistik: Nur 23 Tore

Leverkusen - Mannheim	0:0
Bremen - Schalke	0:0
Flautern - Düsseldorf	2:1 (2:0)
Nürnberg - Berlin	2:2 (2:1)
München - Homburg	3:0 (2:0)
Frankfurt - Uerdingen	1:0 (0:0)
Bochum - Stuttgart	0:1 (0:0)
M'gladbach - Dortmund	2:2 (1:1)
Hamburg - Köln	1:0 (0:0)

Bochum - Stuttgart 0:1 (0:0)

Bochum: Zimmerek - Kempe - Gascio, Kree - Ruckers, Oswald (76) Schulz, Benatelli, Lameck, Wozek - Neuh (95), Wegmann, Leifeld, - Stuttgart: Imme, Schöder - Schöler, Buchwald - Zietach, Allgower, Borchardt (66), Paster, Hartmann, Müller - Klinsmann, Merkle, - Schiedsrichter: Mierzwang (Jena), - Tore: 01. Klinsmann (92), - Zuschauer: 15.000, - Gelbe Karte: Wozek (84), Schöder (83), Zietach (85), Allgower.

Bremen - Schalke 0:0

Bremen: Burdinski - Sauer - Rulländer, Otten - Schaaf, Hermann, Volava, Burgsmüller, Meier - Völler, Erdmann - Schalke: Mück - Hapson - Krause, Jakobs - Roth, Bietram, Klepinger, Patzka, Thon - Watzmann (88) K. Taubert, Grabock, - Schiedsrichter: Böos (Friedrichsdorf), - Zuschauer: 25.000, - Gelbe Karte: Hapson (84), Thon (82).

M'gladbach - Dortmund 2:2 (1:1)

M'gladbach: Kamps - Brun - Winkfeld, Borowka - Krauss (78), Brandts, Brechen, Balcioglu, Linsen (80), Griebel, Frontzek - Bahr, Gries, - Dortmund: de Beer - Pagselsoff - Srock, Hüpe, Kurkowski (86, Kesari) - Lusch, Zorc, Radzwan, Helmer - Dinkel (90), Simons, Mühl, - Schiedsrichter: Fuchschor (Eschweiler), - Tore: 01. Bietram (12), 11. Bahr (27), 21. Bahr (85), 22. Srock (89), - Zuschauer: 22.000, - Gelbe Karte: Zorc (81).

Leverkusen - Mannheim 0:0

Leverkusen: Volloom - Horster - Zarter, Reinhardt - Goltz, Schriener, Hausmann, Hinderberger (53), Zochel, Rolf - Wasa, Tschä, - Mannheim: Zimmernann - Seber - Köcher, Zimmernann - Dieckhöfer, - Quasner, Borchards, Scholz, Neun - Bührer, Walter (80), Gaudin, - Schiedsrichter: Umbach (Rott), - Zuschauer: 11.000, - Gelbe Karte: Hinderberger (84), Goltz (82), Schriener (82), Bührer (84).

München - Stomburg 2:0 (2:0)

München: Pfaff - Augenthaler - Eder - Nachweik, Mathias, Erehnu, Pfleger, Rummelsteig (75), Fliker - Wolfahrt, Hoenes, Lunde, - Stomburg: Scherer - Wojcicki - Lebong (80), Müllert, Morsdorf, Beck - Knofl, Bunco, Dooley, Jumbo, Franken - Schäfer (88), Freiler, - Schiedsrichter: Broska (Gelsenkirchen), - Tore: 10. Mathias (11), Handlmeister, 20. Wolfahrt (80), 30. Nachweik (82), - Zuschauer: 24.000, - Gelbe Karte: Jumbo.

Frankfurt - Uerdingen 1:0 (0:0)

Frankfurt: Gundeloch - Berthold - Köbel, Kraus - Sievers, Müller, Kraus, Falkenmeyer, Bins (70), Jessi - Mitchell, Smokrek, - Uerdingen: Vollack - P. Funke - Damjan (88), Bierhoff, W. Funke, Wohlfahrt, van de Loo, Klingner, Buttgerit, - Edvalsson, Bommer (83), Kirchhoff, Kuntz, - Schiedsrichter: Osmer (Bremen), - Tore: 10. Müller (90), - Zuschauer: 12.500, - Gelbe Karte: Sievers (21), Vollack (2), van de Loo, Wöhrlich.

Nürnberg - Berlin 2:2 (2:1)

Nürnberg: Kogke - Reuter - T. Brunner - Giske (75), Wilbers, Grabhmer, Schwabl, Gezer, Lieberwirth (88), Mitsche, Philippkowski - Stenzel, - Berlin: Mager - Haller - Schmidt, Hollmann - Flad (62), Materni, Feiler, Vandereyken, Schüler, Schlegel (86), Riedel, Gaecke - Yula - Schiedsrichter: Puchalski (Duisburg), - Tore: 10. Stenzel (80), 11. Yula (81), 21. Gezer (85), 31. Gezer (89), 41. Eckstein (80), 51. Stenzel (81), 61. Philippkowski (97), 71. Gezer (78), 72. Riedel (80), - Zuschauer: 22.000, - Gelbe Karte: Reuter.

erdgas
IST EINE
SAUBERE
SACHE.

Knapp Punktabstände an der Spitze der Tabelle garantieren Spannung - aber noch lange keine Qualität. Der 14. Spieltag ist der Beweis. Die vier führenden Mannschaften quälten sich mit wechselndem Erfolg durch ihre Heimspiele. Leverkusen und Bremen mußten sich mit einem 0:0 begnügen, Münchens 3:0 über Homburg war glanzlos, Hamburgs 1:0 über den 1. FC Köln glücklich.

Am Tabellenende scheint eines schon deutlich zu werden: Ein Trio setzt sich nach unten ab. Blau-Weiß Berlin sorgte dafür, daß Nürnberg sein Bundesliga-Rekordergebnis einstellen konnte. 7:2 gewannen die Nürnberger schon einmal in der Saison 1965/66 - gegen Tasmania 1900 Berlin, den späteren Absteiger. Homburgs und Düsseldorfs Niederlagen entsprachen den Erwartungen.

Fußball-Kulisse
Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Kritik und Beleidigungen für die Schiedsrichter standen auch wieder einmal auf dem Spielplan. Zeigen „Spitzenleistungen aus dem Bereich der Fäkalisprache“ (DFB-Chefankläger Kindermann) den Weg in immer neue Brutaltäten auf. Uerdinger Torwart Vollack über Schiedsrichter Osmer: „Der Schweinehund“. In Hamburg wurde der Kölner Thomas Allofs bei einem Foul von Manfred Kaltz schwer verletzt.

Uwe Rahn und die Wandlung

B. WEBER, Mönchengladbach
Der Sportinformations-Dienst (sid) nennt ihn den „neuen König vom Bökelsberg“. „Bild am Sonntag“ bewertete den Auftritt von Borussia Mönchengladbachs Nationalspieler Uwe Rahn beim 2:2 gegen Borussia Dortmund mit der Note eins. Das heißt Weltklasse. Und bei allen besteht Einigkeit darüber, daß sich Rahn, der am Samstag wieder zwei Tore erzielte und der mit nunmehr neun Treffern die Torschützenliste anführt, in der Form seines Lebens befindet.

Was der so hochgelobte Rahn selbst als „sensational“ und beinahe unheimlich bezeichnet. Sein Trainer Jupp Heynckes ist hingegen weniger überrascht von dem steten Ausstieg. Der sei die logische Konsequenz der Ernsthaftigkeit, mit der Rahn seine persönlichen Niederlagen bei der Weltmeisterschaft aufgearbeitet habe. Dazu Jupp Heynckes: „Es hat zwar lange gedauert, aber Uwe hat inzwischen wohl eingesehen, daß er in Mexiko viel zu empfindlich reagiert hat, als er von Teamchef Franz Beckenbauer nicht berücksichtigt wurde. Er hat damals resigniert, statt um seinen Platz in der Mannschaft zu kämpfen.“

Tatsächlich bot der Mönchengladbacher bei der Weltmeisterschaft ein meist jammervolles Bild. Den Kopf ließ er zum Schluß meistens zwischen den Schultern hängen. So schlichen in Mexiko 1,85 Meter Selbstzweifel über den Trainingsplatz. Von Beckenbauer fühlte sich Rahn maßlos enttäuscht. Das Gespräch mit dem Teamchef suchte er nicht, „weil ich schließlich auch meinen Stolz habe“. Und auf die Beckenbauer-Aussage: „Uwe, in der Zukunft baue ich auf dich“ beim Mexiko-Rückflug, da reagierte der Gladbacher erst kritisch. Diese Haltung verstärkte Uwe Rahn noch, als er beim ersten Länderspiel nach der Weltmeisterschaft, beim 2:0 in Dänemark, zunächst wiederum nur auf der Ersatzbank saß. Zu Hause im Verein lief er ebenfalls nicht. Die Mönchengladbacher begannen die neuen Saison mit einem geradezu klassischen Fehlstart. Und wieder reagierte Rahn fast depressiv.

Die Trendwende wurde erst eingeleitet, als sich Heynckes seinen Mittelfeldspieler richtig zur Brust nahm. Der Trainer machte dem 24jährigen eindringlich klar, daß er nun aufgerufen sei, Verantwortung zu übernehmen. Rahn meinte heute: „Da ist mir zum erstenmal die Vorbildfunktion, die mir Heynckes anvertraut hatte, so richtig klar geworden. Und ich habe alles daran gesetzt, den Trainer nicht zu enttäuschen. Dazu war ich schon deshalb verpflichtet, weil der in meinen vorangegangenen Krisen stets bedingungslos zu mir gestanden hat.“

Dem Blondschoop kam, als er quasi am Scheideweg seiner Karriere stand, zugute, daß er in Mönchengladbach eine neue Position einnehmen mußte. Weil Stürmerkollege Hans-Jörg Criegs nach einer Operation ausfließen verlagerte Rahn seinen Tätigkeitsbereich vom vorderen Mittelfeld direkt in die Angriffsspitze. Dort konnte er dann seine Möglichkeiten am besten entfalten. Seine Form stieg stetig.

Jupp Heynckes dankte es Rahn bei der letzten Trainingspause, als er sich intensiv mit Beckenbauer unterhielt und ihm empfahl, dem gereiften Uwe einen Stammplatz im Nationalteam einzuräumen. Doch was dieses Thema betrifft, bleibt der Torjäger reserviert. „Ich habe Zweifel, daß es dazu kommen wird.“ Die größte Sorge von Rahn freilich scheint ausgeräumt. Er befürchtet, daß Heynckes den Verein am Saisonende verlassen könnte. Das hat gewiß im Raum gestanden, ist aber wohl nicht mehr aktuell. Der Trainer in einem Gespräch mit der WELT: „Ich werde meinen Vertrag verlängern.“

Trotzig sagt der Übeltäter: „Bei mir hat sich auch noch niemand entschuldigt“

Von ULRICH DOST
Die Diagnose im Kölner Krankenhaus war niederschmetternd für Thomas Allofs (26): In seinem rechten Knie waren die Kreuzbänder gerissen. In der Nacht zum Sonntag wurde der Kölner Stürmer noch bis 1.30 Uhr operiert. Für Thomas Allofs beginnt damit ein langer Leidensweg, dessen Ende nicht abzusehen ist. Für den Verein aber steht heute schon fest: Der für 1,7 Millionen Mark vom 1. FC Kaiserslautern verpflichtete einmalige Nationalspieler wird in dieser Saison nicht mehr spielen können. Manager Michael Meier (37): „Wir gehen davon aus, daß Thomas Allofs ebenso lange ausfallen wird wie in der vorigen Saison Stefan Engels, der mehrere Monate nicht zur Verfügung stand.“ Der Rib der Kreuzbänder ist so ziemlich die schwerwiegendste Verletzung, die sich ein Fußballspieler zuziehen kann, weil bis zur Heilung eine sehr lange Therapie vonnöten ist.

Zugefügt hat dem Kölner die Verletzung der Hamburger Manfred Kaltz (23). Bei einer vollkommen harmlosen Szene fast an der Mittellinie stieg der 69malige Nationalspieler überaus hart gegen Thomas Allofs ein. Die Chance, an den Ball zu kommen, war für Kaltz gleich Null, weil Allofs schneller war. Dennoch griff Kaltz mit gestrecktem Fuß an und trat das Bein seines Gegners Stefan Engels, der direkt daneben stand, wollte auf Kaltz losgehen, der aber verschwand vom Tatort. Engels: „Da gibt es überhaupt nichts: Das war klare Arbeit von Kaltz. Ich habe ihm gesagt, daß er ein Arsch ist.“ Allofs aber blieb am Boden liegen.

erkundigen, was er angerichtet hatte. Vor dem Mikrofon des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) sagte er, daß er noch nie jemand absichtlich verletzt habe. Später wurde er gefragt, ob er sich nicht bei seinem Kollegen entschuldigen wolle. Kaltz, ganz eiskalt, antwortete: „Bei mir hat sich auch noch niemand entschuldigt.“ Kaltz war der Ansicht, er habe Allofs lediglich am Schienbein getroffen. Die Verletzung habe er ihm zugefügt, als er auf ihn gefallen sei.

In etwa bestätigte Günther Enders, nach dem Spiel: „Also da hört es irgendwo auf. Und Kaltz kriegt noch nicht einmal die Karte gezeigt.“ Klaus Allofs (29), der ältere Bruder von Thomas, schimpfte über den Hamburger: „Er ist doch ein erfahrener Spieler, der weiß, was passiert, wenn man derart hart einsteigt. Ich habe nichts gegen ein hartes Spiel, da kann immer etwas passieren, aber irgendwo sind Grenzen.“ Im ersten Augenblick haben die Allofs-Brüder daran gedacht, Kaltz zu verklagen. Doch dann hat es sich Klaus Allofs überlegt: „Das bringt doch nichts.“

Und auch Torwart Harald Schumacher (32) war erzürnt: „Einen schönen Gruß an Herrn Kindermann. Das ist doch eine Schweinerei, daß unser Spieler wie Olaf Janßen wegen Meckerns oder Stefan Engels wegen Zeitschindens die gelbe Karte bekommen, während der Kaltz ungestraft davonkommt.“ Es ist unwahrscheinlich, daß Hans Kindermann (64), Chefankläger des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), tätig wird.



Die Schmerzen des Thomas Allofs und vorwurfsvolle Kölner Blicke zum Schiedsrichter. FOTO: SCHMIDT

Dafür dürfte Hans Kindermann ein anderes Betätigungsfeld gefunden haben. Was die Uerdinger Spieler nach dem 0:1 bei Eintracht Frankfurt über Schiedsrichter Hans Osmer (38) aus Bremen alles losgelassen haben, müßte eigentlich Kindermann auf dem Plan rufen. Als hätten sie alle von Teamchef Franz Beckenbauer (41) gelernt, dem beim Länderspiel in Wien auch die Hütschnur geplätzt ist über den Italiener Luigi Agnelli (39), legten die Uerdinger los. Mannschaftsführer Friedhelm Funkel (32): „Der Schiedsrichter gehört aus dem Verkehr gezogen. Wie der sich dargestellt hat, eine Katastrophe, eine Frechheit. 90 Prozent seiner Entscheidungen waren für die Heimmannschaft.“ Trainer Karl-Heinz

erklärt, was er angerichtet hatte. Vor dem Mikrofon des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) sagte er, daß er noch nie jemand absichtlich verletzt habe. Später wurde er gefragt, ob er sich nicht bei seinem Kollegen entschuldigen wolle. Kaltz, ganz eiskalt, antwortete: „Bei mir hat sich auch noch niemand entschuldigt.“ Kaltz war der Ansicht, er habe Allofs lediglich am Schienbein getroffen. Die Verletzung habe er ihm zugefügt, als er auf ihn gefallen sei.

In etwa bestätigte Günther Enders, nach dem Spiel: „Also da hört es irgendwo auf. Und Kaltz kriegt noch nicht einmal die Karte gezeigt.“ Klaus Allofs (29), der ältere Bruder von Thomas, schimpfte über den Hamburger: „Er ist doch ein erfahrener Spieler, der weiß, was passiert, wenn man derart hart einsteigt. Ich habe nichts gegen ein hartes Spiel, da kann immer etwas passieren, aber irgendwo sind Grenzen.“ Im ersten Augenblick haben die Allofs-Brüder daran gedacht, Kaltz zu verklagen. Doch dann hat es sich Klaus Allofs überlegt: „Das bringt doch nichts.“

Und auch Torwart Harald Schumacher (32) war erzürnt: „Einen schönen Gruß an Herrn Kindermann. Das ist doch eine Schweinerei, daß unser Spieler wie Olaf Janßen wegen Meckerns oder Stefan Engels wegen Zeitschindens die gelbe Karte bekommen, während der Kaltz ungestraft davonkommt.“ Es ist unwahrscheinlich, daß Hans Kindermann (64), Chefankläger des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), tätig wird.

Dafür dürfte Hans Kindermann ein anderes Betätigungsfeld gefunden haben. Was die Uerdinger Spieler nach dem 0:1 bei Eintracht Frankfurt über Schiedsrichter Hans Osmer (38) aus Bremen alles losgelassen haben, müßte eigentlich Kindermann auf dem Plan rufen. Als hätten sie alle von Teamchef Franz Beckenbauer (41) gelernt, dem beim Länderspiel in Wien auch die Hütschnur geplätzt ist über den Italiener Luigi Agnelli (39), legten die Uerdinger los. Mannschaftsführer Friedhelm Funkel (32): „Der Schiedsrichter gehört aus dem Verkehr gezogen. Wie der sich dargestellt hat, eine Katastrophe, eine Frechheit. 90 Prozent seiner Entscheidungen waren für die Heimmannschaft.“ Trainer Karl-Heinz

Was nun vollkommen überraschte: FIFA-Schiedsrichter Karl-Heinz Tritschler (37) aus Freiburg wollte von einem Foulspiel nichts gesehen haben. Ohne Unterbrechung wurde das Spiel fortgesetzt, bis es einen Einwurf für die Hamburger gab. Tritschler wollte zu dem Vorfall nichts sagen. Doch aus seinem Verhalten war zu ersehen, daß er einsah, daß er womöglich doch eine Fehlentscheidung getroffen hat. Er ging nach dem Spiel mehrmals in die Kölner Kabine und erkundigte sich nach dem Befinden von Thomas Allofs und entschuldigte sich sogar bei ihm. Und Manfred Kaltz? Der hielt es nicht für nötig, sich einmal danach zu

erklärt, was er angerichtet hatte. Vor dem Mikrofon des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) sagte er, daß er noch nie jemand absichtlich verletzt habe. Später wurde er gefragt, ob er sich nicht bei seinem Kollegen entschuldigen wolle. Kaltz, ganz eiskalt, antwortete: „Bei mir hat sich auch noch niemand entschuldigt.“ Kaltz war der Ansicht, er habe Allofs lediglich am Schienbein getroffen. Die Verletzung habe er ihm zugefügt, als er auf ihn gefallen sei.

In etwa bestätigte Günther Enders, nach dem Spiel: „Also da hört es irgendwo auf. Und Kaltz kriegt noch nicht einmal die Karte gezeigt.“ Klaus Allofs (29), der ältere Bruder von Thomas, schimpfte über den Hamburger: „Er ist doch ein erfahrener Spieler, der weiß, was passiert, wenn man derart hart einsteigt. Ich habe nichts gegen ein hartes Spiel, da kann immer etwas passieren, aber irgendwo sind Grenzen.“ Im ersten Augenblick haben die Allofs-Brüder daran gedacht, Kaltz zu verklagen. Doch dann hat es sich Klaus Allofs überlegt: „Das bringt doch nichts.“

Fünf Spieler gesperrt - Körbel feiert - Unterschied zwischen München und Homburg

	Heim	Auswärts
1. Leverkusen	14 9 2 3 29 10	20 8 16 5 15 11
2. München	14 7 5 3 28 16	20 8 17 9 11 13
3. Homburg	14 5 3 3 27 15	19 9 17 14 10 11
4. Bremen	14 5 3 3 27 15	18 10 16 7 11 10
5. Flautern	14 6 5 3 26 16	17 11 18 7 12 8
6. Stuttgart	14 6 5 3 25 15	17 11 18 3 11 3
7. Frankfurt	14 4 7 3 17 15	15 13 13 5 11 5
8. Dortmund	14 5 4 3 21 11	14 14 19 5 10 4
9. M'gladbach	14 4 4 4 24 20	14 14 15 9 6 6
10. Uerdingen	14 5 4 4 20 21	14 14 14 10 4 6
11. Köln	14 5 3 6 20 20	13 15 10 6 9 5
12. Bochum	14 3 7 4 16 18	13 15 9 5 9 5
13. Schalke	14 5 5 6 25 29	13 15 14 10 9 5
14. Mannheim	14 3 5 5 20 24	12 16 13 9 10 4
15. Nürnberg	14 5 5 6 26 29	11 17 19 3 9 5
16. Hamburg	14 2 4 6 20 21	9 28 8 7 7 7
17. Düsseldorf	14 3 1 10 18 42	7 21 12 15 7 7
18. Berlin	14 1 5 8 14 38	7 21 8 14 5 9

Trotz der nahezu idealen klimatischen Bedingungen wurde am 14. Spieltag die Grenze von 20000 Besuchern nicht erreicht. Zu den neun Spielen kamen insgesamt 185 646 Zuschauer, wodurch die Gesamtbesucherzahl auf 2,84 Millionen anwuchs. Das entspricht einem durchschnittlichen Besuch von 22 590 Fans pro Spiel und dürfte die Kassierer bisher zufriedengestellt haben. Doch der statistische Mittelwert sagt nichts aus über die großen Unterschiede zwischen den Vereinen: Bayern München beispielsweise registrierte schon 296 000 Zuschauer, der FC Homburg dagegen nur 73 711.

Ein Mittelfeldspieler macht neuerdings den Stürmern der Bundesliga vor, was eigentlich deren Aufgabe ist: das Toretschießen. Der Mönchengladbacher Nationalspieler Uwe Rahn personifiziert seit einigen Wochen den allgemeinen Aufwärtstrend seiner Mannschaft, indem er regelmäßig Tore schießt. Zwei Treffer gelangen ihm beim 2:2 gegen Dortmund - jetzt führt er die Torschützenliste mit insgesamt neun Treffern an. In seinem Gefolge drei Mittelfeldstürmer: die beiden Dortmunder Frank Mill und Norbert Dickel sowie der Leverkusener Nationalspieler Herbert Was mit je acht Toren.

Gleich fünf Spieler sind nach jeweils vier Verwahrungen für das nächste Spiel gesperrt: Florian Hinterberger (Leverkusen), Karl-Heinz Bührer (Mannheim), Wilfried Hannes (Schalke), Markus Schupp (Kaiserslautern) und Lothar Waack (Bochum). Insgesamt waren seit Saisonbeginn acht Spieler nach Erreichen der Verwahrungshöchstzahl gesperrt: Michael Kutzop, Norbert Meier (beide Bremen), Günter Kutowski (Dortmund), Rudolf Wojtowicz (Düsseldorf), Hans-Werner Moser (Kaiserslautern), Roland Dickgiesser (Mannheim), Lothar Matthäus (München) und Jörn Andersen (Nürnberg).

Der Frankfurter Karl-Heinz Körbel feierte beim 1:0 über Bayer Uerdingen ein Jubiläum, das vor ihm erst 12 Spieler in der 23jährigen Bundesliga-Geschichte erreicht hatten. Er bestritt sein 450. Meisterschaftsspiel. Und er machte alle Spiele - das ist außergewöhnlich in diesem Gewerbe - für denselben Klub. Für Eintracht Frankfurt. Bei seinem Debüt 1972 war Körbel 17 Jahre alt und mußte gleich gegen den damals erfolgreichsten Mittelstürmer der Bundesliga, gegen den Münchener Gerd Müller, antreten. Körbel löste seine Aufgabe tadellos - Frankfurt besiegte München damals 1:0.

Delta Air Lines neuer „Circle South“-Tarif. Ein preiswerter Weg, Amerikas sonnigen Süden kennenzulernen.

Delta Air Lines bietet Ihnen einen Rundflug-Sondertarif. Damit können Sie für nur \$ 59 pro Flugabschnitt bis zu 8 Städte besuchen, die von Delta Air Lines im sonnigen Süden angefliegen werden. Transatlantikflüge nicht eingeschlossen. Wählen Sie unter 50 Städten in acht Staaten - Florida, Georgia, Süd-Carolina, Nord-Carolina, Alabama, Mississippi, Louisiana und Tennessee. Erleben Sie herrliche Landschaften, Berge, Wälder und Badestrände.

Zusätzlich das Kultur- und Unterhaltungsangebot solch großer Städte wie New Orleans, Atlanta, Miami und Orlando mit Disneyland und dem EPOT-Center. Der Süden bietet Ihnen alles.

Rundflüge mit dem aktuellen „Circle South“-Tarif müssen vor dem 31. Dezember 1987 angetreten werden. Die Reiseroute muß in Atlanta beginnen und enden.

Einzelheiten über die detaillierten Bestimmungen für diesen Sondertarif erhalten Sie in Ihrem Reisebüro. Oder rufen Sie Delta Air Lines direkt an. Die Tel.-Nr. in Frankfurt (069) 256030, in München (089) 1299061, in Stuttgart (0711) 2262191. Delta Stadtbüros sind in der Friedensstraße 7, 6000 Frankfurt/Main, Maximiliansplatz 17, 8000 München 2, Königstraße 1b, 7000 Stuttgart 1. Tarifänderungen vorbehalten.

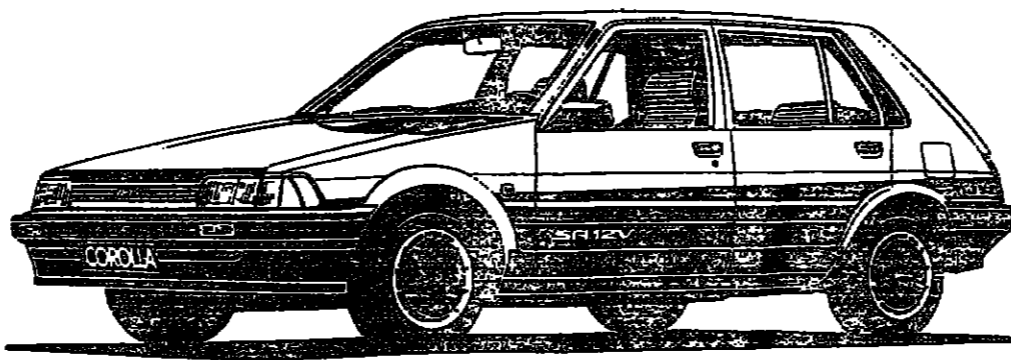
Delta. The Airline Run By Professionals.

Handwritten signature or mark in a decorative box.

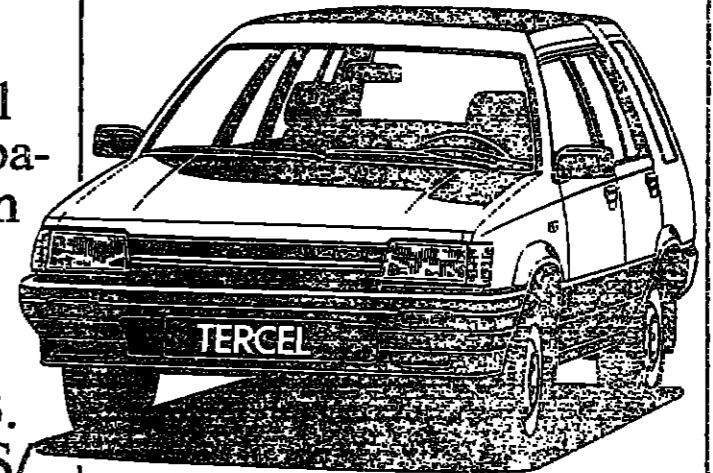
سكنا من الود

Bis 31.12. 86 zulassen. Danach wird der Steuervorteil geringer.

Wer in den Genuß der vollen Steuer-Einsparungen kommen will, muß sein Auto noch 1986 zulassen. Denn ab 1987 wird der Steuervorteil um einiges geringer. Wenn Sie jedoch jetzt noch zu Toyota kommen, ist Ihnen der volle Steuervorteil sicher. Denn bei Toyota können Sie in jeder Fahrzeugklasse sparen. Einige Beispiele sehen Sie hier. Aber nicht vergessen: Eile ist geboten!

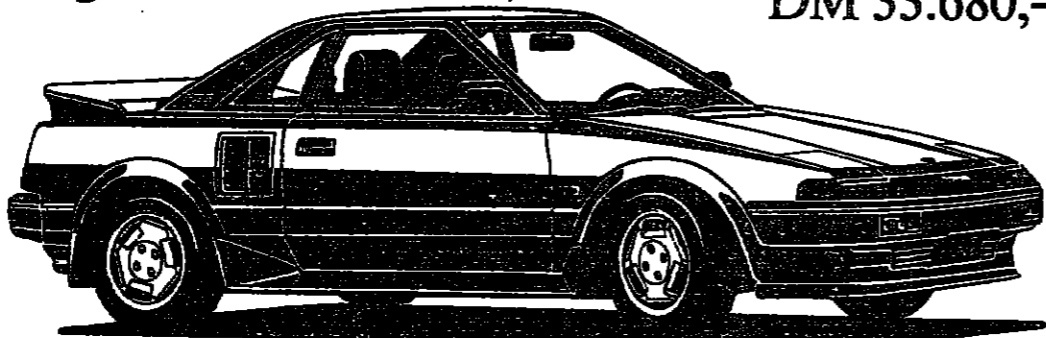


Corolla Compact Diesel 1,8, 64 PS/47 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 8 Monaten. Ab DM 17.890,-*.



Tercel Allrad 1,5, Kat. 68 PS/50 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 10 Monaten. Ab DM 22.400,-*.

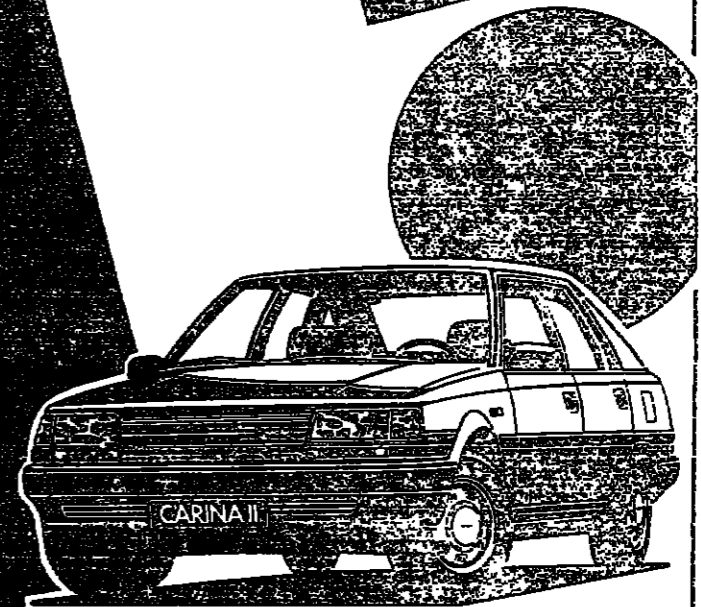
MR 2 1,6, Kat. 16 Ventile, 116 PS/85 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 5 Monaten. Ab DM 33.680,-*.



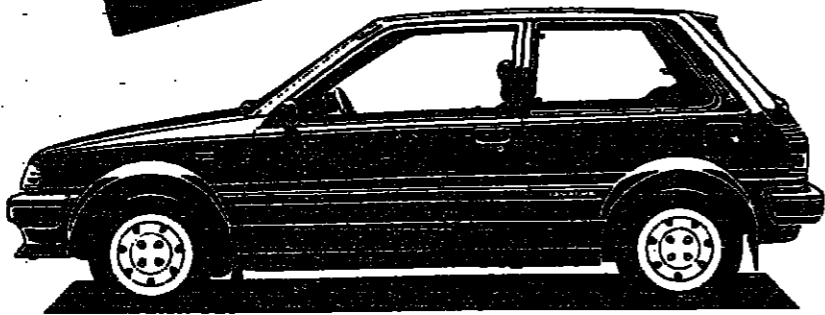
Corolla Compact SR 1,3. Mit Euro-Kat und 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 2 Jahren und 8 Monaten. Ab DM 15.970,-*.

ERST

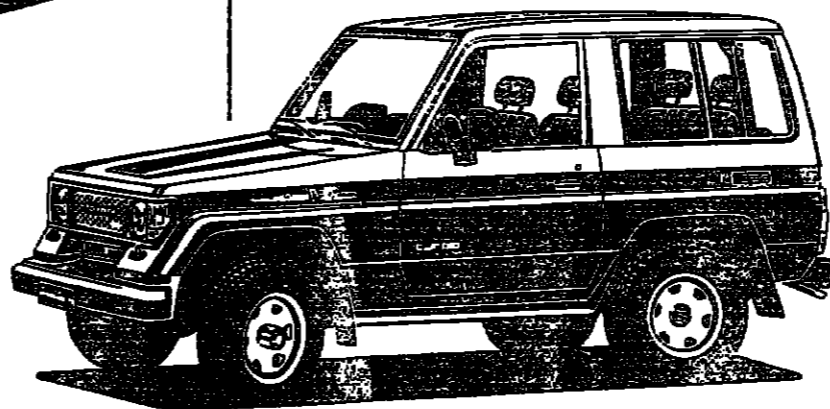
Toyota Btx: *40063 #.



Carina Liftback Diesel 2,0. 69 PS/51 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 6 Monaten. Ab DM 21.990,-*.



Starlet 1,0. 54 PS/40 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 3 1/2 Jahren. Ab DM 13.290,-*.



LandCruiser Turbo-Diesel 2,4. 86 PS/63 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 1 Monat. Ab DM 33.480,-*.

Starlet 1,3 S. Mit Euro-Kat und 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 2 Jahren und 8 Monaten. Ab DM 16.070,-*.

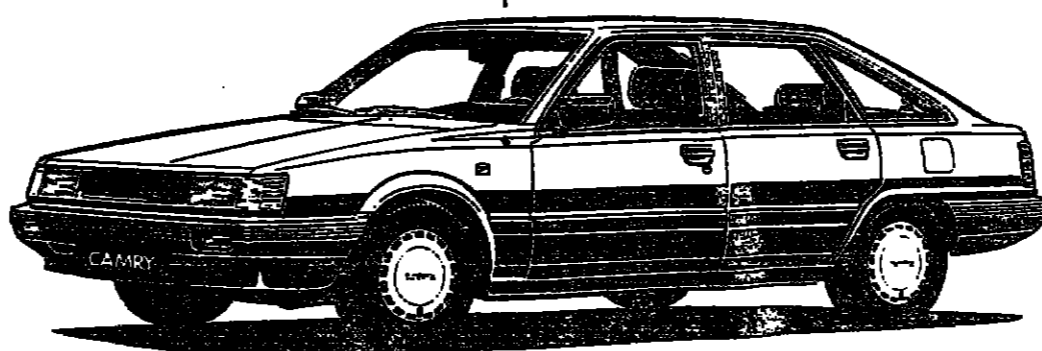
Carina Liftback 1,6, Kat. 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 5 Monaten. Ab DM 20.490,-*.

Wir können Ihnen hier nur eine kleine Auswahl aus unserem Steuerspar-Programm zeigen. Ihr Toyota Händler berät Sie gern ausführlicher.

*Unverbindliche Preisempfehlung plus Überführung.



Celica GT 2,0, Kat. 16 Ventile, 140 PS/103 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 5 Jahren, 1 Monat. Ab DM 34.490,-*.



Camry Liftback 2,0, Kat. 99 PS/73 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,-

in 5 Jahren, 1 Monat. Ab DM 26.720,-*.

TOYOTA
Wenig ist unmöglich

150 Jahre

NACHRICHTEN

Langer fiel zurück
Melbourne (GAB) - Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) fiel bei der Australian-Open in Melbourne zurück und endete mit 89-70-72-71-283-Schlägen bei Par 73 an siebter Stelle.

Strafe für Gladbach
Zürich (sid) - Borussia Mönchengladbach wurde von der Europäischen Fußball-Union mit einer Geldstrafe von 1500 Schweizer Franken belegt.

Rad: Erneut Weltrekord
Paris (sid) - Die zweimalige französische Weltmeisterin Jeannine Longo stellte erneut einen Weltrekord auf.

Boxen: Zweimal Gold
Istanbul (sid) - Die Auswahl des Deutschen Amateurbox-Verbandes kam im Finale des Box-Turniers in Istanbul durch Thorsten Spürzin (Halbschwergewicht) und Hans Georg Meiling (Halbmittelgewicht) zu zwei Goldmedaillen.

Ausländer siegten
Majnschiff (sid) - Der Niederländer John Bosch und sein Beifahrer Rudolf Osterbaan gewannen auf Audi Quattro die Internationale ADAC-Rallye Köln - Ahweiler.

Badminton-Niederlage
Grimsby (sid) - Die Badminton-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland verlor ihr Länderspiel gegen Gastgeber England mit 2:5.

Zum achten Mal Meister
Wolfsburg (dpa) - Der VfL Wolfsburg wurde zum achten Mal Mannschaftsmeister der Bundesrepublik Deutschland im Judo.

Cash scheitert an Svensson
London (sid) - Der australische Tennis-Profi Pat Cash schied im Viertelfinale des Grand-Prix-Turniers von London mit 6:7, 7:6, 3:6 gegen den Schweden Jonas B. Svensson aus.

Reitsport: Vier Sieger
Hannover (sid) - Vier Sieger gab es am Freitagabend beim internationalen Reit- und Springturnier von Hannover.

Erfolg für Kühnen
Helsinki (sid) - Der Mannheimer Tennis-Profi Patrik Kühnen hat sein erstes internationales Turnier gewonnen.

Schach: Zwei Siege
Doha (dpa) - Mit zwei Siegen begann für die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland die 27. Schach-Olympiade in Doha.

Lieutenant's Lark vorn
Washington (sid) - Lieutenant's Lark mit Robbie Davis im Sattel gewann das 35. Washington D. C. Galopprennen.

Thurau gab auf
Paris (sid) - Der Frankfurter Rad-Profi Dietrich Thurau hat vor der vierten Nacht des Sechstagerrennens wegen Sitzbeschwerden aufgegeben.

TURNEN / Andreas Japtok zum ersten Mal deutscher Meister im olympischen Zwölfkampf - Der Streit geht weiter

Routinier wehrte die Jugend noch einmal ab - Talente begeisterten

dpa/SPELLING, Künzelsau
Im neunten Anlauf hat Andreas Japtok endlich sein Ziel erreicht: Der inzwischen 26 Jahre alte Medizinstudent aus Hannover erntete in Künzelsau erstmals die deutsche Meisterschaft im olympischen Zwölfkampf.

Schwäbischen Turner-Bundes, bei dem Prämien von 10 000 Mark (EM-Teilnahme) bis 120 000 Mark (Finalteilnahme bei Olympischen Spielen) auf ein Sperrkonto eingezahlt werden.

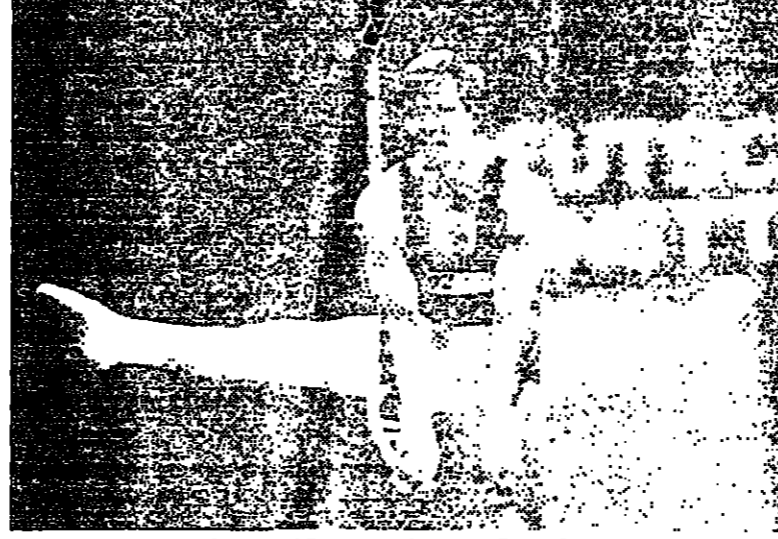
Nach den Deutschen Meisterschaften in Künzelsau benannte Bundes-

Zschunke zu den Vorwürfen: „Das ist alles falsch, davon stimmt nichts“

SPELLING/dpa, Künzelsau
Es kriselte wieder einmal bedenklich bei den deutschen Meisterschaften der Kunstturner in Künzelsau.

Der rheinische Fachwart und ehemalige Spitzturner Wolfgang Thüne: „Zschunke hat Fakten auf den Tisch gelegt, gegen die Argumente vom Aktivensprecher Andreas Japtok Gummi waren.“

Zschunke: Die Turner sind alle sehr freundlich zu mir, auch wenn einige schon mal einen Brief schreiben.



Kraft und Eleganz: Andreas Japtok. FOTO: SVEN SIMON

Den vollzogenen Generationswechsel in seinem Heimatort betrachtet Mit-Organisator und Reck-Weltmeister Eberhard Gienger.

„Ich bin seit 18 Jahren Bundestrainer, aber so viele vielversprechende Talente haben wir noch nie gehabt“.

Kunstturnwart Klaus Zschunke gestern den neuen A-Kader mit zehn Turnern: Andreas Japtok, Andreas Agular (beide Hannover), Ralph Kern (Leingarten), Uwe Hornung (Oberrad), Kurt Szilzer (München), Mike Beckmann (Gevelsberg), Manfred Wittner (Herbolzheim), Bernhard Simmelbauer (Mühlendorf), Daniel Sinker (Hausenstamm) und Wolfgang Wagner (Amberg).

de finanzielle Absicherung sowie das Fehlen eines Mannschaftsarztes vor „Versprochen wurde uns viel, aber nichts gehalten“.

In einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) nahm Zschunke dazu Stellung.

Frage: In mehreren Briefen wurden Ihnen zuletzt von einem Landesfachwart und den WM-Teilnehmern unter anderem Mängel in der Koordination und Kommunikation sowie wenig Engagement bei den Sorgen der Turner vorgeworfen und Ihr Rücktritt gefordert.

GEWICHTHEBEN / Nerlinger: Gold und Silber

Purzelbaum der Freude mit 141 kg Gewicht

Die „Operation 250“ schlug zwar fehl, doch auch mit 245 kg erfüllten sich die Träume des Manfred Nerlinger. Bei den 57. Gewichtheber-Weltmeisterschaften in Sofia gewann der Superschwergewichtler vom TSV München-Neuaußing mit eben jener Last die Goldmedaille im Stoßen und sicherte dem Bundesverband Deutscher Gewichtheber (BVDG) nach sieben mageren Jahren wieder einen WM-Titel.

„Mit Manfreds Gold hatte von uns eigentlich keiner gerechnet“, freute sich Bundestrainer Ewald Spitz, der zuvor die Parole herausgegeben hatte: „Wir wollen beste westeuropäische Nation werden.“



Die Freude eines schweren Mannes: Nerlinger. FOTO: WERK

Das Lob des Bundestrainers für Nerlinger: „Es hat bei uns noch nie einen Menschen gegeben, der so hart wie Manfred trainiert hat.“

„Einige unserer Athleten haben den Abstand zur Weltspitze erheblich verkürzen können“, zog Spitz ein positives WM-Fazit, „die konzentrierte Arbeit im Bundesleistungszentrum Leimen hat sich ausgezahlt.“

„Ich war zwar auf 250 kg vorbereitet, aber der Wettkampf wurde dann zu sehr von der Taktik geprägt.“

Zu den beeindruckendsten Hebern dieses Championats avancierten der erst 19 Jahre alte Federgewichtler Naum Schalamanov (Bulgarien) und der sowjetische Schwergewichtler Juri Zacharewitsch.

DUNHILL INTERNATIONAL advertisement with two packs of cigarettes and text: Dunhill hat sich erlaubt, Ihnen etwas entgegenzukommen.

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 1,0 mg Nikotin und 14 mg Kondensat (leer). (Durchschnittswerte nach DIN).

MOTORSPORT

Wechselt Stuck von Porsche doch zu BMW?

dpa, Gralman
Das ist ja einfach lächerlich, daß der elfte Rang von Derek Bell gegenüber dem 13. Platz vom Norisring den Ausschlag geben soll.

So gelassen reagierte Hans-Joachim Stuck am Samstag auf die Nachricht, daß ihm der Internationale Motorsport-Verband (FISA) nun doch wieder den Titel des Langstrecken-Faherweltmeisters aberkannt hat.

„Weil ich trotzdem punktgleich mit Derek bin, da wir alle anderen Rennen zusammen bestritten haben, und er zudem noch aus demselben Hause kommt wie ich, ist der Schmerz nur halb so groß.“

Die FISA holte eine alte Regel hervor, nach der bei Punktgleichheit die besseren Platzierungen aus den übrigen Rennen entscheiden - und nur bei den 180 Kilometern auf dem Norisring führen beide getrennt.

Daß der Irrtum erst jetzt bekannt wurde, liegt in der Bürokratie der FISA begründet. Die offizielle Endwertung in der Prototypen-WM wird der Verband erst in den nächsten Tagen veröffentlichen, bislang lagen die Ergebnisse praktisch auf Eis.

Er habe praktisch alle Ziele erreicht, die er sich zu Jahresbeginn vorgenommen habe. „Mein Hauptziel war es, endlich Le Mans zu gewinnen.“

Fraglich bleibt weiterhin, ob er dem Zuffenhausener Werk treu bleibt. „Ich habe ein riesiges Angebot von BMW für die Tourenwagen-WM und bin am Freitag Porsche nicht nähergekommen, eher wieder weiter auseinander.“

Porsche-Pressesprecher Klaus Reichert sagte zur Entscheidung des Verbandes: „Das ist sehr bedauerlich. Aber wenn man das Reglement richtig interpretiert, dann ist die Entscheidung logisch.“

BASKETBALL / Sensation: Meister Agon Düsseldorf zum ersten Mal seit sechs Jahren besiegt

Im griechischen Lokal wurden die Speisen kalt. Und der Trainer erntete nur noch böse Blicke

DW, Düsseldorf
Abends sind sie gemeinsam in ein griechisches Lokal gegangen. Das ist für die Basketballspielerinnen von Agon Düsseldorf schon zur Tradition geworden.

Doch am Samstag wollte keine Stimmung aufkommen. Wortkarg stocherten die Düsseldorfinnen in ihren Speisen.

In sportliche Belange mischt er sich nicht ein, besucht auch die Spiele nur unregelmäßig bis selten.

„Niemand hat was gesagt. Jede mußte erst mal mit sich ins reine kommen.“

te in der Bundesliga und ist erst im Sommer aus den USA zurückgekommen. Die erste deutsche Spielerin, die dort als Basketball-Lehrerin ihre sportlichen Erfahrungen erweiterte.

Aber Tessa Frank ist auch die Tochter von Josef Frank, dem Hauptsponsor des Düsseldorf Clubs. Und das machte die Sache am Samstag problematisch.

In sportliche Belange mischt er sich nicht ein, besucht auch die Spiele nur unregelmäßig bis selten.

er kämpften 13-Punkte-Vorsprung ein. Und die erst vor Saisonbeginn verpflichtete Deutsch-Amerikanerin Monica Burchert saß auf der Bank.

Denn Dieter Krausch arbeitet erst seit Saisonbeginn in Düsseldorf. Als Nachfolger des in sieben Jahren überaus erfolgreichen Italo-Amerikaners Toni de Leo, unter dessen Leitung die Mannschaft sechs Deutsche Meisterschaften und zwei Pokalsiege errang.

So arrangierte sich Agon schließlich mit Dieter Krausch, dem ehemaligen Herren-Trainer des Berliner Bundesligaklubs DTV Charlottenburg.

verwalten.“ Selbst das gelang ihm bislang nicht vollständig.

Am Samstag versagte die Mannschaft erstmals vollständig im Angriff, der einst ihre Stärke war.

Assistent Klaus Greulich hat jedenfalls schon beobachtet, daß einige Spielerinnen aufmäßig werden, und zu Recht. Wir müssen in den nächsten Tagen dringend darüber reden.“

HANDBALL / Guter Auftakt im Europapokal

VfL Gummersbach war eine Nummer zu groß für Graz

sid/dpa, Düsseldorf

Was dem deutschen Handball-Rekordmeister VfL Gummersbach in der Bundesliga noch nicht gelang, erreichte er gestern im Achtel-Hin-

Die Bundesliga noch nahezu erfolgreiche Isländer Kristjan Arason vier Tore erzielt. „Der VfL war eine Nummer zu groß für uns“, sagte Lela Ambrus, der für Österreich 136 Länderspiele bestritt und fünf Siebenmeter gegen den deutschen Nationaltorwart Andreas Thiel verwandelte.

Er habe praktisch alle Ziele erreicht, die er sich zu Jahresbeginn vorgenommen habe. „Mein Hauptziel war es, endlich Le Mans zu gewinnen.“

Während Gummersbach in Graz bereits das 117. Europacup-Spiel bestritt, gab der MTSV Schwabing sein Europa-Pokaldebüt.

Porsche-Pressesprecher Klaus Reichert sagte zur Entscheidung des Verbandes: „Das ist sehr bedauerlich. Aber wenn man das Reglement richtig interpretiert, dann ist die Entscheidung logisch.“

ren die Nationalspieler Uli Roth (acht Tore) und Andreas Dörhöfer (fünf).

In der Bundesliga wurde am Wochenende ein Mann geschickt, der dem Deutschen Handball-Bund (DHB) als Bundestrainer zum bisher einzigen Weltmeister-Titel verholfen hatte.

Die Düsseldorf erwischten zwar einen Start nach Maß, denn der Kanadier Valentine besorgte nach nur 25 Sekunden Spielzeit die Führung für die DEG.

Spannuth wird mangelndes Risiko-Bewußtsein vorgeworfen. Er ließ Ralf Niemeyer bis kurz vor Schluß auf der Bank, obwohl der Angriff mit ihm später weit druckvoller spielte.

Eine Überraschung erlebte die Bundesliga der Frauen. Meister Bayern Leverkusen, seit Jahren die überlegene Mannschaft, verlor sein Meisterschaftsspiel beim TV Lützellinden mit 17:21 (9:9).

EISHOCKEY

Düsseldorf gestoppt

sid, Köln

Der Siegeszug der Düsseldorf EG in der Eishockey-Bundesliga hat ein abruptes Ende genommen.

Innerhalb von 198 Sekunden schafften die Gastgeber im zweiten Drittel die Vorentscheidung.

Am Ende aber konnten die Italiener bei der ersten Feuerprobe für ihren neuen Nationaltrainer Azeglio Vicini zufrieden sein.

Die Schweizer hatten schon zuvor durch ein 0:2 in Schweden und ein 1:1 gegen Portugal kaum noch Hoffnungen. Trainer Daniel Jeandepux sagt dennoch: „Wir haben eine gute Mannschaft gefunden und eine gute Leistung gezeigt.“

ITALIEN

Dank an Altobelli

sid, Mailand

„Der alte Weise schoß die junge Elf zum Sieg: Lob und Dank für Altobelli.“

„Ein Glück, daß er nach Mexiko international doch noch nicht Schluß gemacht hat“, räumte der zum Technischen Direktor beförderte ehemalige Nationaltrainer Enzo Bearzot im Mailänder Meazza-Stadion auf der Ehrentribüne seinem Nachbarn Franz Beckenbauer zu.

Am Ende aber konnten die Italiener bei der ersten Feuerprobe für ihren neuen Nationaltrainer Azeglio Vicini zufrieden sein.

Die Schweizer hatten schon zuvor durch ein 0:2 in Schweden und ein 1:1 gegen Portugal kaum noch Hoffnungen.

Sport in Zahlen

FUSSBALL
Erste englische Division: Aston - Chelsea 0:0, Leicester - Everton 0:2, Luton - Nottingham 4:2, Manchester City - Charlton 2:1, Newcastle - Watford 2:2, Norwich - Manchester United 0:0, Queens Park - Oxford 1:1, Southampton - Arsenal 4:0, Tottenham - Coventry 1:0, Wimbledon - West Ham 0:1.

BASKETBALL
Bundesliga, Herren, 11. Spieltag: Bamberg - Osnabrück 108:91, SSV Hagen - Gießen 73:63, Ludwigslust - Köln 78:105, Daxen 7, Spitzberg Köln - Bamberg 76:98, Porz/Hennet - Wolfenbüttel 57:61, Oberhausen - Weilheim 55:58, Düsseldorf - München 57:56.

EISHOCKEY
Bundesliga, 17. Spieltag: Düsseldorf - Kaufbeuren 9:3, Frankfurt - Köln 5:3, Langshut - Mannheim 3:3, Riedersee - Isarohm 2:1, Schweningen - Ritzheim 5:3, Europaop, 1. Runde, Hinspiele: Dynamo Ost-Berlin - Lugano 2:5, Partizan Belgrad - Polonia Bytom 2:5, Oslo - Tampere 0:10.

HANDBALL
Bundesliga, Herren, 9. Spieltag: Mülheim - Gießen 19:14, Wiesbaden - Gummersbach 18:15, Weiche - Handewitt - Großwallstadt 20:24, Hameln - Schutterwald 15:15, Franen 7, Spieltag: Lützellinden - Leverkusen 21:17, Frankfurt - Oldenburg 15:14, Engelskirchen - Nürnberg 24:18, Auerbach - Sindelfingen 19:14, Braunschweig - Guts Muts Berlin 14:18.

JUDO
DMN-Finale, Rückkampf in Wolfsburg: Wolfsburg - Rüsselsheim 9:6.

RINGEN
Bundesliga, Gruppe West, 14. und letzter Spieltag: Aldenhoven - Mönchengladbach 2:1, Schweningen - Bonn-Duisdorf 24:15, Goldbach - Schifferstadt 25:13,5, Aachenburg - Dortmund 20:8, Gruppe Süd: Graben-Neudorf - Reilingen 15:22,5, Freiburg - Haslach - Völklingen 19:15, Nürnberg - Freiburg-St. Georgen 20:11, Wiesental - Aalen 37:12.

VOLEIBALL
Bundesliga, Herren: Dschau - Fort Bonn 0:3, Ottobrunn - Berlin 3:0, Daxen: Hannover - Feuerbach 0:3, Rüsselsheim - Münster 0:3, Oythe - Völsburg 3:2, Schwerte - Lohhof 0:3, Wiesental - Berlin 0:3, Oythe - Lohhof 0:3.

GEWINNZAHLEN
Weltmeisterschaften in Sofia, Olympischer Zweikampf, Klasse bis 60 kg: Schalamanov (Bulgarien) 385:0, bis 75 kg: Gudilov 168:5 im Reiten, Varnabov (beide Bulgarien) 215:5 im Stößen, 37,5 im Zweikampf, bis 82,5: Ziliev (Bulgarien) 408, bis 100: Vlad Zucharewitsch (UdSSR) 447:5, über 110: I. Krastev (Bulgarien) 460 kg, 2. Nerlinger (Bundesrepublik Deutschland) 430, 3. Stolinowski (Polen) 410.

TENNIS
Internationale Turniere in London, Viertelfinale: Fimek (CSSR) - Pate (USA) 6:7, 6:2, 6:2, Noah (Frankreich) - Kriek (USA) 7:6, 6:4, Svensson (Schweden) - Cash (Australien) 7:6, 6:7, 6:3, Curren (USA) - Hasek (Schweiz) 6:4, 6:4, Halbfinale: Svensson - Fimek 6:3, 7:6, Noah - Curren 7:5, 6:3, Grand-Prix-Turnier in Buenos Aires, Viertelfinale: Roldan (Argentinien) - Steeb (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 6:1, Boldan (Argentinien) - Steeb (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 6:1, Berger (USA) - Maciel (Mexiko) 4:6, 6:3, 7:5, Arguello (Argentinien) - Maeso (Spanien) 6:0, 6:4, Davin - Ganzabal (beide Argentinien) 6:3, 7:5, Internationales Turnier in Helsinki, Halbfinale: Kühnert - Popp (beide Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 1:6, 7:8, Navratti (CSSR) - Carlsson (Schweden) 4:6, 6:3, 7:6, Finale: Kühnert - Navratti 6:4, 7:5, Damasturnier in Chicago, Viertelfinale: Mandlikova (CSSR) - Krhde (Bundesrepublik Deutschland) 6:4, 7:5, Garrison (USA) - K. Maleewa (Bulgarien) 7:5, 6:1, Navratilova (USA) - Sabatini (Argentinien) 6:2, 7:6, Shriver - Rinaldi (beide USA) 6:3, 6:4, Halbfinale: Navratilova - Garrison (USA) 6:2, 7:5, Mandlikova - Shriver 6:4, 3:6, 7:5, Doppel, Viertelfinale: Bunge/Güldenmeier (Bundesrepublik Deutschland) 6:1, 7:5, Damasturnier in Santiago (Chile), K. und M. Maleewa (Bulgarien) 6:1, 7:5, Damasturnier in San Juan/Puerto Rico, Viertelfinale: Reggi - Meier (Bundesrepublik Deutschland) 6:0, 6:4, Halbfinale: Reggi - Fernandez (Puerto Rico) 7:5, 6:2, Gales (Jugoslawien) - Werdol (USA) 6:3, 6:1.

SCHACH
Olympiade in Dubai, 1. Runde: Herren: Bundesrepublik Deutschland - Briffel - Angola 4:0, Kindermann - Briffel - Angola 1:0, Mateus 1:0, Bischoff - Nascimento 1:0, Hück - Jorge 1:0, UdSSR - Libanon 3:0, Ungarn - Venezuela 4:0, Jugoslawien - Thailand 4:0, USA - El Salvador 4:0, Dames, 1. Runde: Bundesrepublik Deutschland - Dominikanische Republik 2:1, Hund - Hauer - Feustel - Garcia Remis, Traber - Hinzim Remis, UdSSR - Türkei 3:0, Ungarn - Argentinien 2:0, Polen - Finnland 1:2, China - Portugal 2:0, Kuba - Italien 3:0, Griechenland - Puerto Rico 3:0, Österreich - Panama 3:0.

KUNSTSTURMEN
Deutsche Meisterschaften der Herren in Künzelsau, Zweikampf, Endstand: 1. Japtoik (Hannover) 113,55 Punkte, 2. Kern (Leingarten) 113,15, 3. Hornung (Frankfurt) 112,65, 4. Szilzer (München) 112,05, 5. Beckmann (Gevvelberg) 111,76, 6. Simmelbauer (Mühlhof) 111,55, Gerätefinale, Pferdsprung: 1. Haug (Berlin) 19,200, 2. Nigg (Cannstedt) 18,800, 3. Beckmann 18,775, Seiffert: 1. Wittner (Herbolzheim) 19,500, 2. Hornung 19,075, 3. Schiller 19,050, 4. Barren: 1. Simmelbauer 19,425, 2. Japtoik 18,975, 3. Hornung 18,900.

LEICHTATHLETIK
Tokio-Marathon für Frauen: 1. Mota (Portugal) 2:27:15 Std., 2. Derra (DDR*) 2:31:54, 3. Drake (Neuseeland) 2:38:08.

EISKUNSTLAUF
Internationale Wettbewerbe in Zagreb, Herren, Endstand: 1. Petrenko (UdSSR) 200 Punkte, 2. Roncoli (Frankreich) 58, 3. Sygan (USA) 70, 4. Fuchs (Bundesrepublik Deutschland) 16,8.

REITEN
Internationales Turnier in Hannover, GP von Niedersachsen: 1. Edgar (England) Asher 9 Fehlerpunkte, 25,5, 2. Hatermeister auf The Freak 0/35,68, 3. Schockemühle (beide Bundesrepublik Deutschland) Deister 0/40,68, 4. Zeispringen, Klasse S: 1. Snoch (Münster) Anstetter 113,55, 2. Kern (Leingarten) 113,15, 3. Kamps (Heiden Angouat) 476,63, Grand Prix de Special der Dressur: 1. Otto-Krepien (Metzmann) Corlandus 1442 Punkte, 2. G. Theodorescu (Warendorf) Entzartner 1380, 3. Fischer (Hannover) Gran Choco 1364.

GALOPP
Rennen in Krefeld: 1. R. L. Mepay (M. Hoyer) 2. Abbas 3. Sorbarus, Toto: 19/12, 17, 22, ZW: 112, DW: 572, 2. R.: 1. Uno (T. Heiler), 2. La Valetta, 3. Weibermacht, Toto: 76/16, 11, 14, ZW: 376, DW: 1056, 3. R.: 1. Oschiwa (P. Kienzler), 2. Corsara, 3. Traumstar, Toto: 36/24, 106, 89, ZW: 1352, DW: 11730, 4. R.: 1. Francis Pones (D. Richardson), 2. Manamo, 3. Tharsilus, Toto: 32/15, 22, 17, ZW: 452, DW: 2184, 5. R.: 1. Antoinette (H.P. Ludewig), 2. Auguste-Viktoria, 3. Berlin, Toto: 159/8, 34, 30, ZW: 568, DW: 6116, 6. R.: 1. Lagatos (L. Mäder), 2. Tachira, 3. Gipsy Princess, Toto: 32/15, 17, 20, ZW: 84, DW: 464, 7. R.: 1. Theodorich (D. Ehlén), 2. Cirk, 3. Alpenbauer, Toto: 89/26, 18, 26, ZW: 352, DW: 2256, 8. R.: 1. Gettyburg (P. Schiergen), 2. De-laware, 3. Winky, Toto: 44/18, 22, 26, ZW: 272, DW: 1868, 9. R.: 1. Aberali (Frl. K. Jaeger), 2. Don Carlos, 3. Fritzen, Toto: 24/17, 18, 26, ZW: 108, DW: 692.

GEWINNZAHLEN
Lotto: 16, 23, 26, 28, 45, 46, Zusatzzahl: 38, Spiel 77: 3 960 031, - Resonanztest: Rennen A: 13, 14, 4, - Resonanztest: Rennen B: 72, 985, 2997, 2373, 731251, - Los-Nummer: 3760979, 9958257, 5912228, - Prämienziehung: 198297, 347751, 217376, (Ohne Gewähr.)

An Deutschlands Fach- und Führungskräfte

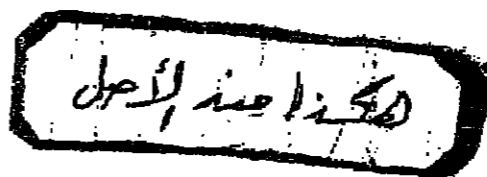
Hier gibt's seitenweise Karrieren



Schlagen Sie für Ihre Zukunft neue Seiten auf: die BERUFS-WELT mit dem großen überregionalen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte.

Der erste Schritt in Ihre berufliche Zukunft ist jetzt einfacher denn je: Nutzen Sie die BERUFS-WELT. Jeden Samstag in der WELT.

Wichtiger denn je DIE WELT



دولت اسلامي

G. Troeller berichtet über Minderheiten der USA Salatplatte oder Tiegel?

Der Engländer Israel Zangwill sagte 1908 in seinem damals viel gespielten Theaterstück „Der Schmelztiegel“: „Amerika ist Gottes Feuerprobe, der große Schmelztiegel, in dem alle Rassen Europas eingeschmolzen und neugeformt werden.“ Der Vergleich schmelztafel Amerika, wo jeder Einwanderer schnellstens wie ein „geborener Amerikaner“ sein wollte.

Man gebraucht das Wort „Schmelztiegel“ heute oft mit skeptischem Lächeln. Für die Angehörigen der Rassen Afrikas (zwei Prozent der Bevölkerung) zum Beispiel gab es in ihm keinen Platz. Asiaten wurden sogar ferngehalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem es um den Kampf gegen jeglichen Rassenhaß gegangen war, mußte man sich damit auseinandersetzen, daß der „Schmelztiegel“ nur für Weiße arbeitete, nie für Schwarze und nur selten für Lateinamerikaner (wahrscheinlich neun Prozent der Bevölkerung).

Der „Schmelztiegel“ roch nach Rassismus: Er sprach von erfolgreich amerikanisierten Europäern und

nur elf Prozent der Bevölkerung der Stadt doch sind. Auch religiöse Gruppen der USA sind für die meisten keine Minderheit mehr und gehören zum „Hauptstrom“. Andere Gruppen hingegen suchen mit Leidenschaft den Status als Minderheit, weil sie sich „unterdrückt“ fühlen.

Die wichtigsten Neuzuwanderer in der Bewegung der Minderheiten waren in den 70er Jahren wohl die Afrikaner – obwohl es fünf Millionen mehr Frauen als Männer gab. Sie schafften es und gelten oft als „Minderheit“, weil sie geringere Rechte als Männer haben.

Viele begrenzen deshalb die authentischen Minderheitsbewegungen auf „ethnische Gruppen“. Alle aber verlangen einen „kulturellen Pluralismus“. Amerika sei kein „Schmelztiegel“, sondern eine „Salatplatte“, heißt es. Auch die ethnischen Minderheiten – Indianer, Neger, Lateinamerikaner, Chinesen, Japaner, Philippinos, Vietnamesen usw. – können gelegentlich die Rolle der Mehrheit spielen. Das entdeckte die demokratische Partei: Sie sicherte sich lange Zeit eine Wählermehrheit durch ein politisches Wahlbündnis mit den Minderheiten, deren Forderungen sie in ihr Programm aufnahm. Das funktioniert jedoch in den 80er Jahren nicht mehr richtig. Nicht wenigen Angehörigen der Minderheiten gelingt der Durchbruch zu Amerikas Mittelstand. Die Zurückgebliebenen werden radikal und wollen den Kurs der Partei diktieren, wie ein Führer der Neger, Jesse Jackson, es vorzuzieht.

Auf der anderen Seite gibt es neue Konflikte: Kalifornien erklärte vor zwei Wochen in einem Volksentscheid Englisch als offizielle Sprache des Staates. Die USA haben keine gesetzlich verankerte Landessprache, und vielen Amerikanern jagt das Festhalten der „Lateiner“ an der spanischen Sprache Angst ein.

Die Entwicklung steht jedoch nicht still: Immer mehr Asiaten strömen jetzt in die USA, und ihre Kinder finden den Weg zu den großen Universitäten der Elite. Amerika will zeigen, daß die Angehörigen aller Rassen friedlich beisammen leben können. Bietet die „Salatplatte“ bessere Aussichten als der „Schmelztiegel“? Die Leidenschaft, mit der man an diese Aufgabe immer wieder herangeht, läßt manchen mit Goethe sagen: „Amerika, du hast es besser als unser Kontinent, der alte.“

Kinder der Welt - ARD, 21.15 Uhr

schloß alle anderen von der Amerikanisierung aus. In den sechziger Jahren, der Blütezeit der Protestbewegungen in dem immer mehr über sich selbst nachdenkenden Amerika, erinnerte man sich der vergessenen schwarzen Bevölkerung Amerikas und anderer Rassen. Man sprach von ihnen als „Minderheiten“.

John F. Kennedy nannte den Ausschluß der Neger aus der Gesellschaft „eine tägliche Beleidigung“. Eine viel beachtete Studie der Bevölkerung New Yorks fand, daß die Gruppen nach Beispiel der Iren, Italiener und Puerto Ricaner mehr unterschiedliches als Gemeinsames aufwiesen. Der „Schmelztiegel“ funktionierte nicht oder mindestens nicht mehr.

Dem Problem war semantisch nicht beizukommen. „Minderheit“ wurde ein Euphemismus für die nicht assimilierte, nicht weiße Bevölkerung Amerikas, und Euphemismen haben einen schwer zu unterdrückenden, gefühlsgeladenen Kern. Der Sprachforscher William Safire macht darauf aufmerksam, daß niemandem es einfallen würde, New Yorks „weiße angelsächsische Protestanten“ Minderheit zu nennen, was sie mit

GÜNTER FRIEDLÄNDER

Raucher schaffen Fakten, Nichtraucher eben nicht

Heute abend wird man erfahren können, was die Leute über Raucher und Nichtraucher denken. Gesetzliches Rauchverbot in Gegenwart von Nichtrauchern? Oder mehr freiwillige Rücksichtnahme? Die Abstimmung über zwei Telefonnummern läuft seit zwei Wochen. Das Ergebnis kann man allerdings wohl schon voraussagen: Die Mehrheit wird für Rücksicht und Freiwilligkeit sein. Der simple Grund: Nichtraucher sind im Durchschnitt toleranter. Die Raucher haben sie dazu erzogen.

Daß Rauchen schädlich ist, darüber gibt es keinen Streit. Welche Mortalitätsstatistik man zugrunde legt, die über den Lungenkrebs, über die Herzinfarkte oder über die chronische Bronchitis, ist nur noch Ansichtssache. Gut, sagen die meisten Raucher, doch der freie Bürger müsse auch die eigene Todesursache frei wählen können. Aber wie weit reicht das Menschen Freiheit? Und was ist, wenn das Freiheitsrecht des Rauchers die Freiheit des Nichtrauchers beeinträchtigt?

Schon vor 30 Jahren, als die Raucher nicht nur zahlenmäßig, sondern auch in der öffentlichen Meinung noch die herrschende Klasse bildeten, gab es Nichtraucher. Sie litten stumm. Kaum je hörte man Protest. Dies hat sich grundlegend geändert. Das gesundheitliche Risiko des Passivrauchens, der Nichtraucherschutz in Restaurants, Eisenbahnhöfen, Flugzeugen, Büros, ja sogar in Familienwohnräumen ist in aller Munde. Es gilt seit Jahren als ausgesprochen chic und sozialverträglich, für die Nichtraucher einzutreten, selbst wenn einem dabei die glimmende Zigarette im Mundwinkel klebt.

Daß sich jetzt eine Gegenbewegung formiert, daß die Raucher wieder forscher und fordernder auftreten, ist keine Überraschung. Sogar Hohn und Spott geht teilweise auf die armen Nichtraucher mit ihren Protesten nieder. Die Waffen sind eben ungleich verteilt. Der Raucher kann die Macht der Fakten einsetzen: er raucht. Nichtraucher ist kein Faktum.

So ergeben sich viele Nichtraucher in ihr Los. Wer ruft schon gern die Polizei? Verbote sind, wenn es hart auf hart geht, sowieso nur schwer durchzusetzen. Schließlich gab es Päpste, die den Rauchern mit Exkommunikation drohten, im alten Rußland soll verbotswidrig Rauchen zur Strafe sogar die Nasenspitze abgeschnitten worden sein. Und auch in die manchen „Spiegel“-Stories zwischen den Zeilen suggerierte Hoffnung, man müsse nur alle Aktionäre und Manager der Zigarettenindustrie einsperren, um die Welt in ein Nichtraucherparadies zu verwandeln, scheint unrealistisch.

JOACHIM NEANDER

KRITIK

Bericht des Apfels über die Birne

Einem ganzen Abend widmete West III dem Sowjet-Fernsehen: Von der Westgrenze bis Wladivostok ließ ein Portrat zwischen dem Spielfilm. Darin versuchten Begriffe: „Kollegen“ wurden die Mitarbeiter von „Gosteleradio“ genannt, obwohl – allerdings sehr beiläufig – von Walter Erasmij erwähnt wurde, daß sie einem Ministerium zugehörig sind und Partei-Aufträgen Folge leisten. „Die kulturelle Umgestaltung“ im Sinne der Oktober-Revolution, der „erhabensten gesellschaftlichen Umgestaltung unseres Jahrhunderts“, sei ihre Hauptaufgabe, wurde erklärt.

Und zwischendurch, so war zu sehen, hüpfen und quieken Schlagertextars und Zeichentrick-Mäuse ganz wie im Westen. Folklore aus Usbekistan und anderswo soll nationale Unabhängigkeit vorgekauft.

Kollektive Gefühle mochten in der Tat aufkommen, als gesagt wurde, daß im Sowjetfernsehen aus dem Westen nichts Gutes“ gemeldet werde – nur Demos, Unglück, Katastrophen. Der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg werde viel Platz eingeräumt – wie? „Darauf wollen wir nicht eingehen“, sagte Erasmij, ohne Angabe eines Grundes. Übrigens: Krimis und Sex kommen nicht vor.

Und was sollte der Beitrag? So tun, als ob West- und Ost-Fernsehen doch so ziemlich gleich sind? Dann hat der WDR eine schlechte Meinung von der eigenen Unabhängigkeit.

WEST
18.50 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fantastorprogramm
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
20.45 Sport-Platz
21.00 Krimi
21.15 Hesse Heimat - teure Heimat
21.25 Dokumentation
21.35 Technologie der Zukunft
22.45 An einem Tag
Französischer Spielfilm

NORD
18.50 Textiles Gestalten (4)
19.00 Briefmarken nicht nur für Sammler
19.15 Technik und Wirklichkeit
19.25 Berichte über die Raumfahrt
20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagstheater
Gespräch mit Heinrich Franke (Bundesanstalt für Arbeit)
21.00 Samt und Seiden (2)
21.45 Sanktor als Kerkern
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit James Stewart, Jean Hagen

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.50 Wort der Woche
Der Nil
19.20 Hesse Heimat
20.00 Trends

Magazin für Wirtschaft & Soziales
19.45 Sprechstunde
ins Altenheim?
21.30 Drei aktuelle
21.45 Megamum
Die Rückkehr von Luther Gillis
22.00 Blickpunkt Ausland
Grenzgänger - Mittelamerikas all-
tägliche Tragödien
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.50 Sesamstraße
18.55 Ferry
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.50 Format Eins
20.15 Unser Auto ist handiert
2. Es begann bei Benz
20.45 Kommunikation (2)
21.00 Aktuelle/News
21.15 Söhlinger - Ingelheim
21.45 Krimi
Film von Omar Hitzelberger

21.40 Jazz
21.50 Sprechstunde
19.00 Live aus dem Aljazara
20.45 Der Biener-Frisch
Porträt eines Naturforschers
21.50 Zündschlüssel
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Franz Türmer hat Lyrik
22.50 Megamum
Die Maske fällt

7.45 Rotenbogen Touristik 10.50 Movie 10.55 Das letzte Wort hat Tibby Amerikanischer Spielfilm (1972)	11.30 Die Knoff-hoff-Show 12.15 Umschau 12.35 Das Welt von der wir leben 12.55 Pressschau/hohe
15.50 Tagesschau 16.00 Der Feind (6) 16.25 Zu Stück aus ihrem Leben Menschen über 60 (6) 17.40 Vornachmittag bei Rotenbogen 17.55 Regionalprogramm 20.00 Tagesschau 20.15 Ausposten (5) Serie mit Charles Aznavour Julien will beweisen, daß er das Opfer einer Intrige war. Vier Bauarbeiter kamen ums Leben, als ein von Julien geplantes Haus infolge eines Erdstoches einstürzte.	16.00 heute 16.04 Mischtrich (11) Kündigung wegen Eigenbedarfs 16.35 Themen: Man hat's im Köpfechen. Wenn's passiert ist: Verkehrsunfall 17.00 beste / Aus den Ländern 17.15 Tele-Illustrierte 17.45 Agentin mit Herz 19.00 heute 19.30 Der Schrei nach Leben (1) Dreiteiliger Fernsehfilm Nach Martin Gray, Max Gallo Mit Michael York, Jacques Penot Drehbuch, Regie: Robert Enrico In Südfrankreich verliert ein Mann bei einem Waldbrand seine Frau und vier Kinder. Er ist Amerikaner, ein Jude polnischer Herkunft. Ein Schriftsteller überredet ihn, ein Buch zu schreiben. So entsteht ein Dokument über Juden im Zweiten Weltkrieg.
21.15 Kinder der Welt Gordian Troeller berichtet über ethnische Minderheiten der USA 22.00 Sketchup Mit Iris Berben, Diether Krebs 22.50 Tagesschau 23.00 Der Krieg meines Vaters Deutscher Spielfilm (1984) Buch, Regie: Nico Hofmann Alles bleibt auf der Strecke. Des Denken, die Vernunft, die Gefühle. Alles was man hat, ich stecke in einer Uniform und habe mich selbst verloren.“ Dies findet Hans 1942 im Tagebuch seines Vaters, der vor der Einberufung seines Sohnes in Frankreich gefallen ist.	21.05 Ratschlag für Kinogänger „Der Untergang des amerikanischen Imperiums“ 21.15 WISO Das Gemeinnutz-Kleingedruckte in Versicherungen, Rhein-Git. 21.45 heute-Journal 22.05 So nah, so fern Christian Graf Krockow berichtet über Pommeren und Preußen 22.55 S nach 10 Freier Raucht für freie Bürger! 23.55 heute

18.00 Mini-ZIS 18.10 Diodor aus der Schweiz 18.04 heute 18.20 Studio 19.50 Film & Talk Mit Horst Jankowski und dem RAB-Tanzorchester 20.30 Sport-Zeit 21.15 Licht im Bild 2 21.25 Kulturjournal 21.35 Heute in der Dämmerung Amerikanischer Spielfilm (1975) Mit Katharine Hepburn, Laurence Olivier, Richard Pearson 23.20 Kameraport 23.55 Redaktionen	16.15 Argonetta/Regieart 7 18.35 Mitternacht 19.05 7 von 7 19.20 Märchen 19.30 Der Teil der Pappeln Michels Pojekt 20.15 Spiel 20.30 Kinovorschau 20.50 Sprechstunde Nr. 2 Französischer Spielfilm (1971) Regie: Peter Kirchberger 21.10 RTL-Spiel 21.15 Nachrichten 21.25 Der Pegg-3 des Kolombus 21.30 Wie geht's? Grüne, adieu! 22.50 Walter/Harold/Beckhupfer 23.00 Wild Street Final
---	--

Am 9. 11. 1986 verstarb unsere frühere Mitarbeiterin, Frau

Margot Zimmermann

geboren am 18. 6. 1932

Frau Zimmermann war 11 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1979 im Ruhestand.

Wir schätzen sie als gewissenhafte und zuverlässige Mitarbeiterin und werden ihr Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 18. 11. 1986, um 12 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Hamburg-Bergstedt statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24
Telefax:
Hamburg
2 17 001 777 as d

KURATORIUM FÜR UNFALLVERLETZTE ZNS

MIT SCHÄDEN DES ZENTRALEN NERVENSYSTEMS E.V.

ZNS-Schäden können jeden treffen - deshalb sollte auch jeder helfen.

Unfälle verursachen jährlich bei etwa 200.000 Menschen Kopfverletzungen. Betroffen ist dabei vor allem das Zentrale Nervensystem (ZNS). Die seelischen, geistigen und körperlichen Schadensfolgen können oft genug gemildert oder sogar beseitigt werden. Tragen Sie mit Ihrer Spende dazu bei.

Hannelore Kohl - Präsidentin - KURATORIUM ZNS

Unser Spendenkonto 'KURATORIUM ZNS' hat die

Konto-Nr. 3000

bei der Deutschen Bank Bonn
bei der Dresdner Bank Bonn
bei der Bayerischen Vereinsbank Ludwigshafen
bei der Sparkasse Bonn
bei der Volksbank Bonn
Konto 3000-504 beim
Postsparkamt Köln

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar

Zeig beim Porto Herz & Verstand Kauf Wohlfahrtsbriefmarken

Abonnieren Sie DIE WELT

- Ihren täglichen Informationsvorsprung

An: DIE WELT, Vertriebs, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30, Telefon: 040/347 38 13

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage, anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen)

Vorname/Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Vorw./Tel: _____
Datum: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30

Unterschrift: _____

Lesenswerter denn je
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sie haben das Recht, eine Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.

Eine Königliche Kostbarkeit.

Exklusiv von der Berliner Morgenpost.

Für Kenner.

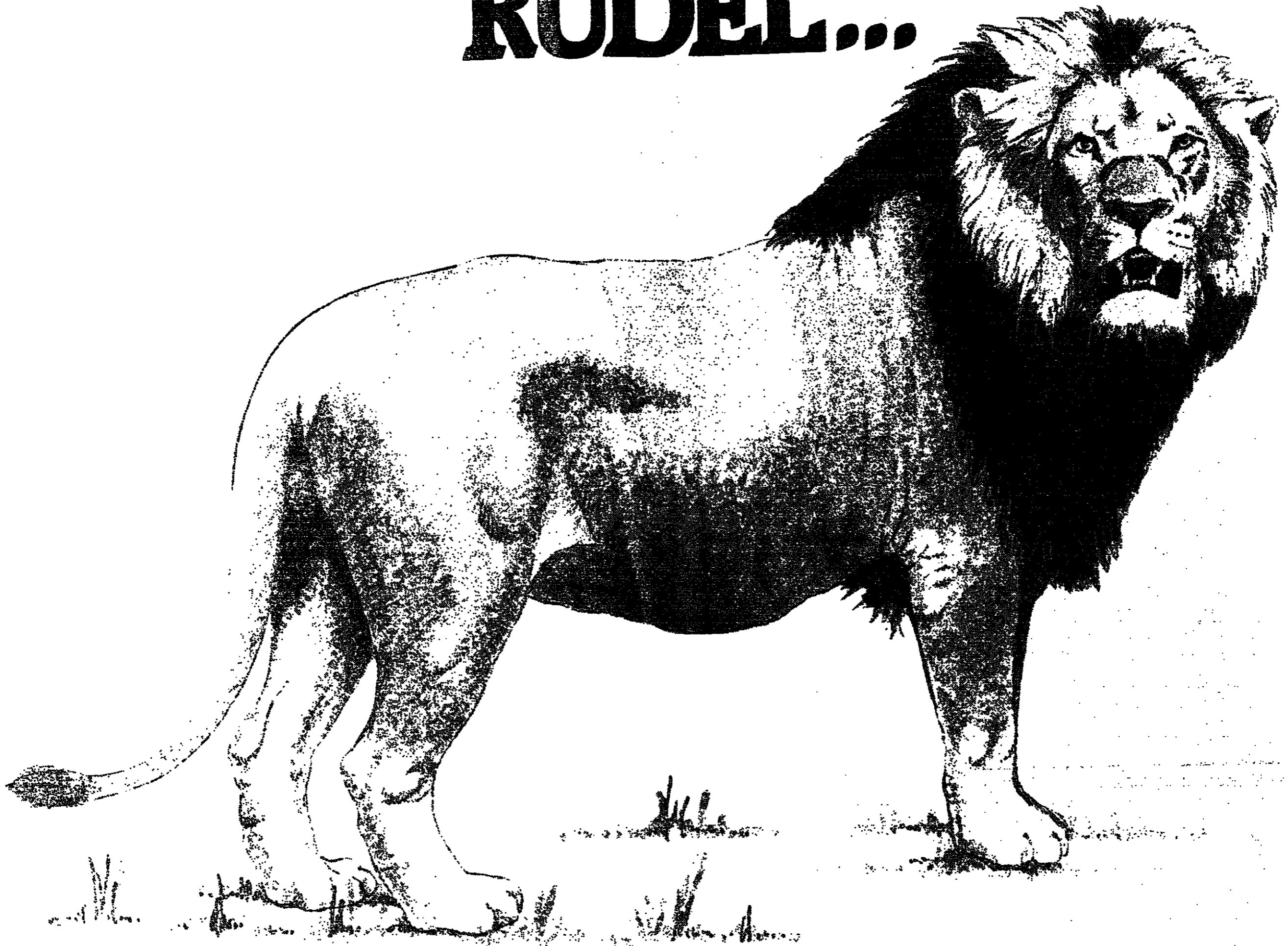
Der große Preußenkönig auf einem wertvollen Gedenksteller der Staatlichen Porzellan-Manufaktur (KPM) Berlin. Nach einem Original des bekannten zeitgenössischen Radierers und Kupferstechers Daniel Chodowiecki. Der in Handarbeit aufgetragene 24 karätige Goldrand betont das über 200 Jahre alte klassische Kurfana-Dekor und das Motiv in besonderer Weise. Die Aufgabe ist limitiert. Wir bitten Sie deshalb schon jetzt um Verständnis, daß Bestellungen nur in der Reihenfolge ihres Eintreffens bei uns berücksichtigt werden können. Der Gedenksteller (Ø 20 cm) kostet DM 64,-

Coupon einlösen an: Berliner Morgenpost, Berlin-Brandenburgische Straße 50, 1000 Berlin 60

Ich bestelle ich _____ Gedenksteller „Preußenkönig auf dem Pferd“ zum Preis von DM 64,- inkl. MwSt. plus DM 6,- Versandkosten. Die Lieferung erfolgt umgehend nach Zahlungseingang. Ich wähle den schnellsten, postschonsten Weg und lege meine Bestellung einen Verrechnungsscheck bei. Ich überweise den Betrag an die Ullrich GmbH, Deutsche Bank AG, Konto-Nr. 820 40 06, oder Postgk Berlin West, Konto-Nr. 123-123

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
Datum/Unterschrift: _____

LÖSEN SIE SICH AUS DEM RUDEL...



UND ENTDECKEN SIE SÜDAFRIKA SELBST.

Warum wollen Sie sich das Recht vor-
enthalten, Südafrika kennenzulernen?

Sie können doch morgen schon dort
sein - mit einem Dutzend oder mehr inter-
nationaler Fluglinien.

Lassen Sie sich vom Safari-Fieber
anstecken und von Städten faszinieren, die
auf Gold und Diamanten gegründet wurden.
Die landschaftliche Schönheit und Vielfalt
werden Sie bezaubern.

Sie werden von den positiven Verän-
derungen, die in Südafrika vor sich gehen,
angenehm überrascht sein. Allein dies
zu erleben ist schon eine Reise wert.

Und gerade jetzt ist Südafrika durch den
günstigen Wechselkurs von ganz beson-
derem Reiz für Besucher.

Erfüllen Sie sich Ihren persönlichen Traum,
dieses wunderschöne Land zu erleben,
und lassen Sie sich von seinem Zauber ge-
fangennehmen.

Ausführliche Informationen darüber,
was Südafrika dem Besucher zu bieten hat,
finden Sie in dem neuen SAAtours Hand-
buch für Südafrika-Reisen.

SÜDAFRIKA.

VIELFALT, DIE EIN WIEDERSEHEN WERT IST.



South African Tourism Board
SATOUR
An der Hauptwache 11
6000 Frankfurt/M. 1
Postfach 1019 40

Bitte schicken Sie mir kostenlos das SAAtours
Handbuch für Südafrika-Reisen 1987.

Name _____

Adresse _____

DW 17/11

Pankraz, das Klima und der ApO-Kongress

Unter der Abbildung der Büsten von Marx, Engels und Lenin über denen sich eine Regenwolke ausschüttert, knallt weiß auf rot die Zeile: „Prima Klima. Wider den Zeitgeist. Erste gnadenlose Generaldebatte zur endgültigen Klärung aller unzeitgemäßen Fragen.“ Es ist keine postmoderne „New Age“-Gruppe, die auf diese Weise zu ihrem Kongress nach Frankfurt einlädt, sondern der harte, DKP-nahe Kern der marxistischen Linken in der Bundesrepublik, ehemalige ApO-Aktivisten zumeist, die zu Professoren von Reformuniversitäten wurden, Almar Altvater, Claus Offe, Jürgen Seifert, Oskar Negt, Ulrich K. Freuß, dazu von den Grünen Antje Vollmer und Eva Demski.

Die Leute meinen es bitter ernst. Ihr Humor reicht gerade fürs Deckblatt. Schon die nächste Seite der Einladung enthüllt, daß es sich um einen Galgenhumor handelt. Die „Protestbewegung“ von einst sei „zerstreut“, heißt es da anklagend, die „emanzipatorischen Gehalte im öffentlichen Vordenken verkümmert“. Und schlimmer noch: „Eingreifendes kritisch-theoretisches Denken ist an den Rand der politischen Praxis abgedrängt“. Deshalb also der Ruf nach der „Generaldebatte“. „Wir wollen die geschichtlichen Voraussetzungen und Handlungsmöglichkeiten emanzipatorischer Politik und außerparlamentarischer Opposition diskutieren und neu bestimmen. Wir wollen diskutieren, wie wir ein neues Konzept der realen Utopie einer befreiten Gesellschaft denken können.“

Na, dann diskutiert man schön, kann man da nur sagen. Herauskommen wird sowieso nichts. Das ganze Vokabular des Einladungstextes zeigt ja bereits überdeutlich, daß die auf dem Deckblatt versprochene „Gnadenlosigkeit“ gegen sich selbst überhaupt keine Chance haben wird. Es wird statt dessen wieder einmal darum gehen, die alten Begriffe-Klappertastaturen in Bewegung zu setzen und die soziale Wirklichkeit so lange verbal zu verweigern und nach ausgedehntem Schnittmusterbogen gnadenlos zu rechtzuschneiden, bis sie sich scheinbar in die Schablonen einfügt. Wie gut, daß es bei der bloßen Verbalität bleiben wird. In Weltgegend, wo man durch die unverhoffte Gunst des historischen Augenblicks zum „Eingreifen“ übergehen konnte, ist die Gesellschaft da, durch so tief beschädigt worden, daß sie seitdem nur noch wie im Koma vor sich hinsieht kann.

Wenn die Frankfurter Anti-Zeitgeistler und notorischen Klimaverwahrloster zur Einsicht fähig wären, müßten sie realisieren, daß ihr Standardkonzept des „Eingreifens“, des Umbaus der Menschennatur im Namen der „Utopie“, nicht nur partiell und aktuell, sondern insgesamt ein für allemal gescheitert ist. Die Naturwissenschaften könnten ihnen dabei Vorbild sein, denn diese wissen mittlerweile, daß man nichts gegen die Natur, sondern alles nur mit ihr erreichen kann, daß man sie weder zwingen noch überlisten darf. Genau das ist die Erkenntnis, die sich nun endlich auch in den Sozialwissenschaften durchsetzen sollte.

Der Mensch ist zweifellos ein Teil der Natur. Wer ihn partout verändern will, muß ihn in seinen natürlichen Grundlagen, in seiner Gene-



Schreibt klar, leicht und leise: Der italienische Schriftsteller Mario Soldati

Mario Soldati wird 80

Ein Autor der sanften Brüderlichkeit

Soldati hat auf alles, worauf er ein grundlegendes Recht hatte, verzichtet: nämlich darauf, den Leser an sich festzubinden, ihn zu besitzen, eine uneingeständene Autorität über ihn auszuüben. Die absolute „Leichtigkeit“ der Schrift Soldatis bedeutet Brüderlichkeit. Seine Beziehung zum Leser ist nicht autoritär, sondern von sanfter Brüderlichkeit“, schrieb Pier Paolo Pasolini 1974.

Möglicherweise ist genau dies der Grund, weswegen man Mario Soldati eigentlich viel zu wenig kennt. Er gehört nicht zu jenen Autoren, die sich nach vorne drängen, die den Leser mit hochdramatischen Handlungen oder skurrilen Einfällen provozieren. Soldati schreibt so, wie er lebt: kohärent, klarichtig und leise.

Es gibt noch einen weiteren Grund, der dazu beigetragen haben könnte, daß Soldati nicht zur literarischen Prominenz gehört: Sein Werdegang innerhalb der italienischen Literatur des 20. Jahrhunderts ist atypisch. Soldati läßt sich nicht einordnen, in keine Tendenz oder Bewegung hineinzwängen, keine Verwandtschaft mit anderen Autoren anhängen. Man könnte ihn übersehen.

Nicht übersehen wird er dagegen von Kennern italienischer Kulturkreise. Bereits für sein erstes Werk, das im Alter von 19 Jahren geschriebene Drama in drei Akten „Plato“, erhielt er einen Preis seiner Heimatstadt Turin. Bis zu seinem nächsten Buch vergingen zehn Jahre: 1935 er-



Schreibt klar, leicht und leise: Der italienische Schriftsteller Mario Soldati

scheint die Erzählung „America prima amore“, inspiriert von einem zweijährigen USA-Aufenthalt. 1950 erscheint die Trilogie „A cena col commendatore“, Soldatis wohl größter Erfolg. 1954 folgt „Le lettere da Capri“, das den „premio Strega“ erhält, 1970 bekommt er für „L'attore“ den „premio Campiello“.

Soldatis Schaffen beschränkte sich nicht nur auf seine schriftstellerische Produktion: Er begann für den Film zu arbeiten. Er realisierte als Regisseur verschiedene Filme nach Romanvorlagen, u. a. von Fogazzaro, Balzac und Moravia. Gleichzeitig begann er für Zeitungen zu schreiben, erst sporadisch, dann regelmäßig für „Il giorno“.

Mario Soldati lebt heute in dem kleinen Ort über dem Golf von Lerici, ruhig und leise, aber sicher produktiv. PATRICIA ENGELHORN

Bisheriger Höhepunkt des Züricher Mozart-Zyklus: „Die Zauberflöte“ unter Ponnelle und Harmoncourt

Im vollen Lauf die Richtung gewechselt

Die Züricher Aufführungen des Opern Mozarts, musikalisch betreut von Nikolaus Harnoncourt und szenisch von Jean-Pierre Ponnelle, haben gute Chancen, nachhaltige Wirkung auszuüben. Schließlich leisten sie in der Praxis das, worüber seit Jahrzehnten theoretisiert wird: die Befreiung Mozarts vom Gedankenkrampf des 19. Jahrhunderts, seine Wiedereinbürgerung im 18. Jahrhundert, in der musikalischen Klassik. Rein äußerlich wurde das schon daran deutlich, daß Zürich erstmals die frühen italienischen Serie-Opern gleichberechtigt neben die Meisterwerke aus Mozarts Wiener Zeit stellte, so den klassischen Grundtenor in Mozarts Werken betonte.

Nun also „Die Zauberflöte“, das schwierige Spätwerk, in der Hand von Ponnelle und Harnoncourt. Den Weg der musikhistorischen Theorie in die Praxis hat vor allem Harnoncourt geebnet, indem er auf übertriebene historische Genauigkeit, etwa bei der Mensurierung und Besaitung der Streichinstrumente, verzichtete, das historische Klangbild mit einem regulären Opernorchester herstellte. Eine Ausnahme machen dann nur die Naturhörner, deren Klang eben ganz anders ist als der eines modernen Ventilhörns. Das fürs Naturhorn typische Herausplatzen von Tönen und das rauhe Timbre bestimmen den Klang dieser „Zauberflöte“ über weite Strecken.

Überhaupt klingt sie bei Harnoncourt natürlich ein gut Stück anders als gewohnt. Gerade „Die Zauberflöte“ ist ja im Laufe der Jahrzehnte in eine besonders dicke Instrumentierung eingepackt worden. Nichts hatte falscher sein können für ein Stück, das für ein Privattheater in der Wiener Vorstadt konzipiert worden war, bei dem an allen Ecken gespart wurde, insbesondere bei den Instrumenten, bei den Streichern. Ein „Zauberflöten“-Orchester mit zwölf ersten Geigen ist einfach ein Witz.

Genau da hakt Harnoncourt ein, spielt mit kleiner, schlanker Besetzung, bei der die Bläser ein deutliches mit einem von denen müßte sie eigentlich davon überzeugen, daß es für diese Menschen nur noch darum geht, die völlig geistlosen Formeln des Sozialismus gegen die reale Utopie eines freien Europa einzutauschen. Aber gerade das wollen unsere Frankfurter nicht. Sie sind im Gegenteil heftigst damit beschäftigt, dem alten Formelkram neues (Schein-)Leben einzublasen, wußten sie, daß mit seiner Hilfe Millionen europäischer Landsleute verklärt und gedemütigt werden.

Soll man sich da noch wundern, daß ihnen die Anhänger davonzulaufen beginnen? Soll man vielleicht gar noch Respekt aufbringen vor ihrem Galgenhumor und vor ihrer gespielten Tapferkeit vor dem Zeitgeist? Nein, jedes Mitleid mit ihnen wäre verschwendet. Es sind verbotene, lernunfähige Doktrinäre, die sehenden Auges die Geschichte der sowjetischen Diktatur über Ost- und Mitteleuropa besorgen. Ihre Fragestellungen sind nicht nur unzeitgemäß, sondern reaktionär, natur- und menschenfeindlich. Man kann nur hoffen, daß es ihnen weiterhin auf die Gipsbüsten regnet.



Zurück zur Musik des Volkstheaters: Schlankte Besetzung im Orchester, aber epulente bei den Stimmern (hier: Cheryl Lichte) als „Königin der Nacht“ in der Züricher „Zauberflöte“

Singspiel der unterhaltsamen Art. Der Erfolg ist verblüffend: Obwohl der sonst kräftig zusammengestrichene Dialog Schikaneders hier fast vollständig gesprochen wird, dauert die Aufführung inklusive Pause nur drei einhalb Stunden, und von denen werden einem kaum fünf Minuten lang. Das will bei der „Zauberflöte“, die sonst vor Bildungshuberei nur schwer von der Stelle kommt, viel heißen.

Das ist natürlich auch das Verdienst von Jean-Pierre Ponnelle, der für Regie und Bühnenbild sorgte, so wie seines Kostümbilders Pet Halmen. Ponnelle hat ja einige „Zauberflöten“ in den letzten Jahren inszeniert: in Köln noch ganz streng und barock. In der Salzburger Felsenreitschule gelang die vollkommene Synthese von Welt- und Volkstheater. Nun in Zürich geht Ponnelle den Weg in den theatralischen Historismus noch weiter. Er wird ganz bescheiden, sein Bühnenbild kommt mit Ersatzstücken, Requisiten vor schwarzen Hängern aus. Flüssiger kann auch Ponnelle das von Mozart mit heißer Nadel gestrickte Machwerk nicht gestalten. Es wechselt nun einmal im vollen

Lauf die Richtung, aus der guten Mutter wird die böse Königin der Nacht, aus dem frechen Mädchenräuber Sarastro der Herr des Weisheitstempels, und auch sonst bleibt vieles unklar und unmotiviert. Es kam eben Mozart und Schikaneder nur auf Sing- und Spielsituationen an, nicht auf den logischen Handlungsstrang.

Ihre Einheit findet die „Zauberflöte“ eben erst auf dieser Meta-Ebene des Theaters. Schlüssig, nicht als Werk, aber als ein Stück Vorstadttheater, ist sie nur in der Aufführung. Eben hier sieht Ponnelle seinen Ansatz. Über die Mittel kann man streiten, über den Zweck nicht. In einigen Szenen macht die Aufführung den Eindruck, als habe die Probenzeit nicht ganz ausgereicht. Aber im Volkstheater sind es wohl legitime Mittel, dem bösen Monostatos das „teufliche“ Lachen eines J. R. Ewing als Markenzeichen mitzugeben oder als Running Gag Papageno vor jedem Auftritt etwas unrennen zu lassen, was dann mit Gepolter und Gelächre zu Boden fällt.

Das Ensemble, das Zürich für die „Zauberflöte“ zusammengebracht hat, ist vorzüglich. Mit hellstrahlen-

dem Tenor singt Gösta Winbergh den Tamino. Barbara Bonneys heller Sopran erfüllt die Partie der Pamina vollkommen. Anton Scharinger ist der Papageno mit junger, gesunder Stimme und einem fröhlichen Spieltempo: Er wird in dieser Partie wohl bald die Runde machen durch die großen Opernhäuser.

Cheryl Lichte gibt den Koloraturen der nächtlichen Königin silbernes Feuer. Matti Salminen verkündet prägnante Lehren mit profunder Stimme. Thomas Hampson läßt in der Partie des Sprechers einen Bariton von Wohlklang und Substanz vernehmen. Tübinger Singknaben erledigen die Aufgaben der drei Genien auf souveräner Weise, das Damentertzi klingt gut zusammen.

Es geht also weiter mit Züricher Mozart-Gluck. Als Claus-Helmut Drese, Opernchef in Zürich ehedem und nun in Wien, seine Loge betrat, gab es Begrüßungsapplaus. Tatsächlich: Der Abend ist noch ein Nachzügler der A. Drese. Auf dem Konto des neuen Direktors Christoph Groszer ist er noch nicht zu verbuchen. Das bleibt einweilen weiß. REINHARD BEUTH

Forschung und praktische Pädagogik: Zehn Jahre Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur

Mal ist der Hase, manchmal auch der Igel schneller

Die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur in Volkach verleiht morgen ihren „Großen Preis“ an die Internationale Jugendbibliothek in München, der „Volkacher Taler“ geht an Hans Börecker, den Vorsitzenden des Friedrich-Bödecker-Kreises.

Die Preisverleihung in Volkach ist zugleich eine Geburstagsfeier zum zehnjährigen Bestehen der Akademie. 1976 schlossen sich Autoren, Graphiker, Journalisten und Professoren zusammen, um Grundlagenforschung und praktische literarisch-pädagogische Arbeit sinnvoll zu verbinden. Sie wollten durch wissenschaftliche Seminare und Veröffentlichungen über den Rahmen der Hochschularbeit hinaus Anregungen geben und zudem regelmäßig Buchempfehlungen für einen möglichst breiten Interessentenkreis veröffentlichen.

Alljährlich sollte auch ein „Großer Preis“ verliehen werden, der nicht als Konkurrenz, sondern als sinnvolle Ergänzung zum „Deutschen Jugendbuchpreis“ gedacht war. Während dieser nämlich einzelne Bücher aus der jeweils neuesten Produktion prämiert, zeichnet der Akademie-Preis das Gesamtwerk einzelner Autoren oder Graphiker aus, hebt Pädagogen, Bibliothekare oder Journalisten hervor, die in der Bundesrepublik vor-

bildlich das gute Jugendbuch gefördert haben, prämiert aber auch Wissenschaftler wie etwa 1985 die beiden Gebrüder-Grimm-Forscher L. De-neck und H. Röhlke oder den Komponisten Cesar Bresgen für seine Verbindung von Musik und Kinderbuch.

Die Mitglieder der Akademie waren nicht so weltfremd, daß sie annehmen, allein mit Idealismus und Arbeitsbereitschaft ihre Ziele erreichen zu können. Sie fanden Unterstützung bei der kleinen fränkischen Weinstadt Volkach. Dort meinten Bürgermeister und Stadtrat, wenn sich andere Städte einen eigenen „Stadtschreiber“ hielten, warum sollten sie dann nicht die Jugendbücher unterstützen, und stifteten den alljährlichen „Großen Preis“ und zusätzlich den „Volkacher Taler“. Die Akademie bedankt sich für dieses originale Mäzenatentum, indem sie ihre jährlichen Seminare in Volkach abhält, die prämierten Autoren zu Lesungen einlädt und die Belegexemplare der von ihr regelmäßig empfohlenen „Bücher des Monats“ der Jugendbücherei der Stadt übergibt.

Inzwischen sind das schon mehr als 400 Titel, ein repräsentativer Querschnitt durch das Kinderbuchschaffen eines Jahrzehnts. Sicher trägt er auch den Stempel subjektiver Aus-sage, aber manchmal erinnern diese

Empfehlungen, die sich vorwiegend auf Neuerscheinungen konzentrieren, schon ein wenig an das Märchen vom Hasen und Igel; denn wenn die jährlichen Auswahllisten zum Deutschen Jugendbuchpreis erscheinen, können die Volkacher – wie sie manchmal teils herablassend, teils wohlwollend genannt werden – darauf hinweisen, daß mehrere der Titel schon unter ihren Monatsbüchern genannt wurden.

Die Ergebnisse der verschiedenen Seminare wie beispielsweise „Das Bild des Juden in der Volks- und Jugendliteratur“ oder „Buch und Bildschirm“ werden in der inzwischen auf neun Bände angewachsenen Schriftenreihe der Akademie veröffentlicht. Der neueste Titel „Märchen, Mythen und moderne Zeit“, erscheint in diesen Tagen und bringt eine Reihe wichtiger, neuer Aufsätze für älteren und modernen Jugendliteratur.

Im Lauf der Jahre wurden neben dem Empfehlungslisten mit den „Büchern des Monats“ ein umfassender Katalog „Christliche Kinder- und Jugendbücher“ und ein Katalog „Geschichte im Jugendbuch“ herausgebracht; sie können noch ebenso von der Geschäftsstelle der Akademie (Parkstraße 16, 8702 Rottendorf bei Würzburg) bezogen werden wie die

neueste, umfangreiche Liste mit allen in den vergangenen sechs Jahren erschienenen Faksimiles und Nachdrucken alter Kinder- und Jugendbücher. Der vierteljährlich erscheinende „Volkacher Bote“ wird in einer Auflage von 1000 Exemplaren kostenlos an Interessenten verschickt. Das ist um so beachtenswerter, als die Akademie mit ihren bescheidenen Mitteln aus Spenden und projektgebundenen Zuschüssen äußerst sparsam wirtschaften muß.

Als die Akademie vor zehn Jahren gegründet wurde, sahen manche in ihr nur einen Provinzverein. Sogar das „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ veröffentlichte damals einen höchst polemischen Artikel. In der Zwischenzeit hat sich das Blatt längst gewendet. Die „Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur e. V.“ hat unter der Präsidentschaft des als Literaturdiktator wie als Jugendbuchautor gleichermaßen bekannten Würzburger Professors Alfred C. Baumgärtner eine Reihe profiliert Mitglieder im In- und Ausland gewonnen. Welche Anerkennung sie gefunden hat, spricht schon aus der Tatsache, daß das Frühjahrseminar der Akademie 1987 gemeinsam mit der „Bayerischen Akademie der Schönen Künste“ in München stattfanden soll. HEINRICH PLETICHA

Werner Schroeter inszeniert Lorcas „Doña Rosita bleibt ledig“ am Düsseldorfer Schauspielhaus

Wenn gebildete Damen mit Rosen Fußball spielen

Der Rosenzüchter ist tot. Doña Rosita wartet immer noch vergeblich auf ihren Verlobten, der in Amerika längst eine andere geheiratet hat. Das Vermögen ist verschwunden, das Haus verkauft. Für diese Situation hat sich Regisseur Werner Schroeter in seiner Inszenierung von Lorcas „Doña Rosita bleibt ledig“ oder Die Sprache der Blumen“ ein treffliches, wenigleich eher belläufiges Bild eingefallen lassen: Er läßt die Hausherrin und ihre Dienerin mit Rosenköpfen Fußball spielen.

Das ist eine Art Befreiungsszene. Nun nämlich, da alles dahin ist, was bislang das Leben dieser Familie ausgemacht hat, kommt die Stunde der wahren Empfindung. Nicht, daß die Damen ihr bisheriges Leben verachtet hätten, gezwungen erduldet. Nein, die strenge Schönheit des Blumenparterres wie des hochschmückten Wartens auf den längst zur Imagination gewordenen Geliebten war ein

gern vollzogener Lebensinhalt. Die Liebe der Doña Rosita, gerade weil sie unerfüllt bleibt und damit nicht ins Alltägliche sinkt, ist eine Art Gottesdienst mit strengsten Zeremonien in einer herrlich gestrigen Kathedrale. Und insofern ist eben das Bild mit dem Rosenfußball eine Säkularisierungsfeier. Die alterwürdigen Damen genießen einen Augenblick jungmädchenhaften Übermutes.

Hätte Werner Schroeters Düsseldorfer Inszenierung sich an diese Antinomie von Ästhetik und Vitalität gehalten – die Rechnung wäre wohl aufgegangen. Eigentlich ist Schroeter ein Mann für Lorca. Er kann diese hochgestochenen Bilder erfinden, in denen die Natur so vollendet ästhetisiert wird, daß die Schönheit vor so eben noch gebändrigter Kraft schier bricht. Aber er glaubte wohl, wie die meisten deutschen Lorca-Interpreten, daß man diese Bilder so nicht stehen lassen dürfte. Und so griff er

tief in die Trickkiste von Bildbrechung durch Parodie und Überästhetik.

Das fängt schon beim Bühnenbild an (Alberte Barsacq). Ein riesiges Schiff (unter deutschen Regisseuren scheint neuerdings eine Art Schiffsfetischismus ausgebrochen zu sein) wird als mächtiges Symbol auf die Rückwand projiziert. In Granada, wo das Stück spielt, eine Schiffswert? Oder eine Art Garten des d'Annunzio? Das Über-Symbol verzerrt das Stück jedenfalls von vornherein ins Denunziatorische.

Und Schroeter macht das offenbar zum Spielprinzip. Einerseits kunstvolle Balletteinlagen, spanische Musikanten, goldene Leuchter, unendlich viel Tüll. Und andererseits zum Beispiel Rositas blumenzüchtender Onkel (Hans Peter Korff) – die Karikatur eines sperrigen deutschen Oberlehrers. Doña Rositas Verlobter (Peter Kern) ein aufgeblasener Fett-

sack Herr X (Dietmar Saebisch) – eine groteske Fortschritts-Figur. Selbst Doña Rosita in ihren verschiedenen getanzten Variationen (Siegrid Eglesia/Sandra Kunz/Christiane Lemm) ist nie gebändigte Vitalität, sondern eher Blüthenart von Natur aus. Lediglich die beiden alten Damen – Hanna Seiffert als Haushälterin und Elisabeth Krejcir als Tante und Hausherrin – haben Lorca-Charakter: gebändigte Vitalität die eine, lebensnahe Geförtheit die andere.

Aber bei allen schönen Ansätzen verliert sich die Inszenierung immer wieder in kaltes Dekor. Das Spanische an Lorca, das uns faszinieren könnte, geht darüber verloren: Würde, Form, sublimste Moralität, vollendete Ästhetik unter Einsatz des Lebens erreichen und feiern. Der Mensch als Torero – das versteht man nicht in Deutschland. Trotzdem enthusiastischer Beifall.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Ist das Theatertreffen von Berlin noch zu retten?

dpa, Berlin
Mit einer Diskussion über die polemisch zugespitzte Frage, ob das alljährliche Theatertreffen deutschsprachiger Bühnen in Berlin „noch zu retten“ sei, begann die Dramaturgische Gesellschaft ihre 34. Jahrestagung in Berlin. Bis zum Mittag wollen die Teilnehmer der Tagung ferner über Probleme der Theater- und Regieausbildung, „Sprache und Dramaturgie in Stricken von deutschen Autorinnen“ sowie über „Dramaturgie der Unterhaltung im Theater“ diskutieren. Der Berliner Kultursenator Volker Hassemer (CDU) betonte bei der Eröffnungsdiskussion, im Hinblick auf das innerdeutsche Kulturabkommen hoffe er, daß es eine Erweiterung des Begriffs „deutschsprachige Bühnen“ beim Theatertreffen gebe, also endlich eine Einbeziehung der Theater der „DDR“.

Heimtmuseen erleben einen Gründungsboom

lnw, Hamm/Westf.
Seit 1980 sind in Nordrhein-Westfalen zehn Museen neu erbaut oder erweitert worden. Gerade im Bereich der Heimtmuseen sei derzeit ein regelrechter „Gründungsboom“ festzustellen, meinte der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier (SPD) in Hamm bei einem Festakt zum 100jährigen Jubiläum des Gustav-Lübcke-Museums. Die Gemeinden hätten erkannt, daß Museen keineswegs nur „Spielwiesen einer Elite sind, sondern ein Angebot für alle Bürger darstellen und die Attraktivität eines Ortes erhöhen“.

Nächste PEN-Tagung über „innere / äußere Grenzen“

dpa, Rom
Innere und äußere Grenzen für Schriftsteller sind das zentrale Thema des nächsten Weltkongresses der internationalen Autorenvereinigung PEN, der vom 10. bis zum 17. Mai in Lugano stattfindet. Dies teilten PEN-Präsident Francis King und der Generalsekretär der Vereinigung, Alexander Blokh, in Rom mit. Grenzen für die Literatur sollen nicht nur als politische, sondern auch als ethnische, sprachliche, soziale, psychologische und metaphysische Grenzen verstanden werden.

„Friedrich II. und die Kunst“ in Potsdam

DW, Düsseldorf
Die Ausstellung „Friedrich II. und die Kunst“ in Potsdam ist zwar zu Ende gegangen. Aber nun ist es auch möglich, den Katalog, der erst mit erheblicher Verzögerung fertig wurde, zu kaufen. Für die Bundesrepublik vertritt die beiden Bände (zus. 264 S. mit zahlr. Abb., 39,80 Mark) der Brücken Verlag in Düsseldorf (Ackerstr. 3). Katalog und Ausstellung, obwohl sie die Politik Friedrichs d. Gr. weitgehend ausklammern, sind ein interessanter Beleg dafür, wie die „DDR“ den Preußenkönig in ihr eigenes Geschichtsbild zu integrieren trachtet.

Scorsese schließt Vertrag mit Disney

AFP, New York
Der amerikanische Filmregisseur Martin Scorsese hat mit den Walt-Disney-Studios einen Zwei-Jahres-Vertrag unterzeichnet, in dessen Rahmen er mehrere Filme drehen und produzieren wird. Scorsese hat bereits seinen letzten Film, „The Color of Money“, mit Paul Newman für Disney gedreht. Offenbar bewegt ihn dies zu einer erstmaligen engeren Zusammenarbeit mit einer der großen Filmgesellschaften.

Syberbergs Filme oder „50 Zuschauer reichen“

dpa, Rom
„Nicht mehr als 50 Zuschauer waren es in Paris, London und New York. Wir sind nicht überrascht, in Rom dieselbe Anzahl zu finden.“ So kommentierte der deutsche Regisseur Hans Jürgen Syberberg nach Angaben der italienischen Nachrichtenagentur ANSA die Vorstellung seines achtstündigen Films „Die Nacht“ in einem kleinen Kino in Rom. Der Streifen soll in Kürze im deutschen Fernsehen gezeigt werden. Der Regisseur beklagte sich vor Journalisten über die „Taubheit, an die das Publikum gewöhnt wurde“.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Neumann, ein Kenner des deutschen Films, liefert einen Überblick über Filme, in denen sich das Böse ordentlich austoben kann, von Fantomas bis Rasputin. Doch bei Neumann ist Böse nicht gleich Böse; er unterscheidet zwischen bösen Buben zur See, Sadisten, Sex-Unholden und irren Wissenschaftlern, um nur einige Kategorien zu nennen. Was leider fehlt, ist eine Auflistung der Filme, die so richtig böse sind, um sich die abendliche Auswahl des Fernsehfilms zu erleichtern. Ho. Hans-Joachim Neumann, „Das Böse im Kino“, Ulstein, 175 S., 9,80 Mark.

Die Schweden erproben das „Büro auf Rädern“

Fernpendlern wird Fahrzeit als Arbeitszeit angerechnet

AP, Stockholm
 Fernpendler wissen es: Wertvolle Zeit wird meist nutzlos auf der Eisenbahn vergeudet. Eine schwedische Gesellschaft hat mit einem revolutionär anmutenden Schritt dem Jeter Abhilfe geschaffen. Die Schwermaschinenfabrik ASEA AB in Västerås ließ einen Eisenbahnwagen anfertigen, der mit Telefonen, Schreibmaschinen und Computern ausgestattet ist und den Fabrikangestellten zur Verfügung steht, die täglich auf der 120 Kilometer langen Strecke zwischen Stockholm und ihrer Arbeitsstelle hin- und herfahren. Der Privatwagen absolvierte Mitte der letzten Woche seine Jungfernfahrt. Er wird an reguläre Züge der schwedischen Eisenbahn angehängt und verkehrt täglich dreimal zwischen den beiden Städten.

Der Waggon hat nach Angaben der Fabrik vier Millionen Schwedische Kronen (rund 1,2 Millionen Mark) gekostet und bietet 20 Arbeitsplätze an. Daneben gibt es auch ein Konferenzabteil und einen Aufenthaltsraum. Es ist der erste private Personenwagen,

der auf den Schienen der staatlichen Eisenbahnen in Schweden fährt. Die Idee für das „Büro auf Rädern“ kam der Hoch- und Tiefbauingenieurin Ann Larsson letztes Jahr, als sie nach eigenen Worten „über den Unsinn nachgrübelte, jeden Tag drei Stunden in einem Auto zu verbringen“. Frau Larsson war mit ihrem Wagen zwischen Stockholm und Västerås gependelt. Die Geschäftsleistung griff den Einfall sofort auf und gab den Waggon in Auftrag.

Hin- und Herfahrt dauern mit dem Zug zusammen zwei Stunden und 40 Minuten. Den Angestellten wird, wenn sie das neue Arbeitsplatzangebot annehmen, die Hälfte davon als Arbeitszeit angerechnet. Rund 100 Angestellte der Firma wohnen in der schwedischen Hauptstadt und ihrer Umgebung. Bisher pendelte nur die Hälfte von ihnen täglich; die anderen 50 Angestellten sind Wochenendheimfahrer. Ann Larsson zufolge wollen aber jetzt viele von diesen täglich pendeln und den Bürowaggon in Anspruch nehmen. Die 40 zur Verfügung stehenden Sitzgelegenheiten seien wohl bald ausgebucht.

Raubüberfall auf Geldtransport in Moskaus Straßen

AP, Moskau

Das Moskauer Abendblatt „Weschernij Moskwa“ berichtet in seiner Wochenendausgabe über einen mit Waffengewalt ausgeführten Raubüberfall der sich am Freitagabend in der sowjetischen Hauptstadt abspielte und bei dem es offenbar Verletzte gab. Es hieß, die Banditen seien gestellt und „unschuldig gemacht“ worden, wobei offen blieb, ob die Täter nur überläufig oder angeschossen wurden. In den sowjetischen Medien wird höchst selten über solche Vorfälle und so kurze Zeit nach deren Ablauf berichtet.

Dem Blatt zufolge erhielt eine Moskauer Milizwache Anrufe von Anwohnern der Moschaiskaja im Westen Moskaus, die Schüsse gehört hatten und sahen, daß Leute von einem Geldtransportwagen weglaufen. Einige der Anrufer konnten das Nummernschild des Schiguli-Kompaktwagens nennen, in dem die Räuber flüchteten. Eine Fehndung nach dem Auto auf Straßen und aus der Luft hatte schließlich Erfolg, doch hätten die Räuber Widerstand geleistet, hieß es. Dank der „Selbstopferung und des wirksamen Einsatzes der Miliz“ hätten die Täter unschädlich gemacht werden können. Es hieß, die Moskauer Staatsanwaltschaft habe ein Ermittlungsverfahren gegen die Männer eingeleitet.

USA: Bald weniger Weiße als Latinos und Schwarze?

SAD, Washington

Wenn die Einwanderungstrends in die USA anhalten, wird der Anteil der weißen Bevölkerung bis zum Jahr 2080 unter 50 Prozent sinken. Der Prozentsatz der Latinos wächst auf 23,4 an und überflügelt damit den Anteil der Schwarzen. Diese Voraussage macht Leon Bouvier in einer Studie. Der amerikanische Bevölkerungsstatistiker betont, er wolle damit „kein Schreckgespenst an die Wand malen“. „Unsere Nation ist robust und flexibel“, schreibt er, „und würde sicher auch die Probleme einer solchen Situation lösen.“ Derzeit wandern jährlich eine Million Menschen legal und illegal in die USA ein, wobei die „Illegalen“ - meist Lateinamerikaner, die über die grüne Grenze kommen - mit über 700 000 die Mehrheit stellen.

Nach der letzten Volkszählung 1980 waren von den 226,5 Millionen Amerikanern 11,7 Prozent Schwarze, 6,4 Prozent Latinos und zwei Prozent Asiaten. Am schwierigsten sei die Assimilation der Latinos, da sie meist ihre spanische Sprache beibehalten, schreibt Bouvier. Das Absinken des weißen Bevölkerungsanteils habe die Ursache darin, daß viele Frauen statistisch nur noch 1,6 Kinder zur Welt bringen. Die Geburtenrate ist in allen anderen Bevölkerungsgruppen wesentlich höher.



In der Latino-Formation entthronte Velbert überraschend den Abonnement-Weltmeister aus Bremerhaven

FOTO: WAGNER/DPA

Noch sind die Deutschen nicht zu schlagen

W. WESSENDORF, Bremen

In der Bremer Stadthalle hatten die Weltbesten der Formationstänzer die Fetzen fliegen lassen. Und um Mitternacht war der Lokalmatador, die TSG Bremerhaven, entthront. Wie schon bei den deutschen und den Europameisterschaften hatte das TSZ Velbert die Schusspitzen auf dem lateinamerikanischen Parkett vorn. Bei den Standardtänzen setzte sich unter dem Jubel der mehr als 6000 tanzsportbegeisterten Zuschauer der amtierende Weltmeister, der 1. TC Ludwigburg, durch. Vize wurde der Europameister, der Braunschweiger TC. „Bei diesem eleganten Gemeinschaftssport kommt es darauf an, im Einklang mit der eigenen arrangierten Musik Linien, Reihen, Stern- und Kreisfiguren bei ständig wechselnden Positionen der meist acht Paare auf das Parkett zu zeichnen“, definiert der Archivar des Deutschen Tanzsportverbandes (DTV), Hans Joachim Schäfer, diesen Sport. Gute Formationen bezögen ihre Wirkung nicht aus dem ausgefeilten Können einzelner Paare, sondern stets aus der Gesamtleistung, die das Team optisch zu bieten vermöge.

Noch sind die Formationswettkämpfer aus der Bundesrepublik führend, doch die Konkurrenz hat gewaltig aufgeholt, so beispielsweise die Formation der Brigham Young University aus dem amerikanischen Mormonenstaat Utah. Sie brillierte nicht nur mit einer Mischung aus Jazz-Tanz und klassischer Choreographie, sie umging trickreich ihre strengen Vorschriften, nicht mit nackten Schultern auf Parkett zu gehen. Die Studentinnen und Studenten trugen Tüll auf der Haut und Glitzer um Hals und

Teile. Ihre Ausstrahlung und der temperamentvolle Vortrag in Vor-, Zwischen- und Finalrunde belohnten die sieben Wertungsrichter mit Platz drei in den lateinamerikanischen Tänzen.

An ihrer Unerfahrenheit scheiterten die Lilli Dancers aus dem dänischen Aalborg. Sie waren draußen, bevor sie angetreten waren. Draußen und Namenspatronin Lilli Nicolaisen hatte die strenge Vorschrift des Internationalen Tanzsportverbandes mißachtet und ihre Teesies in weißen Fräcks auf Parkett geschickt. Bei Standardtänzen ist jedoch der schwarze Frack zwingend vorgeschrieben. „Das hat sich bei Aalborg wohl noch nicht herumgesprochen“, meinte Günter Meinen, Präsident des Deutschen Tanzsportverbandes, mit ironischem Unterton. Viel Beifall gab es dennoch bei ihrer Einlage, die natürlich nicht gewertet werden konnte.

Zehn Nationen hatten ihre Formationen nach Bremen geschickt. Die Mannschaften aus dem Mutterland des Tanzsports, England, blieben in der Vorrunde auf der Strecke, zwei Clubs aus der Tschechoslowakei tra-

ten trotz Nennung nicht an. Dafür wirbelten sich italienische Temperamentbündel keß als Piccolos verkleidet in die Herzen der Zuschauer.

„Wir haben in unsere Kür mehr Showeffekte eingebaut, die Choreographie verbessert. Wir werden diesmal gewinnen“, zeigte sich Horst Beer, Trainer der TSG Bremerhaven, vor Beginn der Weltmeisterschaft optimistisch. Am Rande der Tanzfläche, das Maskottchen an den Ohren ziehend, feuerte er seine Formation an, tanzte stehend auf der Stelle mit. Doch der Angestiegene, die Velberter Mannschaft, verhielt sich in überlegener Weise den achten WM-Titel für die erfolgsgewohnten Seehafenstädter.

Die deutschen und Europameister waren in allen Kriterien überlegen, ob Samba, Cha-Cha-Cha, Rumba, Paso doble oder Jive. Mit phantasievollen bunten Kostümen in Schwarz-Rot-Gelb, einer von Trainer Jürgen Zumholte perfekt ausgestifteten Choreographie und einer perfekten Raumausnutzung wurde der Tanzrausch von den Wertungsrichtern mit fünfmal Eins und zweimal Zwei belohnt.

Die Ergebnisse

- Standardformationen:**
 1. TC Ludwigburg (7 Punkte),
 2. Braunschweiger TC im PSV Blau-Gelb (14), 3. Oslo Ballroom-Team (Norwegen) (23), 4. Miraz Allenstein (Olsztyn/Polen) (26)
- Lateinformationen:**
 1. TSZ Velbert (10), 2. TSG Bremerhaven (11), 3. Brigham Young University Utah (USA) (21), 4. Quick Motion Soest (Niederlande) (28)

Pariser Geschäfte sollen sonntags öffnen dürfen

JOCHEN LEIBEL, Paris

Goldene Zeiten stehen den Pariser Hausfrauen bevor: Die großen Kaufhäuser wollen sowohl am Abend wie auch am Sonntag geöffnet bleiben. Die Verlängerung der Öffnungszeiten steht im Zusammenhang mit den Terroristenanschlägen im September in Paris, bei denen in Kaufhäusern sieben Menschen getötet und mehr als 200 verletzt wurden. In der Pariser Öffentlichkeit kam es zu Parik. Der Umsatz in den Kaufhäusern sank um rund 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Das weltberühmte Kaufhaus „Printemps“ an der Pariser Oper hat deshalb jetzt bei den Behörden beantragt, auch sonntags geöffnet zu sein. Die danebenliegenden „Galeries Lafayette“ wollen, daß der Ladenschluß bei ihnen auf 19.30 Uhr verlängert wird. Kleinere Geschäfte, in denen der Besitzer selbst hinter dem Ladentisch steht, können sich in Frankreich schon jetzt ihre Schlußzeiten selbst einrichten. Die Behörden bestehen nur darauf, daß das Geschäft an mindestens zwei Tagen in der Woche geschlossen ist. (SAD)

Schon 236 Rauschgifttote

dpa, Bonn

In diesem Jahr sind bisher 236 Menschen in der Bundesrepublik durch Rauschgift ums Leben gekommen. Im gesamten vergangenen Jahr waren es 324. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann wies darauf hin, daß die Zahl der Rauschgifttoten in der Bundesrepublik seit 1983 ständig gesunken sei.

China kämpft gegen Ratten

AP, Peking

Die chinesische Regierung hat zu einer Großkampagne gegen Millionen von Ratten aufgerufen, die jedes Jahr mehr als 15 Millionen Tonnen Reis- und Getreidekörner fressen sollen. Jede Peking-Familie ist verpflichtet, einen halben Hektar (rund 26 Pflanz) in einen Ford für Rattengift zu zahlen. Auch ausländische Geschäftsleute und Botschaftsangehörige mußten sich der Kampagne anschließen. Die chinesische Hauptstadt bildet mehr als 11 000 Rattenfänger aus, die nach erfolgreicher Vergiftungsaktion die toten Nagetiere zählen sollen.

13 Tote nach Erdbeben

AP, Taipeh

Rettungsmannschaften suchten auch gestern nach Überlebenden des schweren Erdbebens, bei dem am Samstag in Taipeh mindestens 13 Menschen ums Leben gekommen sind. Allein unter den Trümmern eines dreigeschossigen Wohnhauses starben zehn Menschen. Vor der rund 180 Kilometer südlich von Taipeh gelegenen Hafenstadt Hualien ertrank ein 61jähriger Fischer im von dem Beben ausgelösten hohen Wellengang. Insgesamt seien 36 Gebäude eingestürzt und elf Fischerboote gekentert.

Die meisten Konsonanten

dpa, Wiesbaden

Zu einer Rekordjagd auf Buchstaben hat die Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden aufgerufen: In einem Preisausschreiben soll jenes Wort im Deutschen gefunden werden, das die meisten aufeinanderfolgenden Konsonanten hat. Zu den bisherigen Rekordhaltern gehört das Wort „Glückwunschscheiben“ (acht Konsonanten). Die Wettbewerbsbedingungen besagen, daß „sch“ als drei Buchstaben gezählt wird. Alle eingesandten Wörter müssen allerdings „bedeutungstragend“ sein. Einsendeschluß ist der 31. Dezember.

Kater als Lebensretter

dpa, St. Paul

Dem Kater „Morris“ verdanken zwei Frauen und ein Baby aus St. Paul (Minnesota) ihr Leben. Mit seinem Schreien weckte das zehn Jahre alte Tier seine schlafende Besitzerin, als deren Wohnung in den frühen Morgenstunden in Flammen stand. Sie schaffte es gerade noch, ihre Nachbarin zu erreichen, der es so ebenfallig gelang, zusammen mit ihrer kleinen Tochter dem Feuer zu entkommen. „Morris“ selbst konnte den dichten Rauchwolken nicht mehr entkommen.

Bis zur Wochenmitte mild

dpa, Hamburg

In weiten Teilen der Bundesrepublik verwöhnte der November die Spaziergänger am Wochenende mit mildem Spätherbstwetter. Die Temperaturen stiegen bis auf 15 Grad, in Bayern sogar bis auf 21 Grad. Morgennebel in den Niederungen hatten sich schon bald verzogen. Vom Feldberg reichte der Blick bis zu den Alpen. Das für die Jahreszeit sehr milde Wetter soll heute noch anhalten. Spätestens zur Wochenmitte werden Tiefausläufer in rascher Folge jedoch Eintrübungen und Regen bringen. Kälter wird es dabei aber nicht unbedingt.

ZU GUTER LETZT

„Veröffentlichung honorarfrei.“ - Großzügige Schlußbemerkung in einer Pressemitteilung des Verbandes der niedergelassenen Ärzte Deutschlands zur Wahl der Verbandsspitze.



Lücheln in Samt und Seide: Der Kanzler mit Hochspringerin Ulrike Meyfarth

Nah, doch auf Distanz: Kanzlerkandidat Johannes Rau mit SPD-Chef Willy Brandt und dessen Frau Brigitte.

FOTOS: SVEN SIMON/AP

Auf dem Parkett brodelte das „Gericht aus Bonn“

EVI KEIL, Bonn

„Gericht aus Bonn“ lautete das Motto des 35. Bonner Presseballs - es durfte interpretiert werden. Zur Gedankenverbindung „Justitia und Bonner Politik“ gab die Saaldekoration Anlaß: blumige Paragrafen. „Gericht aus Bonn“ ließ aber auch die Deutung zu, hier gehe es um das Stippen, das im Wahlkampf gekocht wird. Der Umschlagdeckel des Ball-Almanachs, wieder von Karl-Heinz Kirchner gestaltet, verriet, wer heiß anrichten wird: Der Kanzler, sein Gegner Rau, Genscher und der Bayer Strauß kochten sich da gegenseitig im brodelnden Kessel ab.

Im Schlaglicht des Interesses standen die beiden Hauptmatadore der Wahlschlacht: der in Hochstimmung feiernde Kanzler Kohl und Johannes Rau. In der langen Nacht gingen sich aus dem Wege. Fast wäre der Herausforderer nach der Wahlschlappe der SPD in Hamburg nicht zum Ball erschienen: Zunächst hatte Rau beim Veranstalter, der Bundespressekonzferenz, abgesetzt, am Donnerstag entschied er sich dann, doch zu kommen. Rudolf Strauß, Vorsitzender der Bundespressekonzferenz, gratulierte Vater Rau zu Tochter Laura Helene mit babyrosa Nelken.

Reichlich distanziert trafen sich im Gedränge der 2900 Ballgäste Rau und SPD-Parteichef Willy Brandt, dessen Ehefrau Brigitte - mit tiefausgeschnittenem lila Kleid, lila Band im Haar und über großem Brillantherz am Hals - Zehnkämpfer Jürgen Hing-

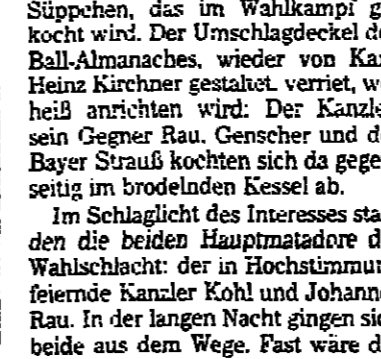
sen als Tanzpartner wählte. Das „Schopen Jazzorchester“ hatte zu Ballbeginn den Bundeskanzler und Ehefrau Hannelore - sie ganz in stahlblau - mit Gershwin's „It's wonderful, it's marvellous, you should care for me“ in den Saal geleitet.

Für Kohls blendende Laune sorgte zunächst Leichtathletik-Star Ulrike Meyfarth. Im Tanzschritt rückte Kohl von der linken Seite des Saales zur Ballmitte auf. Hier residierte, umlaunig der jüngeren Damen, der immer noch begehrteste Junggeselle Deutschlands, Ministerpräsident Bernhard Vogel.

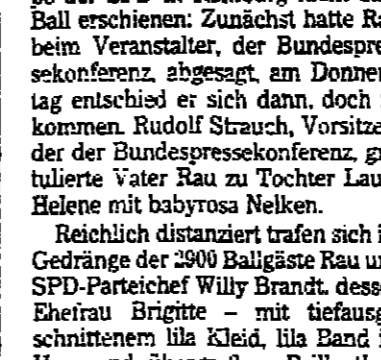
Als es den Kanzler kurz danach zur bayerischen Bierbar im Foyer zog, traf er auf den Ehrengast des Abends, den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und Ehefrau Marianne. Gut gezapftes Bier erhielten die beiden aus der Hand eines Prinzen, des Wittelsbachers Luitpold. Weizsäcker war übrigens in der Genealogie des Hauses Wittelsbach unschlagbar.



Stündchen für die Kanzlergattin: Hannelore Kohl mit den Schopen



Beim ZDF gelandet: Marianne von Weizsäcker mit Dieter Stolte



Paradiesvögel zwischen großen Roben: HA Schult und Elke Koske

New Yorks Indianer waren clever

SAD, New York

Das bisherige Geschichtsbild der US-Indianer als naive Tölpel, die von den weißen Siedlern mit „Glasperlen gegen Land“ ständig übers Ohr gehauen wurden, muß jetzt gründlich revidiert werden: Nach neuesten Untersuchungen alter Dokumente haben zumindest New Yorks Indianer den Wert ihres Landbesitzes sehr wohl zu schätzen gewußt.

Um den heutigen Stadtteil Brooklyn von den Munssee-Indianern (vom Stamm der Delaware) zu erwerben, mußten die ersten holländischen Siedler bereits 200 Mal mehr bezahlen als für Manhattan, dem heutigen Zentrum der Millionen-Metropole.

Während Manhattan im Jahre 1626 für Handelswaren im Wert von 60 holländische Gulden (nach heutiger Rechnung etwa 56 Mark) die Besitzer wechselte, wurde das Gebiet des heutigen Brooklyn zwischen 1636 und 1684 stückweise an Siedler für eine Gesamtsumme von 12 000 Gulden verkauft. Die schlauen Indianer hatten für sich in den Grundstücksverträgen sogar Jagd- und Wohnrechte auf dem verkauften Land vorbehalten und konnten dadurch ihre Heimat auch Jahrzehnte nach der europäischen Invasion - zumindest teilweise - in ihrem Besitz behalten, stellte Dr. Robert Grumet von der Historischen Gesellschaft von Brooklyn jetzt fest.

Auch der Wert der erworbenen Handelswaren lag für die Indianer weit höher als 60 Gulden, betonte Grumet. Nützliche Gegenstände wie zum Beispiel Metalltöpfe, Äxte und Scheren, die von den Indianern nicht hergestellt werden konnten, hatten für sie den Wert von „High-Tech“-Produkten, meint auch Dr. Charles T. Gehring von der New Yorker Staatsbibliothek.

Wie viele Europäer nutzten auch die indische Unklarheiten in Verträgen bei ihren Gegenspieler zu ihren eigenen Gunsten. So verkauften verschiedene Indianergruppen zum Beispiel den heutigen New Yorker Stadtbezirk Staten Island drei Mal in einem Jahrhundert an weiße Siedler - zwei Mal an die Holländer und einmal an die Engländer, als England im Jahre 1664 die holländische Kolonie Neu-Amsterdam übernahm.

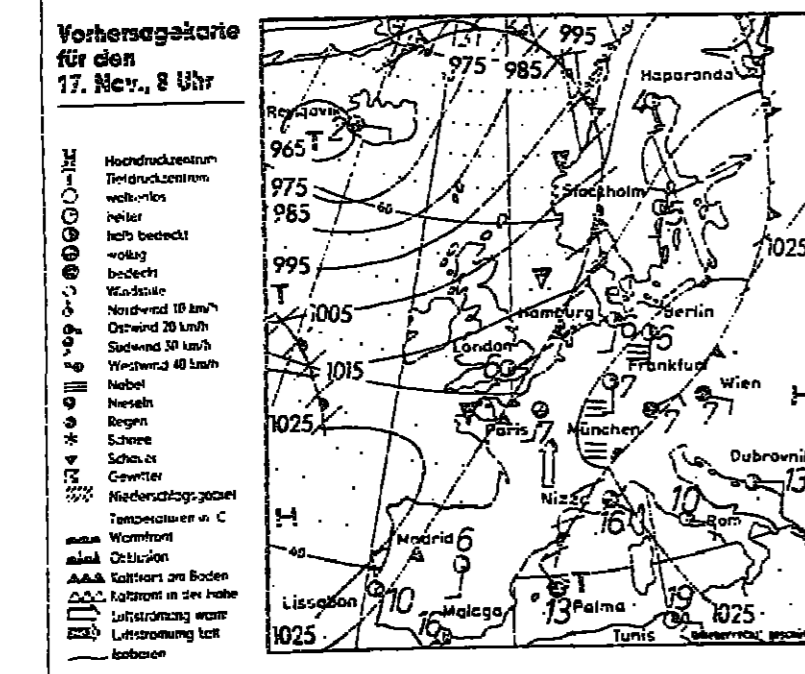
WETTER: Unbeständig

Lage: Ein schwacher Tiefsausläufer erfährt zunächst den Westen und Norden, in der zweiten Tageshälfte auch den Süden des Bundesgebietes.

Vorhersage für Montag: Stark bewölkt bis bedeckt, in Bayern vormittags auch neblig-trüb. Vormittags im Westen und Südwesten, nachmittags auch in den übrigen Gebieten zeitweise leichter Regen. Höchste Temperaturen 10 bis 12, Tiefstwerte in der Nacht 7 bis 4 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten: Zwischenhoch einfluß, wenig geänderte Temperaturen.

Sonnenaufgang am Dienstag: 7.44 Uhr, Untergang: 16.30 Uhr; Montagsaufgang: 17.05 Uhr, Untergang: 16.09 Uhr (* MEZ: zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:	Libeck	10	bd	Faro	17	bw	Ostende	10	be
Berlin	10	bd	München	13	be	Paris	10	bd	be
Bielefeld	9	bw	Münster	9	bw	Helsinki	5	be	be
Braunlage	8	bd	Nordsee	8	bw	Köln	11	be	be
Chemnitz	10	bd	Nürnberg	13	be	Frankfurt	11	be	be
Dortmund	10	bd	Oberdorf	14	be	Essen	11	be	be
Dresden	8	bd	Passau	4	be	Regensburg	11	be	be
Düsseldorf	11	bd	Saarbrücken	13	be	Salzburg	11	be	be
Erfurt	9	bd	Sattgert	15	be	Stuttgart	11	be	be
Essen	11	bd	Trier	11	be	Ulm	11	be	be
Feldberg/S.	10	bd	Zugspitze	1	be	Wien	10	bd	be
Flensburg	7	bd				Zürich	10	bd	be
Frankfurt/M.	11	bd							
Freiburg	13	be							
Garmisch	11	be							
Greifswald	9	bw							
Hamburg	7	bd							
Hannover	9	bw							
Kahler Asten	7	bw							
Kassel	10	bd							
Kempten	14	be							
Kiel	8	bw							
Köln	11	bd							
Köln-Bonn	12	bd							
Konstanz	11	be							
Leipzig	10	bd							
Lehr-Syrt	8	bw							

Handwritten signature or mark.